



Bundesministerium
der Justiz und
für Verbraucherschutz

[bmjv.de/geschichte](https://www.bmjv.de/geschichte)



ERINNERUNG. AUFARBEITUNG. VERANTWORTUNG. | BAND 4

Reisefreiheit

Die Mohrenstraße 37 und der 9. November 1989:
Die Nacht, in der die Mauer fiel.



ERINNERUNG. AUFARBEITUNG. VERANTWORTUNG. | BAND 4

Reisefreiheit

Die Mohrenstraße 37 und der 9. November 1989:

Die Nacht, in der die Mauer fiel.

erzählt aus den Erinnerungen von Peter Brinkmann

Ein Ort der Freiheit, eine historische Verpflichtung



»Das tritt nach meiner Kenntnis ... ist das sofort, unverzüglich.«
Mit dieser mehr gestammelten als gesprochenen Antwort auf die Frage eines Reporters läutete SED-Politbüromitglied Günter Schabowski am 9. November 1989 das Ende der Berliner Mauer ein.

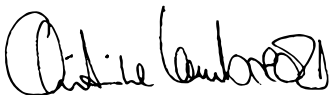
Der Satz fiel am Ende einer Pressekonferenz im Internationalen Pressezentrum der DDR, das auf dem Gelände stand, wo heute das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz seinen Sitz hat. Schabowski antwortete – sichtlich unvorbereitet – auf die Frage eines westdeutschen Journalisten, wann denn die gerade präsentierten neuen Reiseregulungen in Kraft treten, die den DDR-Bürgern »Privatreisen nach dem Ausland« ermöglichen würden. Nur wenige Stunden später fiel noch in derselben Nacht die Berliner Mauer – und das Ende der DDR begann.

Die entscheidende Frage hatte damals der Journalist Peter Brinkmann gestellt. Es heißt, manchmal sei die richtige Frage wichtiger als die richtige Antwort. Mit Blick auf den 9. November 1989 lässt sich sagen: Nur mit den richtigen Fragen kommt man auch zu den richtigen Antworten. Peter Brinkmann hat gezeigt, dass man mit der richtigen Frage zur richtigen Zeit die Welt verändern kann.

Peter Brinkmann hat als Korrespondent den Fall der Mauer und den Weg zur Deutschen Einheit 1989/90 aus nächster Nähe miterlebt – und beschreibt die wichtigsten Begegnungen und

Momente in dieser Broschüre noch einmal. Als Zeitzeuge hat Peter Brinkmann seither selbst bei zahllosen Veranstaltungen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort gestanden. Auch im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz war er wiederholt zu Gast.

Mit unserer Publikationsreihe »Erinnerung – Aufarbeitung – Verantwortung« rufen wir uns Geschichte und Vorgeschichte des Justizressorts ins Gedächtnis. Es geht nicht nur darum, dass am 9. November 1989 zufällig auf dem Gelände des heutigen Ministeriums eine Pressekonferenz stattfand, die versehentlich die innerdeutsche Grenze zum Einsturz brachte. Es geht auch um historische Verantwortung. Als Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz sind wir für die Grundrechte zuständig. Dass gerade dort, wo wir heute für den Rechtsstaat arbeiten, am 9. November 1989 die von den Deutschen in der DDR so lange eingeforderte »Reisefreiheit« verkündet wurde, ist bleibende Verpflichtung, auch heute entschlossen für die Freiheit einzutreten, wenn ihr neue Gefahren drohen.



Christine Lambrecht

Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz

Diese Broschüre erzählt in der Ich-Form aus den Erinnerungen des Journalisten Peter Brinkmann, die dieser im Buch „Zeuge vor Ort“ ausführlich dargestellt hat.

Das Buch

Auf der Pressekonferenz am 9. November 1989 stellte Brinkmann die entscheidende Frage, deren Beantwortung zur Öffnung der Mauer führte. Da dies weder vom Fragesteller noch vom Antwortgeber so gedacht war, wie es dann kam, kann man von einem Treppenwitz der Geschichte sprechen. Doch es war kein Witz, wohl aber Geschichte. Gemeinhin berichten Journalisten darüber, was zu Historie erst wird, bei Brinkmann ist das anders: Er selbst wurde damit Geschichte. Doch nicht nur an jenem Tag entlockte er Politikern Aussagen, die sie nicht machen wollten. Auch in der Folgezeit kommt er den Personen nahe, die inzwischen in den Geschichtsbüchern stehen. Dabei nimmt er nur das eine Jahr von Herbst '89 bis Herbst '90 in den Blick und berichtet über Ereignisse und Personen, die uns nicht nur die Zeit vor einem Vierteljahrhundert lebendig werden lassen, sondern auch erklären, warum vieles so wurde, wie es heute ist im vereinigten Deutschland. Inzwischen lebt eine Generation neben uns, die das zersplitterte Land nur noch vom Hörensagen kennt.



Der Autor

Peter Brinkmann, Jahrgang 1945, geboren und aufgewachsen in Cloppenburg. Nach dem Abitur Bundeswehr von 1966 bis 1968 (Oberleutnant), danach, bis 1975, Studium Jura, Politik und Volkswirtschaft in Innsbruck, Münster, Hamburg und Lüneburg. Von 1975 bis 1980 journalistische Tätigkeit in Bonn (*Die Welt*), danach in Hamburg (bis 1987 *Bild*, bis 1989 *Hamburger Morgenpost*). 1989 wieder *Bild*, zunächst Ressortleiter Wirtschaft, dann akkreditierter Korrespondent in der DDR bis zu deren Ende. Anschließend Deutschland-Korrespondent der *Bild* in Berlin, dann Bonn, 1992 Büroleiter der *Bild*-Bonn. Von 1992 bis 1994 Chefteporter der *Bild* für internationale Politik (Israel, Russland, Uganda, Namibia, Kuba, Südafrika, Iran – im Januar 1993 in Bagdad bei US-Raketenbeschuss verletzt). Nach verschiedenen Berater-tätigkeiten von 1998 bis 2010 Chefkorrespondent des *Berliner Kurier*, seither freier Journalist und Moderator bei *TV Berlin*. Peter Brinkmann lebt in Berlin-Mitte und ist Vater von drei Söhnen.



Inhalt

Das Buch	4
Der Autor	5
9. November 1989: Ein grauer Novembertag	8
Nach der Pressekonferenz	14
Wer stellte die entscheidende Frage?	19
Die andere Perspektive	22
Warum hielt die Sowjetarmee still?	29
Was wusste der Regierende Bürgermeister Momper?	35
Akteure des 9.11. – Krenz, Schabowski, Momper – mit mir später im Gespräch	39
Und was war mit dem Schießbefehl?	48
Das Krenz-Kohl-Telefonat	53
Die Sicht Moskaus	58
Rückblick: Für <i>Bild</i> in der DDR unterwegs	62
»Was ist die DDR ohne Sozialismus? – Ich sagte: Deutschland«	71
Mielke mit Brinkmann auf der Brücke vorm Palast	75
Wer ließ Journalisten sieben Wochen am Brandenburger Tor warten? Brinkmann!	78
Korrigierte Kohl sich und seinen Kurs? Und falls ja: Was war die Ursache?	81
Wer holte in Moskau den »Schlüssel zur Einheit«?	89

Selbstgewissheit? Selbstgefälligkeit!	94
Gysi kommt	98
Wie sah Lothar de Maizière den Weg zur Einheit?	103
Sympathische Politamateure auf dem Weg zur Einheit	109
Das Auto blau, ich blau und das Schild weg	116



9. November 1989: Ein grauer Novembertag

► Günter Schabowski, während der Pressekonferenz im IPZ am 9. November 1989.

Die ersten sind schon gegangen. Viel ist wohl nicht mehr zu erwarten im Internationalen Pressezentrum (IPZ) der Deutschen Demokratischen Republik. Bis 18.53 Uhr. Von dieser Sekunde an wird in Berlin-Mitte Geschichte geschrieben. Politbüromitglied Günter Schabowski, einer der mächtigen Männer in der DDR, hat im Zuge einer Pressekonferenz zunächst vorgetragen, was im Zentralkomitee am heutigen 9. November 1989 diskutiert worden ist. Es geht um einen Parteitag, Veränderungen in der SED und in der DDR. Kein Wort vom »Reisegesetz«. Wir Journalisten fragen nach Abschaffung der Zensur, Veränderungen in der Partei und dergleichen. Dann kommt die Frage, die die Welt verändern wird – nämlich die nach dem Reisegesetz. Niemand ahnt, was Schabowski in diesen Sekunden in Gang setzen wird.

Zwei Tage zuvor hatte ich bereits einen Wink bekommen. Der kam von einem Bekannten aus dem Westen Berlins- einem Staatssekretär in der Wirtschaftsverwaltung. Dort sei eine Nachricht aus dem Osten eingetroffen, man solle eine Projektgruppe bilden, um den Reiseverkehr zwischen Ost und West zu regeln. Man vermutete, dass die DDR die Mauer etwas durchlässiger machen wolle. Offenkundig hatte die Staats- und Parteiführung gemerkt, dass die bis dahin geplanten zarten Schritte einer Reiseregulation auf wenig Gegenliebe beim eigenen Volk stießen.

Ich spürte, dass etwas in Bewegung kommt. Nach kurzer intensiver Debatte mit meinem Chefredakteur Hans-Hermann Tiedje in Hamburg, bekam ich schließlich grünes Licht, nach Berlin reisen zu dürfen. Als ich die innerdeutsche Grenze bei Gudow passierte, erklärte ich den beiden Grenzbeamtinnen, der Spuk werde heute Abend vorbei sein. Ich erntete ungläubiges Tippen mit dem Finger an die Stirn. Im Pressezentrum in der Mohrenstraße⁽¹⁾ in Berlin-Mitte reservierte ich mir frühzeitig einen Platz am Mittelgang in der ersten Reihe: Erstens konnte ich so den handelnden Personen auf dem Podium in die Augen sehen, zweitens konnte ich, sofern es nötig werden würde, sofort verschwinden und telefo-

nieren. Die Zeit bis zum Beginn der historischen Pressekonferenz verbrachte ich im Restaurant über dem Saal der Veranstaltung. Diese Gaststätte war in der zurückliegenden Zeit zu einem Hort des Stelldicheins derer geworden, die etwas zu sagen hatten und derer, die etwas hören wollten und mussten. Ich traf einige Mitarbeiter des Außenministeriums. Auf meine Fragen reagierten sie ein wenig unwirsch und genervt. Sie versuchten, Wissen zu verbreiten, obwohl sie nichts wussten.

In der zurückliegenden Zeit hatte die DDR-Führung immer wieder auf recht ungelenke Weise versucht, Reiseverbesserungen zu beschließen. Doch am Ende sollte letztlich immer der Staat die Aufsicht behalten, wer wann reisen darf. Selbst über den möglichen Umtausch von DDR- in D-Mark machten sich die Bürokraten des Arbeiter- und Bauernstaates schon einmal Gedanken. Der damalige Chef des Politbüros, Egon Krenz, reiste mit seinen Plänen sogar nach Moskau, um mit Michail Gorbatschow und dessen Führungsriege das Vorhaben zu erörtern. Blankes Entsetzen soll geherrscht haben, als Krenz dem Vater von Glasnost und Perestroika die Situation der DDR erläuterte: Ende 1989 würde die DDR mit 26,5 Milliarden Dollar im Westen verschuldet sein, und die Devisenbilanz würde ein Defizit von 12,1 Milliarden Dollar aufweisen. Diese Reise Ende Oktober sollte aber, neben der Beratung der Wirtschaftsthemen, noch wesentlich grundsätzlichere Bedeutung erlangen. Gorbatschow sagte nur vage wirtschaftliche Hilfe und Unterstützung bei der Suche weiterer Hilfen zu. Er mahnte aber vor allem, eine zufriedenstellende »Formel« für das Reise- beziehungsweise Flüchtlingsproblem zu finden. Was Krenz nicht ahnte: Moskau hatte ihn schon nicht mehr auf der Rechnung: Hans Modrow, der Dresdner SED-Chef, sollte Mitte November zum Ministerpräsidenten berufen und mit der Regierungsbildung beauftragt werden.

Im Volk rumorte es derweil immer stärker. Am 4. November kam es auf dem Alexanderplatz zur größten Demonstration in der Geschichte der DDR. Über eine Million Menschen ström-

ten in das Zentrum Berlins, 26 prominente DDR-Bürger und Funktionäre sprachen. Und das bisher Unfassbare geschah: Die SED-Bonzen, unter ihnen Politbüromitglied Günter Schabowski und Ex-DDR-Spionagechef Markus Wolf⁽²⁾, wurden gnadenlos ausgepiffen.

Der Raum der Pressekonferenz hatte sich an diesem 9. November zwischenzeitlich gefüllt. Kurz vor 18 Uhr schreitet der bullige Schabowski, klein, aber doch energisch, die Schulter wie gewohnt schief, die Winkel des schmallippigen Mundes nach unten gezogen, mit Gefolge in Richtung Podium. Er redet, wie er immer redet. Er sagt etwas, ohne wirklich etwas auszusagen. Alle Fragen gehen an ihn, der wie gewohnt schlagfertig und mürrisch, aber auf Dauer eben doch ermüdend reagiert.

Was wir bis dato nicht wussten: Im Hintergrund war eilig und intensiv an den neuen Reiseregulungen gebastelt worden. Eine Arbeitsgruppe der Volkskammer unter Beteiligung des Ministeriums für Staatssicherheit hatte sehr liberale Regelungen für künftiges Reisen erarbeitet. Und diese bekamen den harmlos klingenden, aber doch die Welt verändernden Satz, dass Privatreisen nach dem Ausland ohne Vorliegen von Voraussetzungen (Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse) beantragt werden könnten. Man würde die Genehmigungen kurzfristig erteilen und nur in besonderen Ausnahmefällen gäbe es Versagungsgründe. Das Ganze sollte offiziell über die amtliche Nachrichtenagentur ADN verbreitet werden: Am frühen Morgen des 10. November, schließlich sollten die Behörden und die Sicherheitsorgane Zeit haben, sich vorzubereiten.

Die Geschichte wollte es anders: Auf der Pressekonferenz in Mitte stellt mein italienischer Kollege Ricardo Ehrmann, die entscheidende Frage nach dem Reisegesetz. Es ist sieben vor sieben an jenem 9. November. Schabowski ist nicht vorbereitet, wirkt fahrig, blättert in seinen Unterlagen und trägt vom Blatt vor, auf dem offenkundig formuliert ist, wie die DDR künftig die Westreisen

ihrer Bürger zu regeln gedenkt. Er liest es wohl selbst zum ersten Male. Er kratzt sich nervös am Kopf. Schabowski baut Sätze, die man kaum noch zitieren kann, er stammelt, er fügt ein »äh« nach dem anderen in seine Satzkonstruktionen ein. Im Saal wird es von Sekunde zu Sekunde unruhiger, langsam, sehr langsam scheint anzukommen, was hier in der stickigen Luft liegen könnte. Nachfragen kommen, Antworten folgen. Schabowski strauchelt und wirkt zunehmend verzweifelt. Und dann liest er den Satz vor, der die Geschichte neu schreibt, den Satz, der die Welt verändern soll, den Satz, der eigentlich erst in der darauffolgenden Nacht verbreitet werden sollte.

»Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen (Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse) beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt. Die zuständigen Abteilungen Pass- und Meldewesen der VP der Volkspolizeikreisämter in der DDR sind angewiesen, Visa zur ständigen Ausreise unverzüglich zu erteilen, ohne dass dafür noch geltende Voraussetzungen für eine ständige Ausreise vorliegen müssen.« So hörte sich der hölzern klingende Spruch an, der Deutschland, Europa und auch ein bisschen die Welt verändern sollte. Ich fragte nun nach, wann das in Kraft treten werde. Wieder schien Schabowski komplett auf dem falschen Fuß erwischt worden zu sein. Der mächtige Mann im Apparat der DDR blätterte wild in seinen Unterlagen. »Das tritt nach meiner Kenntnis, ist das sofort, unverzüglich«, lautete die unvollständig formulierte Antwort, die dennoch alles vollständig aussagte, was in der kommenden Nacht noch passieren sollte.

Die Pressekonferenz war beendet, die Journalisten eilen an die Telefone oder in ihre Redaktionen und Korrespondentenbüros. Allerdings scheinen zu diesem Zeitpunkt die wenigsten wirklich begriffen zu haben, welche historische Sätze gefallen waren, welche Bedeutung das Gestammel von Schabowski noch haben wird. Ich nehme mich dabei nicht aus. Immer wieder wurde später speku-

liert, was es mit Schabowskis Nervosität und mit dem Zettel auf sich hatte, von dem er offenbar, ohne dessen Inhalt zu kennen, ablas. Außenhandelsminister Gerhard Beil, der neben dem Vortragenden auf dem Podium saß, berichtete mir später, Krenz habe Schabowski diesen Zettel zugesteckt und ihn noch ermahnt, unbedingt über die neuen Reiseregulungen zu informieren. Doch Schabowski war in Eile, hatte keine Zeit, sich mit den Inhalten vertraut zu machen. Erst auf der Pressekonferenz, und dann mit dem bekannten Ergebnis. Hatte eine Kommunikationspanne das Ende der DDR eingeleitet?



Nach der Pressekonferenz

► Günter Schabowski, während der Pressekonferenz im IPZ am 9. November 1989.

Bereits 19.05 Uhr jagt *Associated Press (AP)*, die amerikanische Nachrichtenagentur mit Hauptsitz in New York, die Nachricht hinaus: »DDR öffnet Grenze«. Die *Deutsche Presse-Agentur (dpa)* brütet derweil noch eine halbe Stunde über die korrekte Formulierung. Um 19.41 Uhr verbreitet jedoch auch sie: »Die DDR-Grenze zur Bundesrepublik und nach West-Berlin ist offen«. Für die 20-Uhr-Tagesschau ist es die Spitzenmeldung. Von allem bekomme ich nichts mit.

Unmittelbar nach Schabowskis Stotter-Arie hatte ich nur ein Ziel, die Redaktion in Hamburg und meinem Chefredakteur Tiedje anzurufen. Doch mein Kasten namens C-Netz-Funktelefon findet kein Netz. Auch die Telefonvermittlung im Pressezentrum kann mir nicht helfen. Es gibt kein Durchkommen nach Westdeutschland. Das liegt vor allem daran, dass es nur ganz wenige Leitungen zwischen Ost und West gibt.

Ich fahre in mein Hotel, drücke dem Mann an der Rezeption fünfzig D-Mark in die Hand und bitte ihn, mir ein Taxi für die ganze Nacht zu besorgen. Das funktioniert. Dick bekleidet besteige ich gegen 20 Uhr das Taxi. Vor dem Hotel ist alles ruhig. Es geht zur Bornholmer Straße.

Am Grenzübergang ist alles ruhig. Ich quäle einen Grenzer mit meinen Fragen, doch der stellt nur »keine besonderen Vorkommnisse« fest. Nächster Versuch: Heinrich-Heine-Straße. Doch auch am Übergang nach Kreuzberg herrscht tote Hose. Und auch der berühmte Checkpoint Charly an der Friedrichstraße meldet Fehlanzeige. Ich werde nervös. Den inzwischen genervten Taxifahrer beordere ich noch einmal zur Bornholmer Straße. Und da war er. Der Stau zur Freiheit. Autos, Menschen, alles. Zu Fuß drängele ich mich vor zum Schlagbaum. Einige Grenzer wirken unruhig, das macht mir Angst. Bislang hatten sie Weisung, jeden Grenzdurchbruch zu verhindern- notfalls mit der Waffe! Seit 28 Jahren wurde an dieser Grenze geschossen, waren Menschen gestorben.

Die Massen drängeln, die Situation wird unerträglich. Dann ein Schrei. Wie eine Welle rollt er nach hinten. Der Schlagbaum öffnet sich und reckt sich in den Himmel. Die Menschen setzen sich in Bewegung. Es ist, als habe man einen Stöpsel aus der Badewanne gezogen. Offensichtlich hat jemand Weisung erteilt, den Übergang zu öffnen und die Kontrollen einzustellen.

Alles strömt jetzt nach Westen, ich bin der Einzige, der gegen den Strom schwimmt und sein Taxi sucht. Ich hatte in diesen Minuten erneut Geschichte miterlebt. Und ich hatte erlebt, wie der Kommandeur dieser Grenzübergangsstelle, GÜST genannt, diese Geschichte mitgestaltet hatte.

Oberstleutnant Harald Jäger, in diesen Stunden auf sich allein gestellt, hatte die gültige Dienstvorschrift ignoriert und entschieden, den Übergang zu öffnen.

Jahre später spreche ich mit dem Mann, dem wir die einzigen bewegten Bilder von diesem Moment verdanken.⁽³⁾ Georg Mascolo war mit seinem Team von *Spiegel-TV* in Ostberlin unterwegs, weil sie auf der Pressekonferenz mit Schabowski keinen Platz mehr bekommen hatten. Er sagt, er habe dort sein wollen, wo die Menschen waren: in der Kneipe, auf der Straße und in der Nähe der Grenze. Also da, wo Mauer und Menschen dicht beieinander waren. Er hatte das Journalistenglück, was zu diesem Beruf auch dazu gehört. Er und sein Team nahmen die Bilder auf, die dann exklusiv um die Welt gingen.

Nachdem ich mein Taxi wiedergefunden hatte, geht es erneut zum »Checkpoint Charly«. Der Wagen, Marke Wolga, setzt sich quiet-schend und ächzend in Bewegung. Die Straßen sind voll, sehr voll. Am Grenzübergang in der Friedrichstraße warten rund 50 Menschen vor dem Tor, etwa zehn Autos stehen vor dem Schlagbaum. Ich versuche mit dem Grenzoffizier über die Öffnung des Übergangs zu diskutieren. Aber erst, nachdem er sich offenkundig

irgendwo Rückendeckung geholt hat, kommt er wieder auf mich zu, grient und befiehlt mit einer Mischung aus Befriedigung und Erleichterung: »Aufmachen!«. Der Schlagbaum geht hoch, die Trabis und Wartburgs setzen sich langsam in Bewegung.

Wieder geht es für mich und mein Taxi zur Heinrich-Heine-Straße. Auch dort tut sich noch nichts. Ich treffe auf einen »alten Bekannten«. Der rothaarige Grenzer hatte mich heute Mittag bei der Einreise demonstrativ stehen lassen und kostete merklich seine ihm an diesem Balken gegebene Macht aus. Auch jetzt baut er sich – Beine gespreizt, die Stiefelhosen in den Knobelbechern, Arme auf dem Rücken verschränkt – vor mir auf und grinst selbstbewusst. Doch plötzlich kommt ein Offizier aus dem Wachlokal und ruft sämtliche Grenzer der GÜST zu sich. Ich höre nicht, was er sagt, sehe den Wachoffizier nur gestikulieren. Aber man muss kein Hellseher sein, um es zu erraten. Wenig später öffnet sich auch hier das Loch im Zaun.

Nun will ich noch ans Brandenburger Tor. Dort ist zwar kein Grenzübergang, aber das Bauwerk ist das Berlin-Symbol schlechthin, das Herz der geteilten Hauptstadt, die emotionale Mitte. Hier durften Staatsgäste der DDR auch auf einer Art Podest gegen Westen schauen und sich sogar in einem Gästebuch verewigen. So wie 1986 auch Michail Gorbatschow: »Am Brandenburger Tor kann man sich anschaulich davon überzeugen, wieviel Kraft und Heldenmut der Schutz des ersten sozialistischen Staates auf deutschem Boden vor den Anschlägen des Klassenfeindes erfordert«, ließ er die Leser wissen. Auch vom »unerschütterlichen Bündnis von DDR und UdSSR« ist die Rede.⁽⁴⁾ Im Jahr darauf besucht sein Gegenspieler, US-Präsident Ronald Reagan, die Mauer von der anderen Seite. »Mr. Gorbatschow, open this gate. Mr. Gorbatschow, tear down this wall«, waren dessen unmissverständliche Worte – die man heute noch auf einer Bronzetafel vor dem Springer-Hochhaus in Berlin-Kreuzberg nachlesen kann.

Das Brandenburger Tor und der Platz davor gehören zum Grenzgebiet. Für DDR-Bürger ist das Tor nur aus der Distanz zu besichtigen. In dieser Nacht ist das anders. Viele Menschen tanzen auf der Mauerkrone, die hier breiter ist als anderswo. Immer mehr junge Leute erklimmen von beiden Seiten den so genannten antifaschistischen Schutzwall, die Grenzer haben ihre Versuche eingestellt, die »Grenzverletzer« zu vertreiben.

Ich renne mit anderen über den Platz und umarme in kindischer Freude die Säulen des Brandenburger Tores. Meine Hände gleiten über den rauen Sandstein und – ich heule wie ein Schlosshund. Ich wundere mich über mich selbst, dass mir plötzlich Tränen die Wangen hinablaufen. Doch ich schäme mich ihrer nicht. Ich bin in Westdeutschland geboren und aufgewachsen, doch ein Teil unserer Familie lebte in Ostdeutschland. Als Jugendlicher war ich in den Ferien immer wieder »drüben«. Deutschland war für mich nie nur die Bundesrepublik, der Osten, die DDR, gehörte immer dazu. Dieses Kapitel endete jetzt offenkundig nach vier Jahrzehnten in dieser Nacht. Müde, aber übergücklich, kehre ich am frühen Morgen des 10. November 1989 in mein Hotel zurück.

Eine klare Frage, eine ungelenke Antwort, vielleicht ein paar Kommunikationsprobleme- und die Mauer hatte ihren Schrecken plötzlich verloren.



Wer stellte die entscheidende Frage?

- ▶ Während der Pressekonferenz im IPZ am 9. November 1989.
Vorn auf dem Podium Gerhard Beil, Günter Schabowski, Manfred Banaschak und Helga Labs (v. r. n. l.). Brinkmann in der ersten Reihe dreht sich um. Sitzend auf dem Podest Riccardo Ehrmann.

Schabowskis ungelenke Antwort auf die Frage, ab wann die neue Reiseregulation gelte und die zugespitzte Agenturmeldung, »Die Grenze ist offen«, hatten die Menschen in Ostberlin an die Übergänge getrieben und mich hier, eine Säule umarmend, stehen lassen. Und sie erzeugten jenen Druck, dem die nicht informierten Grenzer nachgaben. Statt zu schießen, öffneten sie die Tore. Das war nicht nur Ausdruck von Zivilcourage, sondern auch von großer menschlicher und sittlicher Reife. In anderen Gesellschaften, wie wir wissen, fließt bei ähnlich gravierenden Veränderungen meist Blut. Dieser Tatsache wird bis heute viel zu wenig Rechnung getragen. Also: Nicht die Frage und Schabowskis Antwort öffneten die Flasche und ließen den Geist der Freiheit entweichen. Doch natürlich trieb uns immer wieder die Frage nach der Initialzündung für Schabowskis weltgeschichtlichen Versprecher um.

Er selbst schreibt dazu später: »Zeitpunkt des Inkrafttretens: Kein Zweifel, Herr Brinkmann war es, der mir die ersten Fragen nach der neuen Regelung stellte. Er saß mir ja in dem Briefing direkt gegenüber. Nach einem kurzen Moment der Verblüffung, die wohl alle anwesenden Journalisten nach meiner Information (Verlesen des Entwurfs der entsprechenden Regierungsverordnung) teilten, kamen seine Fragen wie aus der Pistole geschossen. Ich hatte ihn damals noch nicht als *Bild*-Korrespondenten identifiziert. Das erfuhr ich erst bei späteren Begegnungen. An das Gesicht (Brille, gelichtetes Stirnhaar) erinnerte ich mich noch gut.«

Das Bundesverdienstkreuz erhielt hingegen Riccardo Ehrman. Aus der Sicht des Bundespräsidialamtes war der Korrespondent der italienischen Nachrichtenagentur ANSA an jenem 9. November 1989 im Internationalen Pressezentrum der wichtigste Mann. Um nicht missverstanden zu werden: Ich moniere nicht die Tatsache, dass der deutsche Botschafter in Madrid im Auftrag von Bundespräsident Horst Köhler am 29. Oktober 2008 das Bundesverdienstkreuz am Bande an den damals 79-jährigen Ehrman verlieh, sondern ich bestreite die Begründung. Denn die lautete, dass durch dessen

Nachfragen Schabowski erklärt habe, dass das Gesetz »sofort, unverzüglich« gelte, also Ehrman der »Maueröffner« sei. Schabowski, selbst Journalist von Hause aus und nach der »Wende« wieder – er arbeitete von 1992 bis 1999 bei einer lokalen Wochenzeitung in Hessen –, zog einen passenden Vergleich: »Es ist wie beim Fußball. Der eine – hier Riccardo Ehrman – schießt den Ball von der Seite in den Strafraum, und der andere – Peter Brinkmann – schießt dann den Ball ins Tor.«

Offener Gedankenaustausch Egon Krenz—Johannes Rau

Aspekte der Beziehungen zwischen DDR und BRD erörtert

Berlin (ADN). Egon Krenz empfing am Donnerstag den Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen und stellvertretenden SPD-Vorsitzenden, Johannes Rau, zu einem Gespräch im Amtssitz des Staatrates. Das geht aus einer ADN übergebenen Mitteilung hervor. Johannes Rau, der am gleichen Tag die „Präsentation Kunst und Kultur aus Nordrhein-Westfalen“ in Leipzig eröffnete, dankte Egon Krenz, daß er während der laufenden Tagung des Zentralkomitees der SED dieses erbetene Gespräch ermöglicht habe. An der Begegnung nahm Kulturminister Hans-Joachim Hoffmann teil. Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident gratulierte Egon Krenz zu seiner Wahl in die höchsten Ämter der SED und des Staates und wünschte ihm Erfolge in der Arbeit.

Der offene Gedankenaustausch berührte die Verantwortung beider Seiten für die Friedenssicherung und für die Gestaltung der Beziehungen zwischen der DDR und der BRD.

Egon Krenz informierte den Gast über die begonnene 10. Tagung des Zentralkomitees. Das Plenum werde eine realistische



Nach dem Gespräch im Staatsrat

Foto: ND/Fleguth

greifende Reformen aller Sphären der Gesellschaft. Dabei gehe es um einen Sozialismus, der ökonomisch effektiv, politisch demo-

hob Egon Krenz die gemeinsame Verantwortung beider deutscher Staaten für Frieden, für kooperativen Zusammenhalt und gute

Die andere Perspektive

Vorgeschichte und Umstände der historischen Pressekonferenz werden von verschiedenen Zeitzeugen beschrieben. So berichtet auch Egon Krenz in seinen Erinnerungen⁽⁵⁾ darüber. Er beschreibt den Tag, den Ablauf, die Diskussion und die Folgen sehr ausführlich. Man spürt, dass der 9. November auch für ihn ein mehr als bedeutsames Datum gewesen ist. Es wird deutlich, dass auch innerhalb des Zentralkomitees die Meinung vorherrscht, es müsse nun neue Reiseregulungen geben. Nur das Wie und das Wann sind praktisch umstritten. Selbst eine Pressemitteilung ist vorbereitet – für den 10. November.

Nach der Zustimmung des ZK wird auch Schabowski, der sich zwischenzeitlich abgemeldet hatte, kurz informiert. Nur den Zeitpunkt der Grenzöffnung, den hatte er nicht registriert und am Abend dann auf der Pressekonferenz »ab sofort« erklärt.

Krenz blickt zurück und erinnert sich auch an die abendlichen Diskussionen mit seinen Partei- und Regierungskollegen. Vor allem musste dringlichst die Frage beantwortet werden, wie mit dem Strom der Menschen Richtung Grenze umgegangen werden sollte. Selbst Erich Mielke, Chef der mächtigen Staatssicherheit, ist nervös. Meine Frage: »Was schlägst du vor?«, beantwortet er mit: »Generalsekretär bist du.« Ich verstehe. Das Ministerium für Staatssicherheit wird sich den politischen Entscheidungen fügen. »Wir werden wegen ein paar Stunden – morgen sollten die Grenzübergangsstellen ohnehin geöffnet werden – nicht eine Konfrontation mit der Bevölkerung riskieren. Also, hoch mit den Schlagbäumen!« Wolfgang Heger und meine persönlichen Mitarbeiter, die die Entscheidung mithören, nicken zustimmend. Mielke ist fast dreißig Jahre älter als ich. Leise, sehr nachdenklich, sagt er am Telefon: »Hast recht, mein Jung«.

Krenz schreibt, ihm sei bewusst gewesen, dass in dieser nächtlichen Öffnung beängstigende Gefahren gelegen hätten. Die Grenze, die 1961 durch Beschluss aller Staaten des Warschauer Vertrages

befestigt worden war, trennt eben nicht nur die beiden deutschen Staaten und Berlin. Es handelt sich um die Grenze zwischen zwei Weltsystemen, zwei Militärblöcken, zwei Wirtschaftsblöcken. Und die Grenze in Berlin tangiert unmittelbar die Interessen der Alliierten.⁽⁶⁾

Krenz fasst es zusammen: »Mich bewegt: Was, wenn es in dieser Nacht auch nur einen Toten gibt? Ich denke nicht einmal daran, dass ein Grenzsoldat eventuell schießen könnte. Es gibt meinen Befehl vom 3. November 1989, der die Anwendung der Schusswaffe verbietet, wenn Demonstranten ins Grenzgebiet eindringen. Was aber, wenn irgendjemand provoziert? Angekündigt war es in den vergangenen Tagen oft genug. Was, wenn Panik einsetzt und sich Menschen tottrampeln? Auf der ZK-Tagung war kurz zuvor die Rede davon, dass es ›um Sicherheit mit Vernunft‹⁽⁷⁾ geht. Diese Vernunft ist jetzt gefragt. Niemand von uns war je zuvor in einer so ungewöhnlichen und großen Verantwortung, zu entscheiden: Schlagbäume hoch oder Gewalt? Das ist eine weltpolitische Entscheidung, aber auch eine Gewissensentscheidung. Wir müssen auch an diesem Abend bei unserem Grundsatz bleiben: Es darf keine Gewalt geben.«

Krenz beschreibt, wie er versucht, Gorbatschow in Moskau zu erreichen – vergeblich. Kurz nach Mitternacht steht fest, dass alle Grenzübergangsstellen zu Westberlin geöffnet waren. Morgens, es ist der 10. November, steht dann Moskaus Botschafter Kotschemassov telefonisch auf der Matte. Man sei im Kreml »beunruhigt, wie sich die Lage entwickelt« habe, teilte er mit. Im Kern ging es um die Öffnung der Grenzen nach West-Berlin. Denn dies berühre Interessen der Alliierten. Krenz wiegelte ab und sprach davon, dass dies nur noch eine theoretische Frage sei. Das Leben habe sie heute Nacht beantwortet. Die Grenzöffnung wäre nur durch militärische Mittel zu verhindern gewesen. Das aber hätte ein Blutbad gegeben.⁽⁸⁾

Krenz muss nach diesem Telefonat mit dem Sowjetbotschafter ziemlich verärgert gewesen sein. Auf der einen Seite hatte er sich wie gewohnt verhalten und alles mit Moskau abgestimmt. Es gab keine Reaktion und nun kamen die Freunde vom Roten Platz plötzlich mit dem Vier-Mächte-Status von Berlin um die Ecke und fühlten sich auf den Schlips getreten. Doch wenig später waren auch hier die Wogen geglättet, denn plötzlich beglückwünschte der Botschafter im Namen von Michail Gorbatschow, »alle deutschen Freunde zu ihrem mutigen Schritt, dass Sie die Berliner Mauer geöffnet haben«. ⁽⁹⁾ Krenz war nicht klar, was konkret zu diesem Schritt geführt hatte.

Knapp ein Jahr später treffe ich mich mit Egon Krenz. Er lebt seit dem Auszug aus der Promi-Siedlung Wandlitz nun in Berlin-Pankow und ist nicht nur bar jeglichen politischen Amtes: Er wurde auch aus der SED-PDS ausgeschlossen. Zur Begründung hatte es geheißen, er habe die »Chance zu einer grundlegenden Erneuerung im Herbst letzten Jahres halbherzig vergeben«. Dabei hatte ich ihn und einige wenige andere Politbüromitglieder auf dem Sonderparteitag in der Dynamo-Sporthalle gesehen. Krenz gehörte seinerzeit zu den wenigen aus der alten Führung, die den Mut aufbrachten, sich ihrer Verantwortung zu stellen – und die auf einer Delegiertenkonferenz auch gewählt worden waren. Aber das hatte ihnen nichts genützt. Unser Gespräch kreist wieder um den 9. November und die dieser Tage bevorstehende Herstellung der staatlichen Einheit. Das Interview soll in der *Bild* am 25. September, eine Woche vor dem Ende der DDR, erscheinen. Krenz ist wie gewohnt freundlich und ohne Arg, was ihm später von einigen übel genommen wird. Mit der *Bild* hätte er doch besser nicht sprechen sollen. Er redet offen davon, dass es zur Öffnung der Grenzen keine Alternative gegeben habe. Er beschreibt, dass aber auch niemand habe ahnen können, dass dies das Ende der DDR bedeuten würde. In unserem Gespräch beklagt sich Egon Krenz auch über die doppelbödige Politik Moskaus. Gorbatschow habe noch im November 1989 versichert, die deutsche Einheit stehe nicht auf

der Tagesordnung. Sein Außenminister Schewardnadse habe sogar gefordert, die Bundesrepublik müsse die DDR-Staatsbürgerschaft anerkennen. Der sowjetische Stachel, das spürte ich, saß bei Egon Krenz tief. Er fühlte sich von Moskau hinters Licht geführt und regelrecht verraten.

Unsere Unterhaltung kam immer wieder auf Details und Abläufe des 9. November zurück. Krenz offenbarte ein bemerkenswertes Gedächtnis, war aber auch nicht frei von der Neigung, alles sehr ausführlich zu erklären und zu begründen. Mir schien das weniger eine Rechtfertigung denn der Versuch einer Erklärung zu sein, warum er sich so und nicht anders entschieden oder verhalten hatte. Die Kausalität von Abläufen minutiös zu schildern war ihm wichtiger als eine gute Pointe. Er berichtete von seinem morgendlichen Joggen, von den Briefen besorgter DDR-Bürger auf seinem Schreibtisch im Büro. Selbst die Titelseite des *Neuen Deutschlands* war ihm in Erinnerung, hatte er doch einen Aufruf der Schriftstellerin Christa Wolf gelesen. Sie mahnte bei den politisch Verantwortlichen Reformen an, sie appellierte an die Menschen, zu bleiben und der DDR nicht den Rücken zu kehren. Den Aufruf hatten zahlreiche Bürgerrechtler unterschrieben, unter ihnen Bärbel Bohley für das *Neue Forum*, aber auch *bekannte Persönlichkeiten* wie Stefan Heym und Kurt Masur.

Im Wortlaut: *„Wir alle sind tief beunruhigt. Wir sehen die Tausende, die täglich unser Land verlassen. Wir wissen, dass eine verfehlte Politik bis in die letzten Tage hinein ihr Misstrauen in die Erneuerung dieses Gemeinwesens bestärkt hat. Wir sind uns der Ohnmacht der Worte gegenüber Massenbewegungen bewusst, aber wir haben kein anderes Mittel als Worte. Die jetzt noch weggehen, mindern unsere Hoffnung.*

Wir bitten Sie, bleiben Sie doch in Ihrer Heimat, bleiben Sie bei uns! Was können wir Ihnen versprechen? Kein leichtes, aber ein nützliches und interessantes Leben. Keinen schnellen Wohlstand, aber Mitwir-

kung an großen Veränderungen. Wir wollen einstehen für Demokratisierung, freie Wahlen, Rechtssicherheit und Freizügigkeit. Unübersehbar ist: Jahrzehnte Verkrustungen sind in Wochen aufgebrochen worden. Wir stehen erst am Anfang des grundlegenden Wandels in unserem Lande. Helfen Sie uns, eine wahrhaft demokratische Gesellschaft zu gestalten, die auch die Vision eines demokratischen Sozialismus bewahrt. Kein Traum, wenn Sie mit uns verhindern, dass er wieder im Keim erstickt wird. Wir brauchen Sie. Fassen Sie zu sich und uns, die wir hierbleiben wollen, Vertrauen.“⁽¹⁰⁾

Krenz bemerkte, dass dies Menschen mit sehr unterschiedlichen politischen Anschauungen waren, die für die Vision eines demokratischen Sozialismus eintraten. Dass sie »unserem Land«, von der »Heimat«, vom »Hierbleiben und von »Vertrauen« sprachen, bestärkte ihn, die DDR als souveränen sozialistischen Staat erhalten zu können.

In der anschließenden Debatte an jenem 9. November im ZK – die Sitzung begann 9.30 Uhr – seien die Fetzen geflogen. Honeckers Ankündigung, die Mauer werde noch in 100 Jahren stehen, war nur ein Stein des Anstoßes⁽¹¹⁾. Hermann Kant, als Präsident des Schriftstellerverbandes Mitglied im ZK, nannte Honeckers Bemerkung »fatal«. Er meinte, dass die Mauer »nun wirklich nicht populär zu machen« sei und war der Meinung, die offenkundig mehrheitlich im Saal geteilt wurde, dass es ein politischer Fehler gewesen sei, den Leuten mit der Drohung zu kommen, dass sich auf absehbare Zeit nichts an dieser Lage ändern würde. Das Nicht-Reisen-Können hatte sich für die DDR-Bürger zum Trauma ausgewachsen. Selbst wenn die Konditionen für »Reisen in dringenden Familienangelegenheiten« zunehmend lockerer gehandhabt wurden und jährlich inzwischen einige Millionen Ostdeutsche in den Westen fahren durften, wuchs der Unmut. Erstens über die Genehmigungspraxis, zweitens darüber, dass jene, die keine Verwandten »drüben« besaßen, ausgesperrt blieben, und drittens, dass das legitime Bedürfnis, die Welt zu entdecken, vom Staat wie ein Gnadenakt gehandhabt

wurde. Das war demütigend und hatte mit einer »humanistischen Gesellschaftsordnung« wenig zu tun. So empfanden das inzwischen die meisten DDR-Bürger – doch der Staatsratsvorsitzende Honecker erklärte nassforsch, daran werde sich auf absehbare Zeit nichts ändern.

Selbst eine Pause trägt nicht maßgeblich zur Abkühlung in der Sitzung bei – anschließend geht die hitzige Debatte weiter. In der darauf folgenden späten Mittagspause hat Krenz einen Termin mit Johannes Rau in Begleitung von Wolfgang Clement. Der kommt in seiner Funktion als SPD-Vize und als Ministerpräsident des größten Bundeslandes, das so viele Einwohner hat wie die DDR. Rau fragte kurz, aber intensiv nach den möglichen Veränderungen in der DDR und ebenso möglichen Reiseregungen. Krenz erläuterte ihm seine Vision von einer deutschen Perestroika, die sich an der Grenze zu einem nicht freundlich gesonnenen Nachbarn und einem feindlich gegenüberstehenden Militärblock, der NATO, bewege. Deshalb gebe es erhebliche Risiken. Er unterstrich, dass es zwei Prämissen gäbe. Die DDR bleibe ein souveräner und ein sozialistischer Staat. Auf Nachfragen Raus, insbesondere denen nach einem Reisegesetz, ging er nicht ein. Hätte er ihm reinen Wein eingeschenkt, hätte dies zu Irritationen mit der Bundesregierung führen können – und möglicherweise hätte der Westen dann die Botschaft lanciert. Nach dem Gespräch stellen sich beide der Presse. Rau erklärt, man habe auch über das Reisegesetz gesprochen, Krenz unterstreicht, man habe über den Entwurf diskutiert und die Bevölkerung werde das Gesetz bewerten.⁽¹²⁾

Der Rest des Tages ist bekannt. Krenz übergab Schabowski, der selbst an den Beratungen nicht mehr teilgenommen hatte, die neue Reiseverordnung als »Weltnachricht«, der stammelte sie auf der Pressekonferenz 18.53 Uhr vor – mit jenen Irritationen, die von uns, den Medienleuten, zweckdienlich interpretiert und zugespitzt wurden.



Warum hielt die Sowjetarmee still?

► Soldaten der Sowjetarmee.

Auf dem Territorium der DDR waren mehrere hunderttausend Soldaten der Sowjetarmee stationiert. Im Westen gingen wir davon aus, dass es bis zu eine Million Mann seien. Die Rote Armee, als Teil der Anti-Hitler-Koalition maßgeblich an der Zerschlagung der Nazidiktatur und der Beendigung des Zweiten Weltkrieges beteiligt, war bis Berlin gekommen und hatte ihre 1945 in Jalta zwischen Roosevelt, Churchill und Stalin festgelegte Zone bezogen. Die Grenze zwischen der sowjetischen und der amerikanischen, britischen und französischen Zone hieß Demarkationslinie. Doch im bald beginnenden Kalten Krieg wurde daraus eine Frontlinie zwischen Ost und West. Zunächst eine Staatsgrenze zwischen der 1949 gegründeten Bundesrepublik und der DDR, dann – nach Integration der BRD in die NATO und der DDR in den Warschauer Vertrag Mitte der 50er Jahre – die Front zwischen den beiden mächtigsten Militärpakten der Welt. Die beiden deutschen Staaten waren nicht souverän, die Führungsmächte Sowjetunion und USA entschieden. Erst mit dem 4+2-Vertrag, der im September 1990 in Moskau geschlossen werden sollte, erlangten beide Staaten ihre volle Souveränität, was überhaupt die völkerrechtliche Voraussetzung für ihre Vereinigung war.

Nachdem die DDR Mitglied des östlichen Bündnisses geworden war, hießen die sowjetischen Einheiten nicht mehr Besatzungstruppen, sondern Gruppe der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland (GSSD), die aufgrund von Bündnisverpflichtungen und bilateralen Verträgen hier stationiert waren. Die »Verpflichtungen« für die DDR sahen so aus, dass diese zu wesentlichen Teilen für Kost und Logis der Sowjetsoldaten zu sorgen hatte. Überdies waren die DDR-Streitkräfte gehalten, die jeweils neuesten Waffen aus der UdSSR zu erwerben, was zunehmend zur Verstimmung zwischen Berlin und Moskau führte, weil die DDR nicht bereit war, beispielsweise jede neue Panzergeneration zu importieren. Sie rüstete stattdessen lieber die älteren Tanks mit eigener Elektronik preiswert nach.

Entgegen der eigenen Darstellung war die DDR keineswegs Herr im eigenen Hause. Russische Militärs gaben es Berlin später schwarz auf weiß. Marschall Wiktor Kulikow, einst Befehlshaber der Sowjettruppen in der DDR und von 1977 bis 1989 Oberkommandierender der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Paktes, bekräftigte 2013 in einem Interview noch einmal, dass die DDR mindestens auf militärpolitischem und militärischem Gebiet nicht souverän war. »Dafür gab es zwei Gründe. Erstens: die exponierte militärgeografische Lage der DDR in Europa als Vorposten des Warschauer Vertrages und die dortige Präsenz einer 500.000 Mann starken, in ihrer Kampfkraft unvergleichlichen Elitegruppierung der sowjetischen Truppen, ausgerüstet mit modernster Bewaffnung und Ausrüstung einschließlich von Kernwaffen auf dem Territorium der DDR. Dadurch bedingt verlief der vordere Rand der ersten strategischen Verteidigungslinie der Vereinten Streitkräfte des Warschauer Vertrages entlang der Staatsgrenze der DDR und der BRD. Deshalb hatte die sowjetische Seite auch das militärische Sagen auf dem Territorium der DDR.

Zweitens: die feste Eingliederung der DDR und ihrer bewaffneten Organe in die Militärorganisation des Warschauer Vertrages sowie die Einbindung der NVA und der Grenztruppen der DDR im Verteidigungsfalle in die Front der GSSD, die von Moskau gestellte Aufgaben zu erfüllen hatte. Deshalb war die Organisation der Landesverteidigung der DDR, deren Stärke, Bewaffnung, Ausrüstung, Dislozierung und Ausbildung stets den Ausgangsorientierungen aus Moskau untergeordnet.

Diese beiden Faktoren und andere zum Teil noch aus der Besatzungszeit rührende Fragen waren die Ursachen dafür, dass die DDR auf militärisch-politischem Gebiet nicht souverän war.«⁽¹³⁾

Aber wenn sie auf »militärisch-politischem Gebiet« nicht souverän war: Konnte sie es dann auf anderem Gebiet sein, wenn ein Halb-millionenheer einer fremden Macht auf ihrem Territorium stand?

In dem gleichen Gespräch sagte Kulikow auch etwas Interessantes zur Mauer, was uns in unserem Kontext durchaus interessieren sollte. Er habe »die heute so geschmähte Berliner Mauer« als Militär durchaus geschätzt. »Durch den Beitritt der BRD zur NATO hätte aus jedem Grenzzwischenfall zwischen den beiden deutschen Staaten ein atomarer Weltkrieg werden können, weil dann der Bündnisfall eingetreten wäre. Die Grenzsicherungsmaßnahmen 1961 klärten die Verhältnisse. Vor diesem Hintergrund wurden Entspannungspolitik, Verträge und Abrüstungsgespräche erst möglich. Es war eine friedenssichernde Maßnahme.

Auch wenn es eine richtige Entscheidung des Bündnisses war, wobei natürlich wir als Führungsmacht das entscheidende Wort sprachen, so bezog allein Ulbricht dafür die Prügel. Er wurde im Westen angegriffen. Bis auf den heutigen Tag wird er verleumdet und steht als »Mauerbauer« und »Lügner« in vielen Geschichtsbüchern. Das geht zu großen Teilen auf unser Konto. Wir hätten damals und später deutlich sagen müssen: Nicht Ulbricht und nicht die DDR haben die Grenzmaßnahmen am 13. August 1961 veranlasst, sondern der Warschauer Vertrag. Ulbricht lag, um in unserer Sprache zu reden, im ersten Schützengraben und zog das Feuer auf sich. Und dort haben wir ihn leider lange allein kämpfen lassen.«⁽¹⁴⁾

Nun war am 9. November 1989 diese Mauer ohne Zutun oder gar Zustimmung Moskaus geöffnet worden, also gefallen. Den Missmut, den das dort zunächst auslöste, hatte Kotschemassow an Krenz übermittelt. Erst später erfolgte die Korrektur.

Dabei stellte sich nicht erst in jener Nacht die Frage, warum Wünsdorf – das war der Sitz der militärischen Führung der GSSD in der DDR – tatenlos den Veränderungen zuschaute. Die mächtigen Demonstrationen in den Großstädten, die massive Absatzbewegung von DDR-Bürgern, die Botschaftsbesetzungen und zuletzt der Sturz des Ersten Mannes, der seit 1971 in Berlin das Ruder in der Hand hielt. Alles Indizien für eine tiefgehende Staatskrise, die

nachhaltig das Machtgefüge in der DDR verändern würde. Würde dadurch à la longue nicht auch die Geschäftsgrundlage für die Sowjettruppen zur Disposition gestellt werden? Daran waren die Militärs so wenig interessiert wie sie etwa den möglichen Verlust des Bündnispartners DDR einfach hinnehmen würden. Mehr noch: Dieser Teil Deutschlands war 1945 unter großen Opfern erobert worden, er war, profan gesprochen, Siegesbeute. Die würde man doch nicht freiwillig hergeben!

Schon im Frühsommer zeigte sich Wünsdorf aufgrund der politischen Veränderungen in Polen beunruhigt, man fürchtete um die Verbindungs- und Versorgungswege. Die Sorge nahm mit den Montagsdemonstrationen in Leipzig zu. Um zu deeskalieren, beauftragte Krenz am 13. Oktober, Streletz möge den Oberkommandierenden in Wünsdorf, Armeegeneral Boris Snetkow, darum bitten, dass die Sowjettruppen in ihren Kasernen blieben und nicht zu den üblichen Herbstmanövern ausrückten. Damit soll der naheliegende Schluss verhindert werden, die Sowjets machten Ernst wie etwa 1953.

Snetkow, das nur am Rande, gehörte zu jenen russischen Militärs, die die Siegesbeute nicht hergeben wollten. Gegenüber der Armeezeitung *Krasnaja Swesda* erklärte er am 25. Februar 2000, warum er sich geweigert hatte, die Truppen aus Deutschland abzuführen, weshalb man ihn 1990 abkommandiert und alsbald in den Ruhestand versetzt hatte. »Ich werde den Abzug nicht durchführen! Marschall Shukow begründete die Gruppe der Sowjetischen Streitkräfte in Deutschland, die bekanntesten Heerführer bauten sie aus, ich aber, der 15. Oberbefehlshaber, der unbekannt General Snetkow, jagt sie zum Teufel?! Das kann ich nicht tun!«

Krenz weiß: »In den Panzerschränken des Oberkommandos der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte in Wünsdorf liegen für solche Fälle militärischen Einsatzpläne vor.«⁽¹⁵⁾ Solche Fälle, das sind gewaltsame Grenzdurchbrüche, Unruhen und eben Massen-

proteste. Im November 1989 spreche ich darüber in der Sowjetbotschaft Unter den Linden mit Alexander Logwinow, er ist dort als Botschaftssekretär für die Presse zuständig. Warum blieben und bleiben die Truppen in den Objekten?

»Unser Botschafter Wjatscheslaw Kotschemassow hatte angewiesen: »Sagen Sie den Presseleuten, dass unsere Truppen die Kasernen nicht verlassen werden. Weder 1953 noch Budapest 1956 oder Prag 1968 werden sich wiederholen.« Ich weiß nicht, ob es dazu einen klaren Befehl aus Moskau gab. Ich gehe aber davon aus. Ich äußerte die Position der Sowjetunion: »Nichts wird geschehen, keine Panzer werden rollen und schießen.« Das war es.«



Was wusste der Regierende Bürgermeister Momper?

- ▶ Ministerpräsident Richard v. Weizsäcker und der regierende Bürgermeister Walter Momper mit Polizisten und Presse in der Menschenmasse. Berlin, 9. November 1989.

Walter Momper, SPD-Mitglied wie ich, war von März 1989 bis Januar 1991 Regierender Bürgermeister von Berlin. Ich sprach 2013 mit ihm über die damaligen Vorgänge. Er verblüffte mich mit der Antwort auf die Frage nach den Sowjets. »Wir hatten ähnliche Sorgen wie sie: Wir hatten für zwei Millionen Westberliner täglich die Existenz zu sichern, dazu mussten die Verbindungswege zwischen der Stadt und dem Bundesgebiet funktionieren. Also brauchten wir keine Wirren und Unruhen in der DDR. Und die Russen mussten ihre 600.000 Soldaten versorgen und deren Sicherheit garantieren. Was wäre geschehen, wenn sich plötzlich der kollektive Unmut gegen die Sowjetarmee gekehrt hätte? Sicherlich hätten die sich militärisch verteidigen können – aber zu welchem Preis?« So hatte er ständig Kontakt zu den Verantwortlichen in der russischen Botschaft.⁽¹⁶⁾

Nachdem Walter Momper Chef einer rot-grünen Koalition geworden war, machte er seinen Antrittsbesuch bei Honecker und hielt dann später Kontakt zum Berliner Parteichef. Mit diesem Günter Schabowski traf er sich am 29. Oktober 1989 im Palasthotel. Zuvor war er mit Oppositionellen zusammengekommen. Schabowski galt als Anhänger der Reformen Gorbatschows. In Journalistenkreisen war er sogar als einer der möglichen Nachfolger Honeckers gehandelt worden, denn er hatte gute Drähte zu den Sowjets.⁽¹⁷⁾

In seinen detaillierten Erinnerungen schildert Momper dieses Treffen sehr anschaulich, dabei charakterisiert er den Mann, der zehn Tage später die Mauer öffnete, sehr präzise. Schabowski wollte die SED wieder »zum Motor der Veränderung« machen. Er hatte erkannt, dass die SED nur die Kontrolle behalten konnte, wenn sie selbst Träger der Reformen würde. Dazu gehörte für ihn die Zulassung anderer Parteien. Schonungslos rechnete er mit Partei- und Regierungsgrößen ab, berichtete von den Vorbereitungen zum Sturz Honeckers.

Auch auf das Reisegesetz kam er zu sprechen. Das solle nämlich schon zum 1. Dezember in Kraft treten. Jenen DDR-Bürgern, die

für immer ausreisen möchten, werde man keine Hindernisse in den Weg legen. Man könne die Leute nicht halten. Sie müssten motiviert werden zu bleiben. Das schaffe die Mauer auf Dauer nicht.⁽¹⁸⁾

Momper sagt, er wäre bei diesem Stichwort wie elektrisiert gewesen und habe nachgefragt. Im Laufe des Gespräches sei man dann bis zu technischen Problemen gegangen. Er habe Schabowski eine Liste von möglichen Übergängen, allen voran den Potsdamer Platz, die Brunnenstraße, die Glienicker Brücke und die U-Bahnhöfe Jannowitzbrücke und Alexanderplatz genannt. In der ersten Zeit müsse mit einem Andrang von bis zu 500.000 Besuchern pro Tag gerechnet werden. Über die praktischen Folgen der Reiseregulung hatte Schabowski offenbar noch nicht nachgedacht. Die Maßnahmen leuchteten ihm jedoch ein. Man verabredete sich zu Treffen der Verantwortlichen und auch zu rechtzeitiger Informationen der anderen Seite – was aber nicht geschah.⁽¹⁹⁾

Momper erinnert sich an »seinen« 9. November. Er hatte zunächst einen Vortrag in einer Schule über den früheren SPD-Vorsitzenden Otto Wels gehalten. Dieser hatte am 23. März 1933 in seiner mutigen Rede gegen das Ermächtigungsgesetz der Nazis im Reichstag gesagt: »Freiheit und Leben kann man uns nehmen, die Ehre nicht.«⁽²⁰⁾

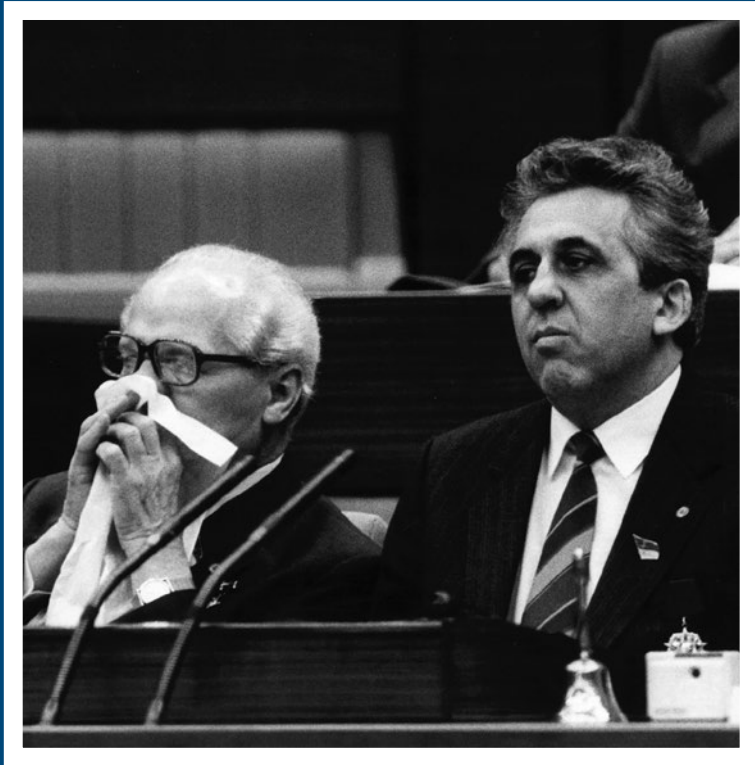
Danach gab Momper einige Interviews und nahm um 12 Uhr an einer Sitzung teil. Sein Staatssekretär Jörg Rommerskirchen kam irgendwann in den Raum und berichtete flüsternd von den neuen Entwicklungen in der DDR. Diese habe er von einem zuverlässigen Journalisten erhalten. Dieser Journalist war ich.⁽²¹⁾ Rommerskirchen schloss aus diesen Informationen, dass am Abend die Mauer aufgehen würde.⁽²²⁾

Umso größer war meine Enttäuschung, als Schabowski bei der Pressekonferenz nichts zum Reisegesetz sagte, konsequent meinen nach oben gereckten Arm übersah, als ob er ahnte, was ich ihn

fragen wollte. Ich war jedoch nicht der Einzige, der eine solche Nachricht in die Welt gesetzt hatte. Momper berichtete später von einem weiteren Hinweis einer westdeutschen Rundfunkkorrespondentin.⁽²³⁾ Ungeachtet dessen herrschte Verwirrung, was nun geschehen würde. Die ersten Agenturmeldungen des Abends enthielten keine Aussagen zur Öffnung der Mauer. Ein Videomitschnitt, den sich Momper anschauen konnte, brachte auch keine Aufhellung. Momper musste am Abend zum damaligen *Sender Freies Berlin (SFB)* – er war Gast in der *Berliner Abendschau*.⁽²⁴⁾

Die Sendung lief bereits, Momper wurde gepudert und ins Studio geschoben und vom Moderator, der von einer »spektakulären Nachricht« sprach, um eine Stellungnahme gebeten. Noch kein Medium hatte bisher eine eindeutige Interpretation der jüngsten Pressekonferenz und ihrer Ergebnisse angeboten. Momper wagte nach einigem Zögern dennoch den Hochseilakt. »Dies ist der Tag, auf den wir 28 Jahre lang gewartet haben und den wir ersehnt haben. Alle DDR-Bürger können zu uns kommen und uns besuchen. Dies ist ein Tag der Freude für Berlin. Es werden auch viele Lasten auf uns zukommen und viele Menschen in unserer Stadt diskutieren, was das für sie bedeuten wird. Aber wir sollten alle Besucher mit offenen Armen bei uns empfangen, denn wir verstehen, was es bedeutet, wenn die Menschen 28 Jahre lang nicht zu uns kommen konnten.«

Und auf die Perspektive der von ihm regierten Halbstadt eingehend sagte er: »Berlin wird wieder ganz normale Beziehungen zu seinem Umland haben. Auch die Berliner werden leichter reisen können. Das ganze Ost-West-Verhältnis wird sich noch viel mehr entspannen. Dies ist eine große Chance für uns. Berlin ist auf dem Weg zu einem wirklichen Zentrum in Europa.«⁽²⁵⁾



Akteure des 9.11. – Krenz, Schabowski, Momper – mit mir später im Gespräch

- ▶ Erich Honecker, ehemaliger Staatsratsvorsitzender der DDR, neben seinem Nachfolger Egon Krenz (rechts). Berlin im Oktober 1989.

Natürlich waren in die Vorgänge am 9. November 1989 sehr viele Personen involviert, aber diese drei waren auf der politischen Bühne die wesentlichen Akteure. Hans Modrow war noch nicht ins Amt des Ministerpräsidenten berufen, de facto in Dresden, und Helmut Kohl weilte in Warschau und war, wie die anderen westdeutschen Politiker auch, weitab vom Schuss oder desinteressiert. Zwar hatten sie alle stets die deutsche Einheit beschworen, aber dass diese Bekundungen nicht mehr als Sonntagsreden und wohlfeile Lippenbekenntnisse waren, zeigte sich spätestens bei der Entscheidung, Berlin zur Bundeshauptstadt und zum Regierungssitz zu machen. Es sei daran erinnert, dass die Entscheidung am 20. Juni 1991 mit 338 zu 320 Stimmen denkbar knapp ausfiel. Immerhin aber ist nun ein Großteil der Behörden mit seinen Mitarbeitern an der Spree.

Nach der Öffnung der Grenze, dem Untergang der DDR und der Herstellung der staatlichen Einheit habe ich immer wieder aus verschiedenen Anlässen mit Krenz, Schabowski und Momper das Gespräch gesucht. Sie sind von Charakter, Naturell und Intellekt sehr verschieden. Was sie jedoch verbindet ist die Tatsache, dass sie ganz wichtige Zeitzeugen sind.

Ich interviewte Momper.

Ich wollte von ihm wissen, wann er zum ersten Mal eine Ahnung bekommen hatte, dass da etwas auf (West-)Berlin zurollen könnte. Da antwortete er ohne große Überlegung: »Am 27. Juni 1989, als der ungarische Außenminister und sein österreichischer Amtskollege demonstrativ ein Loch in den Grenzzaun schnitten. Da war klar, dass Ungarn, schon gar nicht Österreich, den sogenannten Eisernen Vorhang niemals wieder recyceln würden. Das war eine unumkehrbare Entscheidung.«⁽²⁶⁾

Krenz

Krenz erinnert sich in seinem »Herbst '89« ebenfalls der Vorgänge in Ungarn. Er kommt darauf zu sprechen, als er Honecker Anfang Juli 1989 nach Bukarest zum Gipfeltreffen der Staats- und Parteichefs des Warschauer Paktes begleitet. Die zentrale Frage dort lautet: Ist der Kalte Krieg vorüber oder nicht? Die einzigen, die diese Frage bislang mit Ja beantworten, sind die Ungarn.

Die Delegation der DDR stand in Bukarest nur wenige Meter von der ungarischen Delegation entfernt. Aber die Parteichefs der beiden Bruderparteien aus der DDR und Ungarn haben sich außer »Guten Tag« nichts mehr zu sagen.⁽²⁷⁾

US-Präsident Bush und Bundeskanzler Kohl

Auf der anderen Seite setzt US-Präsident Bush Zeichen. Er spricht vor 2.000 Menschen in der Rheingoldhalle zu Mainz. Der US-Präsident fordert unter anderem freie Wahlen überall in Europa und den Abbau der Grenzen. In Ungarn habe die Öffnung bereits begonnen, nun müssten diese Schranken in ganz Osteuropa fallen. Bush wörtlich: »Lasst Berlin nächste Station sein«. An keinem Ort sei die Teilung so deutlich. »Dort trennt eine brutale Mauer Nachbarn und Brüder. Die Mauer steht als Monument für das Scheitern des Kommunismus«, sagt Bush. »It must come down – sie muss fallen!« Und das klang so wie »Sie wird fallen!«

Kohl, der seinerzeit in der ersten Reihe saß, verzog keine Miene. Ihm schien als einem der wenigen klar zu sein, dass Bush eine wesentliche Änderung der US-Politik vollzieht. Der Kanzler hat auch schon früher Überlegungen zur Herstellung der deutschen Einheit zurückgewiesen. Die Amerikaner verstehen das nicht. Die Bundesregierung veranschlage für die Vereinigung Zeiträume, mit denen sonst Geologen rechnen, höhnen sie.⁽²⁸⁾

Günter Schabowski

Günter Schabowski selbst hat seine eigene Version. Er berichtet mir von einem Hin und Her im Zentralkomitee der SED, von Entwürfen für ein Reisegesetz, Überarbeitungen und Veränderungen. Die Idee war, ein Reisegesetz vorzulegen, das die Volkskammer im Dezember beschließen wird. Doch schon bei der Veröffentlichung des ersten Entwurfs schlug den DDR-Oberen der Zorn des Volkes entgegen. Am 9. November 1989 war dann eine wieder einmal überarbeitete Reiseregelung fertig geworden. »Mir und anderen war klar, was freies Reisen für die DDR bedeuten würde: Die Mauer würde ihre Bedeutung verlieren. Die Mauer ist nur noch eine Metapher, wenn den Leuten gestattet ist, zu reisen, wohin sie wollen. Dann ist die Mauer weg. Das war die Situation am Nachmittag des 9. November 1989 im ZK. Kurz vor Schluss dieser Sitzung erhielt ich von Egon Krenz den Beschlussentwurf des Ministerrates. Es war aber eben nur der Entwurf. Er sollte durch Abruf bis 19 Uhr verabschiedet sein. Kurz vor 18 Uhr habe ich das Ding von Krenz erhalten, und gehe in die Pressekonferenz. Ich dachte nun, ich hätte die Entscheidung des Ministerrates in der Hand und auch die Militärs wüssten Bescheid. Die wussten aber noch nichts. So habe ich das Ding dann mitgeteilt in dem Bewusstsein, es ist unsere Entscheidung, die realisiert wird.« So kam es, dass die Grenze Stunden früher passierbar wurde, als es sich der rote Amtsschimmel ausgedacht hatte. Bis vier Uhr früh sollten die Posten an den Grenzübergängen überall im Lande benachrichtigt werden. Doch die sahen sich schon bald nach der Pressekonferenz einer rasch zunehmenden Zahl von Bürgern gegenüber, die die Öffnung ›testen‹ wollten. Die Kunde hatte sich international, aber mehr noch im unmittelbar betroffenen Ballungsgebiet Ost- und Westberlin wie ein Lauffeuer verbreitet. Ja, die Nachricht hatte schon den Erdball umrundet, in Canberra wusste man's, nur die Grenzposten an den Berliner Übergangsstellen waren ahnungslos. Eine mehrstündige gefährliche Phase der Unsicherheit an den Passierstellen war die Folge.

Die Fernsehbilder und Pressefotos von dieser Nacht in Berlin gingen um die Welt und prägten die Erinnerung an die dramatischen Stunden. Und noch heute ist es kaum fassbar, dass es nirgendwo zu einem blutigen Zwischenfall kam. Bewirkt wurde es durch das undramatische und eigenständige Reagieren der Grenzposten, wie durch die überwiegend aufgekrazte Stimmung und friedliche Haltung der Menschen auf beiden Seiten der Grenze, stellte Schabowski fest.

In Gerüchten geht immer wieder von einem ominösen »Zettel« die Rede, von dem Schabowski gleichsam Regieanweisungen abgelesen habe. Verschwörungstheoretiker gehen sogar soweit zu behaupten, eine fremde Macht habe ihn ferngesteuert. Solche Mythen entstehen immer, wenn es für große, in diesem Falle weltpolitische Entscheidungen ganz banale Erklärungen gibt. Ich fragte also Schabowski auch nach dem »Zettel«. »Es gab keinen Zettel, der mir zugesteckt wurde. Der Tisch im Pressesaal hatte eine Brüstung. Dahinter lagen meine Notizen über den Verlauf der ZK-Tagung und der Entwurf der Reiseverordnung. Als das Thema aufkam, wollte ich die Verordnung aus meinen diversen Zetteln herausfischen. Dabei half mir mein Referent. So ist wohl der spekulationsträchtige Eindruck entstanden, es sei mir etwas zugesteckt worden.«

Ob ihm damals bewusst war, dass sein Auftritt den Anfang vom Ende der DDR bedeutete? »Nein. Ich dachte, wir bekommen das in den Griff. Dabei bauten wir auch auf Kooperation mit der Bundesrepublik. Aber unsere Zeit war abgelaufen. Dass es so schnell gehen würde, hatte man damals wohl auch in Bonn nicht angenommen.«

Absetzung Honeckers

Und Schabowski wird deutlich: »Am 13. August 1961 war das triste Stück politischer Architektur hochgezogen worden, um die DDR zu stabilisieren. Am 9. November 1989 begannen wir den Mauer-

abriss, um die DDR zu retten. Der größere Irrtum war es zu glauben, man könne mit 28-jähriger Verspätung den rapiden Verfall der SED-Macht durch die Maueröffnung stoppen. Es waren zwei konträre Versuche, die den gleichen Zweck verfolgten. Beide schlugen fehl. Die Frage nach der Lebensfähigkeit einer sozialistischen Ideologie- und Zwangsgesellschaft hatte sich beantwortet.«⁽²⁹⁾

In einem anderen Gespräch, das ich im gleichen Jahr 2004 mit ihm führte, meinte Schabowski: »Sie werden immer wieder finden, dass ich bei der Erklärung der Ereignisse im Jahr 1989 auf die Rolle der ungarischen Kommunisten hinweise. 1989 hatte bestimmte Veränderungen im Kopf bewirkt. Das begann in der Tat mit der Öffnung der ungarischen Grenze Anfang Mai 1989. Am 2. Mai wurde die Grenze geöffnet, ich war Mitglied des Politbüros. Gyula Horn sagte, die DDR-Spitze habe geschäumt.

Ich muss etwas richtigstellen, bei aller Bedeutung, die ich diesem ungarischen Schritt beimesse. Die Führung, das Politbüro, Erich Honecker – ich kann nicht sagen, dass er schäumte. Sondern es war eine Reaktion der Betroffenheit und Betretenheit, die sich bemerkbar machte in der Sitzung am 4. Mai. Verteidigungsminister Heinz Keßler teilte in eben dieser Politbürositzung mit, dass er mit den ungarischen Militärs gesprochen habe, und die hätten versichert, dass das eine Sache ist, die in erster Linie mit Gyula Horn zusammenhängt, aber wir als Militärs können euch versichern, die Grenze wird weiterhin von uns geschützt. Und so beruhigten wir uns wieder mit dem Gedanken: Da ist eben noch nicht dieses Leck, von dem man befürchten konnte, dass die DDR ausläuft.

Dann kam eine zweite Reaktion, als Außenminister Oskar Fischer von Honecker beauftragt wurde, nicht bei den Ungarn nachzufragen, sondern in Moskau, damit der Kreml die Ungarn zur Ordnung rufe, die Blockraison sozusagen durchgesetzt werden sollte. Das war doch die große Hoffnung. Dann kam es aber anders: Das Urteil aus Moskau lautete: Tut uns leid, wir können da nichts unterneh-

men, die Breshnew-Doktrin existiert nicht mehr. Gorbatschow hatte ja schon zwei Jahre zuvor erklärt, dass jedes Land für sich selbst verantwortlich wäre.

Nun muss man wissen, dass dieser Schritt zunächst mal etwas war, was die Ungarn betraf, aber Gorbatschow gab damit ein Zeichen, was möglich war, und zwar einige Monate später. Da entschlossen sich – bei zunehmender Zuspitzung der Familien-Verhältnisse – die Ungarn zu sagen: Wir kündigen den Vertrag mit der DDR auf. Der hieß bis dahin: Über Ungarn darf kein DDR-Bürger ausreisen. Das galt nun nicht mehr. Politisch war die Lage so: Honecker glaubte nicht daran, dass die DDR in Gefahr sei oder kommen würde. Krenz aber brachte gewisse Sympathien auf für Gorbatschow, und es entwickelte sich bei uns und auch bei Krenz doch ein bisschen die Vorstellung, dass die Existenz der DDR auf das Äußerste gefährdet sei, sollten nicht in einem bestimmten Maße Reformen stattfinden. Und eine dieser Reformen war die Reisefreiheit. Es lief darauf hinaus, eine Basis für eine bessere Koordinierung mit Gorbatschows Reformkurs zu schaffen.

Wie das zu bewerkstelligen war, war uns im Sommer noch nicht klar, aber es reifte natürlich allmählich die Vorstellung: Es ist nur zu machen, wenn wir den Mann, also Honecker, absetzen, der sich in einer bestimmten Weise dem widersetzte.

Also: Wir wollten auch genau wissen, wie sieht es denn eigentlich aus mit dem ›Türmen‹ über die Grenze? Wie viel Abstimmung gegen die DDR mit den Füßen fand denn überhaupt statt? Um dann sagen zu können, so geht's nicht mehr weiter. Seit 1988 war uns doch schon klar, dass – egal, was wir machten – immer mehr die Frage des Reisens in den Vordergrund rückte. Und auch sich frei äußern zu können. Zudem wurde die Versorgungslage immer schlechter. Es ist bezeichnend, dass die Ablehnung der DDR insbesondere veranlasst war durch den Mangel an bürgerlichen Freiheiten.

Also haben wir uns die Frage gestellt: Wie kann es eine Art ›Bestandsgarantie‹ für die DDR geben? Die Bestandsrettung war, ein Loch in die Mauer zu schlagen. Der Block löst sich auf. Wenn die Moskauer es nicht mehr verhindern können, lassen sie damit durchblicken: Also ihr habt auch bei uns keinen Bestand mehr. Das führte nicht zu Konsequenzen. Wer aber solche Überlegungen hatte, der muss sich selber fragen, ob er nicht bereits ein Verräter war.

Aber so fing das an, und nahm dann zu in dem Maße, wie die Fluchtbewegung zunahm. Ob nun über Ungarn und später, noch peinlicher, die Fluchtbewegung, die sich in Prag vollzog. In dem Maße spitzte sich die Problematik zu.

Dann erlebten wir die Montagsdemonstrationen in Leipzig und überall. Jede Demonstration bestärkte uns in dem blasphemischen Gedanken, den Generalsekretär abzusetzen, eine Intrige gegen Honecker loszubrechen.

Am Sonntag vor der Politbürositzung, in der Honecker schließlich abgesetzt wurde, trafen wir uns im Haus von Harry Tisch in Wandlitz. Es war der 15. Oktober 1989. Wir konnten nicht sicher sein, ob Honecker schon informiert war – von wem auch immer. Wir mussten uns genau überlegen, wer könnte mitmachen, wer ist einflussreich genug, dass, wenn wir eine Handvoll haben, die anderen mitmachen würden. Das war eine ganz elementare Überlegung. Ich hatte inzwischen mit Tisch gesprochen, wie weit er in der Lage war und bereit war mitzumachen. Er war bereit.

Das hatte folgende Bewandnis. Tisch fuhr am nächsten Tag nach Moskau zu einer Gewerkschaftsberatung. Krenz und ich nahmen ihm die Zusage ab, in Moskau Gorbatschow vom definitiven Termin der Absetzung Honeckers am nächsten Tag zu informieren. Damit wären endlich die Hemmnisse für die Einleitung des Reformkurses in der DDR beseitigt. Tisch verfuhr so. Gorbatschow hatte also Kenntnis vom Sturz Honeckers.

Es zogen schließlich auch jene mit, die nicht eingeweiht waren. Als Honecker begriff, dass es aus war, hob er nach kommunistischem Ritus die Hand für die eigene Absetzung. Aber der Generalsekretär wird vom Zentralkomitee gewählt. Das Politbüro konnte ihn de facto absetzen. Aber zu legalisieren war das vom ZK. Das waren 180 bis 200 Leute. Es stand zu befürchten, dass eine Mehrheit dieser Funktionäre Honecker treu war und seine Absetzung durch uns nicht billigen würde. Ich formulierte deshalb ein Abdankungspapier, das Honecker vor dem ZK verlesen sollte, um eine Debatte mit unsicherem Ausgang auszuschließen.

Krenz schlug ich vor, auf Honecker einzuwirken, das Papier zu akzeptieren. Darin hieß es, dass Honecker aus gesundheitlichen Gründen sein Amt in jüngere Hände legen wolle. Ausdrücklich war namentlich nicht von einem Nachfolger die Rede, um den designierten Krenz durch eine Empfehlung des Abgesetzten nicht in Misskredit zu bringen.

Im ZK verlas Honecker zwar die Erklärung, aber mit einer wesentlichen Veränderung. Er benannte Krenz als seinen Nachfolger. Damit war Krenz vollends als Geschöpf und Günstling Honeckers abgestempelt und zugleich unsere Reformkompetenz diskreditiert. Lange vermutete ich einen Trick Honeckers, sozusagen die Rache des Pharaos, um uns einen Strich durch die Rechnung zu machen. Doch es war nur platte Unbedarftheit im Spiel. In einem Presse-Interview mit Krenz las ich, dass er sich von Honecker habe überreden lassen, seinen Namen in das Papier zu setzen.«



Und was war mit dem Schießbefehl?

- ▶ Bundespräsident Richard von Weizsäcker bedankt sich bei den DDR-Grenzern für ihr besonnenes Verhalten.

Ausnahmslos alle meine Interviewpartner erklärten gleichermaßen Dankbarkeit wie Verwunderung darüber, dass nicht ein einziger Schuss in jenen Tagen und Wochen fiel. Es gab Tote durchaus, das darf in diesem Kontext einmal gesagt sein, nämlich ein paar Funktionäre der DDR, die die Waffe gegen sich selbst richteten. Aber es gab nirgendwo ein Blutbad à la Peking oder Bukarest. Und das, obwohl Waffenkammern in jedem größeren Betrieb existierten, in dem Einheiten der Kampfgruppen bestanden. Es gab Arsenale in jeder Dienststelle der Volkspolizei, des MfS, des Zolls, nicht zu reden von denen der Nationalen Volksarmee und der Grenztruppen.

Gab es nicht auch einen Schießbefehl, der jeden Grenzsoldaten dazu vergatterte, »Grenzdurchbrüche« mit der Waffe zu verhindern? Den Begriff »Schießbefehl« lehnten die Ex-Funktionäre ab. Es habe einen solchen nie gegeben, und wenn man die Gerichtsverfahren studiert, in denen es um Mauertote ging – auch Krenz war angeklagt und wurde wegen »Totschlags« in vier Fällen zu sechs Jahren und sechs Monaten verurteilt –, so konnte tatsächlich nie die Existenz eines solchen »Befehls« in Schriftform belegt werden. Es habe, so heißt es, eine »Waffengebrauchsbestimmung« gegeben wie in anderen zivilisierten Staaten auch. Und jene in der Bundesrepublik hatte fast identischen Wortlaut, damit insinierend, dass der eine beim anderen abgeschrieben habe.

Klaus-Dieter Baumgarten, Chef der Grenztruppen, schrieb in seinen Erinnerungen: »Ich wusste, dass jeder Grenzer bei Dienstantritt hoffte, er möge verschont bleiben von einem Vorkommnis in seinem Abschnitt. Nur wenn nichts geschah, konnte er erleichtert zurückkehren. Ich als sein Chef machte ebenfalls drei Kreuze, wenn das Schrillen des Telefons in der Nacht ausblieb, weil Ungeplantes nicht eingetreten war. Im Übrigen wurde niemand bestraft, der den Belastungen in solchen Momenten nicht gewachsen war und es unterließ, die Schusswaffe einzusetzen. Trotz jahrelanger Suche der Staatsanwaltschaft nach entsprechenden Belegen fand man nicht einen einzigen Fall, der belegte, dass ein Grenzsoldat dafür

ins Militärgefängnis kam, weil er nicht geschossen hatte. Es hat ihn nicht gegeben« – so Baumgarten.⁽³⁰⁾ Und weiter: »Zu keiner Zeit wurde Angehörigen der Grenztruppen befohlen, Grenzverletzer vorsätzlich zu töten oder Leben und körperliche Unversehrtheit über das Maß des – entsprechend der konkreten Lage – Notwendigen hinaus zu gefährden.«⁽³¹⁾

»Entsprechend der konkreten Lage« – welch dehnbare Begriff. Ich verstehe, weshalb Betroffene bei solch sachlich gewiss korrekten Aussagen emotional reagieren und das zynisch nennen.

Egon Krenz sagte mir, dass durch einen Zufall eine Katastrophe hätte eintreten können, auch wenn er am 3. November explizit verboten hatte, beim Eindringen von Demonstranten ins Grenzgebiet die Schusswaffe einzusetzen. »Wenn dieser Befehl nicht existiert hätte, weiß ich nicht, wie die Befehlslage an der Grenze gewesen wäre, denn die Leute hatten ja den Befehl, die Grenze zu schützen. Also es wäre für Schabowski meiner Meinung nach eine ganz schlimme Sache geworden, wenn der hier eine gewaltsame Aktion ausgelöst hätte, die ja im Bereich des Möglichen war. Auf der westlichen Seite war man darauf vorbereitet. Der Regierende Bürgermeister Walter Momper hatte viel klarer als wir gesehen, was passieren konnte. Die Grenzöffnung wäre nur durch militärische Mittel zu verhindern gewesen. Das hätte ein schlimmes Blutbad gegeben. Dies habe ich auch am 10. November dem Botschafter der UdSSR, Kotschemassow, gesagt. Er schwieg daraufhin.«⁽³²⁾

Er, Krenz, habe am Morgen, bei Beginn der Fortsetzung der Tagung des ZK, den Grenzsoldaten, den Genossen des Mdl und des MfS für die große Ruhe und ihr besonnenes Verhalten gedankt, mit denen sie die Nacht gemeistert hätten. Das habe auch der Bundespräsident getan, werfe ich ein, allerdings persönlich. Richard von Weizsäcker war nämlich am 11. November auf dem Potsdamer Platz gewesen, wo ihm ein Oberstleutnant der Grenztruppen Meldung gemacht habe: »In meinem Abschnitt keine besonderen

Vorkommnisse.« Krenz merkt die Anspielung. In jenen Tagen hat sich nicht einer der Spitzenfunktionäre der DDR an der Grenze sehen lassen, was zu großer Frustration bei den dort Diensthabenden führte. Der Bundespräsident hingegen befand sich etwa zehn bis 15 Meter auf DDR-Territorium. Illegal sozusagen. Er schüttelte demonstrativ einigen Genossen die Hände und dankte ihnen für besonnenes Handeln und gute Zusammenarbeit. Kameras und Mikrofone hielten diesen Vorgang fest, als er Blumen und freundliche Worte verteilte.

Allerdings schien niemand in jenen Tagen auch nur einen Gedanken an die Zukunft der Grenzsoldaten zu verschwenden. Trotz der Grenzöffnung blieben die internationalen Verträge gültig. Die Westgrenze der DDR, auch wenn sie in Bezug auf Westberlin und die Bundesrepublik am 9. November ihre Bedeutung verlor, war unverändert die Trennlinie von Warschauer Pakt und NATO und in Berlin war noch immer das Viermächteabkommen verbindlich. Die Grenztruppen der DDR zählten etwa 40.000 Mann, die auf rund 2.500 Kilometer Grenze verteilt waren.

Am 14. Dezember beschloss der Ministerrat die Auflösung der Hauptabteilung VI des MfS, nunmehr AfNS, des Amtes für Nationale Sicherheit. Das war die Truppe, die an der Grenze bislang die Passkontrolle vorgenommen hatte, aktuell zählte sie knapp 12.000 Mann. Für Berufssoldaten wurde die 45-Stunden-Woche eingeführt, die Zeiten des Grenzdienstes wurden verkürzt und überflüssige Maßnahmen im Garnisonsdienst – etwa der obligatorische Frühsport – abgeschafft. Für die Feiertage zu Weihnachten und Silvester galt eine großzügige Urlaubsregelung.

»Der Grenzschutz der DDR – so die neue Bezeichnung – sollte auf der Grundlage der Verfassung und Gesetze der DDR, des Völkerrechts und der Verträge mit den Nachbarstaaten die politischen und wirtschaftlichen Interessen des Staates an der Land- und Seegrenze sowie auf den Flug- und Seehäfen durchsetzen. Unter

Berücksichtigung der neuen politischen und militärpolitischen Bedingungen war die militärische Komponente der Sicherung der Staatsgrenze durch die Grenztruppe nicht mehr zeitgemäß. Die Aufgabe, wie sie seit vielen Jahren bestand und an Bedeutung sogar zunahm – nämlich bereit und fähig zu sein, zum Schutz der Staatsgrenze selbstständig oder im Zusammenwirken mit den anderen bewaffneten Kräften aktive Gefechtshandlungen zu führen – fand keine Erwähnung mehr und spielte demzufolge auch keine Rolle in den weiteren perspektivischen Überlegungen. Aber all diese Veränderungen wurden im Laufe der Ereignisse ohnehin Makulatur. Am 21. September 1990 verfügte der Minister für Abrüstung und Verteidigung mit Befehl 49/90 die Auflösung der Grenztruppen der DDR. In den fast 44 Jahren seit 1946 hatte dort etwa eine halbe Million Ostdeutscher gedient.



Das Krenz-Kohl-Telefonat

- ▶ Ein Trabi wird an der Deutsch-Deutschen Grenze von Menschen begrüßt. Berlin den 9. November 1989.

Am 11. November kommt es zu einem telefonischen Kontakt zwischen Krenz und Kohl. Wie mir Krenz bestätigte, ging die Initiative vom Kanzler aus. Ihm, Krenz, war am 10. November »die Bitte von Kohl« übermittelt worden, dass dieser am morgigen Samstag gegen 9 Uhr ihn anrufen wolle. Krenz und Schalck-Golodkowski hätten brav ab 9 Uhr vor dem Telefon in Krenz's Büro im Zentralkomitee gewartet. Nichts sei passiert. Schalck habe dann nach etwa einer Stunde in Bonn angerufen. Ob der Kanzler keine Verbindung bekommen habe, erkundigte er sich, was natürlich ein Scherz war: Zwischen dem Bundeskanzleramt und Honeckers Büro, das seit drei Wochen das von Krenz war, existierte eine Standleitung. Der Kanzler nähme an einer Sondersitzung des Kabinetts teil, hieß es, er würde sich aber umgehend melden. Umgehend war dann 10.13 Uhr.

Kohl begrüßt als erstes die »Öffnung der Grenzen«. Der Begriff »Mauerfall« wird erst bedeutend später kreiert, auch in den Medien spricht man lediglich davon, dass die Mauer durchlässig geworden sei. Es sei aber nicht das Ziel der Bundesregierung und auch nicht sein persönliches Ziel, dass möglichst viele Menschen die DDR verlassen würden. Sein Wunsch sei es, dass die Menschen in ihrer Heimat blieben, jedoch jederzeit reisen dürften. Kohl dringt auf ein Treffen mit Krenz, nur nach Ost-Berlin wolle er nicht kommen. »Bevor ich mich auf ein Termingespräch einlasse, komme ich auf das aktuelle Grundproblem zurück. Ich danke ihm, dass er die Grenzöffnung so hoch bewertet. Sachlichkeit, Berechenbarkeit und guter Wille, sage ich, müssten auf beiden Seiten vorhanden sein. ›Ich wäre sehr dafür, Herr Bundeskanzler, wenn wir vor allem bestimmte Emotionen ausräumen, bei Leuten, die nun am liebsten alles über Nacht beseitigen möchten. Die Grenze durchlässiger zu machen, bedeutet ja noch nicht, die Grenze abzubauen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie in dieser Beziehung beruhigend einwirken könnten.«⁽³³⁾ Kohl erklärte, er sei gegen »jede Form der Radikalisierung«. Krenz meint dem Kanzler noch sagen zu müssen, dass die Wiedervereinigung nicht auf der Tagesordnung stehe, worauf Kohl zutreffend erklärt, er sei auf die Ver-

fassung der Bundesrepublik vereidigt, und in der stehe das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen, sich zu vereinen. Aber das sei momentan nicht das Thema. »Im Moment muss uns am meisten beschäftigen, dass wir zu vernünftigen Beziehungen zueinander kommen. Und dass die Menschen dies auch akzeptieren.«⁽³⁴⁾

Das Telefongespräch am 11. November dauerte eine Viertelstunde. Es wurde auch im Bundeskanzleramt sorgfältig protokolliert.

Das Protokoll trägt den Vermerk: BK, 212 – 35400 De 39 Bd. 1. – Vermerk des MD Teltschik, 13. November 1989/28. Hs. vermerkt: »Über H. Dr. Duisberg Herr Chef BK z. K. dann z dA Teltschik 15/11«. Abgezeichnet: »Duisberg 17/11« und »Seiters«. – Gesprächsdauer: 10.10 bis 10.25 Uhr. »Staatsratsvorsitzender Krenz begrüßte den Bundeskanzler (...). Der Bundeskanzler erwiderte die Grüße des Staatsratsvorsitzenden und unterstrich die besondere Bedeutung der Entscheidung der DDR-Führung, die Grenzen zu öffnen. Diese Entscheidung des Staatsratsvorsitzenden begrüße er sehr. (...) Es sei nicht das Ziel der Bundesregierung und auch nicht sein persönliches Ziel, dass möglichst viele Menschen die DDR verlassen würden. Sein Wunsch sei es, dass die Menschen in ihrer Heimat blieben, jedoch jederzeit reisen dürften. Herr Krenz sei sicherlich seiner Auffassung, dass sie jetzt vor einem wichtigen Zeitabschnitt stünden, der von beiden Seiten viel Vernunft, Besonnenheit, aber auch Gelassenheit erfordere. Es sei deshalb sein dringender Wunsch, mit dem Staatsratsvorsitzenden in naher Zukunft zusammenzutreffen. (...) Bei diesem Zusammentreffen werde es vor allem auch erst einmal darum gehen, eine gemeinsame tour d'horizon, wie man in der diplomatischen Sprache zu sagen pflegt, durchzuführen. Er sei daran sehr interessiert und wolle dazu auch ausreichend Zeit zur Verfügung haben. Man müsse gemeinsam darüber sprechen, was jetzt möglich sei und was nicht. Deshalb wäre es jetzt erst einmal wichtig, dass Herr Seiters zu Gesprächen nach Ost-Berlin kommen werde.

Staatsratsvorsitzender Krenz bedankte sich beim Bundeskanzler für die gute Einschätzung der Entscheidung über den freien Reiseverkehr. Diese Entscheidung dokumentiere die Politik der Erneuerung, die jetzt in der DDR eingeleitet worden sei. Bei der praktischen Durchführung dieses Reiseverkehrs komme es jetzt in besonderer Weise auf die Tatkraft und auf den guten Willen bei den Organen an, die für die praktische Verwirklichung verantwortlich seien. Man sei sich sicherlich darüber einig, dass die Grenzen blieben, jedoch jetzt durchlässiger würden. Sie hätten viele Vorschläge vorbereitet und seien dabei, zusätzliche Übergänge zu öffnen.

Er sei sehr dafür, dass jetzt bestimmte Emotionen ausgeräumt würden, die mit der Absicht geschürt würden, über Nacht alles abschaffen zu wollen. Die Grenzen blieben bestehen und würden nicht abgeschafft werden. (...) Der Bundeskanzler erwiderte, dass in diesem Punkt ihr Verständnis auseinanderginge. Er sei auf das Grundgesetz vereidigt und habe in dieser Frage sicherlich eine andere Grundauffassung als der Staatsratsvorsitzende. Die Wiedervereinigung beschäftige uns jedoch im Augenblick nicht am meisten.

Staatsratsvorsitzender Krenz erklärt, dass er zu Beziehungen auf allen Gebieten bereit sei und sie intensivieren wolle. (...) Der Bundeskanzler erwiderte, (...) Herr Seiters werde am 20. November 1989 nach Ost-Berlin kommen. Dies sollten beide Seiten heute auch gleich veröffentlichen. Im Übrigen biete er dem Staatsratsvorsitzenden an, wenn irgendetwas geschehe, dann sollten sie sofort miteinander telefonieren und den Kontakt aufnehmen. Die Situation sei gegenwärtig sehr aufgereggt, und vieles könne geschehen. Er biete dem Staatsratsvorsitzenden an, dass dieser dann jederzeit sofort zum Telefon greifen könne. Dies sei sehr wichtig, erwiderte der Staatsratsvorsitzende. (...) Bei ihren Gesprächen mit Herrn Seiters und mit dem Bundeskanzler sollten sie dann Punkt für Punkt der Zusammenarbeit durchgehen. Dabei seien die Fragen des Reiseverkehrs besonders wichtig. Es wäre nicht gut, wenn sich die Dinge dramatisch entwickeln würden.

Der Bundeskanzler habe sicher die Sitzung des ZK-Plenums verfolgt. Die Führung sei weiter verjüngt worden. Er wolle noch einmal sagen, dass er zu radikalen Reformen bereit sei. In diesem Zusammenhang hätten sie bereits eine Reihe von Vorleistungen gemacht, die vom Bundeskanzler gefordert worden seien. Er begrüße es sehr, dass es zwischen ihnen eine gute Atmosphäre gebe. Er erwarte und bitte jetzt um die Vorschläge des Bundeskanzlers zu den Fragen, die die Beauftragten bereits vorab diskutiert hätten. (...) Anschließend verabredeten der Staatsratsvorsitzende und der Bundeskanzler, was sie veröffentlichen sollten. Der Bundeskanzler erklärte, dass sie sagen sollten, dass sie ein intensives Gespräch geführt hätten, dass er die Öffnung der Grenzen besonders begrüßt habe; dass sie das Gespräch fortsetzen und die telefonische Verbindung aufrechterhalten wollten; dann sollten sie sagen, dass Herr Seiters am 20. November zu Gesprächen mit dem Staatsratsvorsitzenden und dem neuen Ministerpräsidenten nach Ost-Berlin kommen werde und dass bald danach sie selbst zu einem Gespräch zusammentreffen werden, jedoch außerhalb Ost-Berlins. Ein Treffen außerhalb der Hauptstadt sei in Ordnung, erwiderte lachend der Staatsratsvorsitzende. Er sei mit den Vorschlägen des Bundeskanzlers für die Veröffentlichung einverstanden.«⁽³⁵⁾



Die Sicht Moskaus

- ▶ Treffen der Botschafter der alliierten Mächte zu Gesprächen über Berlin und Deutschland im Gebäude des Alliierten Kontrollrats in Berlin Schöneberg: V.l. vor Gesprächsbeginn Vernon A. Walters (USA), Christopher Mallaby (GB), Wjatscheslaw Kotschemassow (UDSSR) und Serge Boidevais (F)

Die CSSR hatte gegenüber der DDR gedroht, die Grenze schließen zu wollen, sollte die DDR ihr Flüchtlingsproblem nicht mit eigenen Mitteln lösen. Da eine solche Grenzschießung das Fass zum Überlaufen gebracht hätte und auch der Druck der Straße ständig stieg, traf das Politbüro am 7. November 1989 folgende Entscheidungen:

1. die Grenze der DDR mit der BRD sollte nicht geöffnet werden.
2. die Grenze der DDR mit der CSSR sollte nicht geschlossen werden.
3. der Teil des Reisegesetzes, der sich mit der ständigen Ausreise von DDR-Bürgern befasste, soll vorgezogen werden.

Die von Schabowski später verlesene Reiseverordnung wurde erst am 9. November morgens um den eher harmlos klingenden Satz ergänzt: »Privatreisen nach dem Ausland können ohne Vorliegen von Voraussetzungen (Reiseanlässe und Verwandtschaftsverhältnisse) beantragt werden. Die Genehmigungen werden kurzfristig erteilt. Versagungsgründe werden nur in besonderen Ausnahmefällen angewandt.«

Über diese Entscheidungen des Politbüros informierte DDR-Außenminister Fischer den sowjetischen Botschafter Kotschemassow und verfasste eine Bitte an Moskau: »Genossen Krenz ist die Meinung von Genossen Gorbatschow sehr wichtig, sowohl hinsichtlich des gesamten Problems als auch hinsichtlich der Absichten zum Reisegesetz. Die DDR wäre für Unterstützung dankbar.« Kotschemassow wiederum informierte den 1. Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten, Kowaljow, am 7. November nachmittags von den Absichten der DDR. Er bat um eine schnelle Antwort. Aber Kowaljow hielt die Bitte offensichtlich nicht für so wichtig, dass sie sofort hätte weitergeleitet werden müssen.

Diese Entscheidung hatte folgenden Hintergrund, wie der DDR-Botschafter in der sowjetischen Hauptstadt, Gerd König, rückblickend konstatiert: »Die Festveranstaltung des ZK der KPdSU und der Regierung der UdSSR aus Anlass des Jahrestages der Oktoberrevolution fand bereits am Sonnabend, dem 4. November, abends im Kreml statt. Der 7. November, der eigentliche Feiertag, war ein Dienstag, der Montag galt im ganzen Land als arbeitsfreier Tag. Wahrscheinlich war auch der 8. November noch ein Feiertag. So ergab sich ein langes Wochenende, das auch von der Führung zur Erholung genutzt wurde. Sie wollte, wie immer bei solchen Anlässen, nicht gestört werden. In den Ministerien gab es Diensthabende, die entscheiden mussten, ob in dringenden Fällen die Führung informiert wird oder nicht. Die Erfahrung besagte, dass man das nach Möglichkeit unterlassen sollte.«

Aber Kowaljow hatte den Ernst der Lage unterschätzt, als er die Bitte von Krenz nicht sofort weiterleitete. Angesichts der im sowjetischen Außenministerium vorliegenden kritischen Informationen über die Krise in der DDR und der wachsenden Besorgnis Gorbatschows und Schewardnadses über die Entwicklungen in der DDR hätte er dem Anliegen von Krenz mehr Aufmerksamkeit schenken müssen. So ging wertvolle Zeit verloren.

Auch hinsichtlich des Inhalts der vom Politbüro getroffenen Entscheidungen scheint es Missverständnisse gegeben zu haben. Ein Mitarbeiter der sowjetischen Botschaft erinnert sich, Fischer habe lediglich von der Einrichtung eines Sondergrenzüberganges für Ausreisewillige im Süden der DDR gesprochen. Die Möglichkeit von Privatreisen habe Fischer überhaupt nicht erwähnt. Nur für das so genannte »Loch-in-der-Grenze« habe Fischer die Zustimmung der sowjetischen Führung bis spätestens zum Morgen des 9. November erbeten. Darüber setzte Kotschemassow seinen Chef Schewardnadse in Moskau telefonisch in Kenntnis und bat um eine Weisung. Die Antwort lautete: »Wenn die deutschen Freunde

eine solche Lösung für möglich halten, werden wir wahrscheinlich keine Einwände anmelden«.

Am 10. November, nach der Öffnung der Grenze, spielte man in Moskau den Ahnungslosen und Überraschten. Natürlich hat Kotschemassow Recht, wenn er feststellt, dass man einen solchen wichtigen und prinzipiellen Schritt wie die Öffnung der Grenze zu Westberlin zuvor der Volkskammer hätte vorlegen müssen. Auch die Kritik, dass eine solch entscheidende Frage nicht mit der Sowjetunion, den drei Westmächten sowie mit der Bundesrepublik und Westberlin abgestimmt wurde, ist berechtigt. Allerdings kannte man in Moskau die Probleme gut. Warum hat man nicht von selbst die Initiative ergriffen und eine aktive Abstimmung mit allen Betroffenen begonnen? Es bleibt eine Tatsache: Als die DDR die Meinung Gorbatschows sowie des Politbüros der KPdSU und die Unterstützung der Sowjetunion dringend benötigte, schwieg man in Moskau.

Der DDR-Diplomat Gerd König ist sich sicher, dass Moskau für die mitverschuldete Panne einen Sündenbock suchte, der aber nur in Berlin sitzen konnte. Deshalb musste der sowjetische Botschafter Kotschemassow gegenüber Krenz seine Missbilligung zum Ausdruck bringen. Doch als Moskau mitbekam, dass die Grenzöffnung ohne Zwischenfälle vor sich gegangen war, verlegte man sich aufs Gegenteil und beglückwünschte »alle deutschen Freunde zu dem mutigen Schritt«.⁽³⁶⁾



Rückblick: Für *Bild* in der DDR unterwegs

- Polizeikette, hinter der Leipziger Nikolaikirche am Montag, dem 4. September 1989.

Die Zeitung war verpönt, auch in der DDR. Meine spätere Sekretärin Anne Rudolf, die bis zur »Wende« im ZK gearbeitet hatte, eine sehr verlässliche und kompetente Frau, erzählte mir, dass Erich Honecker die *Bild* nur »Revolverblatt« nannte. Die auflagenstärkste Zeitung der Bundesrepublik lag jedoch stets in dem Stapel Westzeitungen, der morgens in seinem Vorzimmer immer auf ihn wartete. Ich vermute mal, dass ihn weniger die großen Überschriften und die in Boulevardblättern übliche Aufbereitung von Nachrichten störte, sondern wohl mehr die in den Zeitungen des Springer-Verlages vorgeschriebene Haltung zur »DDR«. In den ersten Jahrzehnten gab es dieses Kürzel nicht einmal, später wurde es prinzipiell nur mit Anführungszeichen benutzt. Darüber wurde im Hause Springer nicht einmal diskutiert. Als ich Anfang '89 zur Zentralredaktion stieß, hatte *Bild* keinen ständigen Korrespondenten in der DDR. Die DDR-Behörden hatten dies abgelehnt, erst nach der Wende wurde das möglich – dann gestatten sie die Einrichtung eines Büros.

Die Wohnungssuche gestaltete sich dann für mich schwierig – preislich und organisatorisch. Schließlich hieß es, wir könnten in der Kronenstraße ein Büro bekommen, das Haus werde allerdings erst gegen Jahresende fertig. Ich nahm die vier Räume im dritten Stock mit den 78 Quadratmetern, die von der *Bild* für monatlich 2.700 DM angemietet wurden. Kurz vor dem Ende der DDR habe ich das Papier in einen persönlichen DDR-Mietvertrag umwandeln lassen, von dem ich heute profitiere. Ich wohne nämlich noch immer dort.

Mit dem Beginn des Jahres 1990 verschwanden bei Springer schließlich auch die Gänsefüßchen der »DDR«.

In den Jahren zuvor war ich, wie das seinerzeit von den meisten Westzeitungen praktiziert wurde, als »Reisekorrespondent« in der DDR unterwegs. In jedem Jahr fuhr ich im März und im September nach Leipzig zur Messe, dort mietete ich mich stets bei derselben Dame ein, die – was ich damals ahnte und heute aus meinen Akten

verlässlich weiß – über alle meine Schritte aufmerksam wachte und berichtete.

Wenn ich in den Leipziger Kneipen unterwegs war und – im Sinne Luthers und mit journalistischer Neugier – dem Volk aufs Maul schaute, bekam ich die Stimmung mit, die im Lande herrschte. Sie wurde von Jahr zu Jahr schlechter. Nur die Offiziellen schienen davon nichts zu spüren, und die Inoffiziellen, die mich auf Schritt und Tritt observierten, auch nicht. Ich fuhr jedes Mal mit der Gewissheit nach Hause: Es wird nicht mehr lange dauern. Im Frühjahr 1989 war ich wieder in Leipzig. Die Spannung war zum Greifen, alle schienen noch gereizter und gedämpft-aggressiver als in den vorherigen Jahren. Wenige Wochen zuvor, Anfang '89, hatte der Staatsratsvorsitzende sogar damit gedroht, dass die Mauer noch lange stehen würde. Zwar hatte man sich wieder Mühe gegeben, die Messefassade zu tünchen, die Regale in den Geschäften zu füllen und Normalität zu suggerieren, doch wenn man aus der Innenstadt fuhr, war der Mangel in den Geschäften und der Missmut der Menschen nicht zu übersehen. Die Lunte am Pulverfass glomm.

Montag für Montag trafen sich einige Hundert Menschen in der Nikolaikirche im Leipziger Stadtzentrum, um nach der Andacht ihren Protest zu bekunden. Endete am Montag, dem 8. Mai, der Zug von etwa 600 Demonstranten in einem Polizeikessel, so war der Zug am 4. September nicht mehr zu stoppen. Das lag gewiss auch an der Präsenz vieler westlicher Journalisten, die von den Friedensbewegten, Öko-Aktivisten, Oppositionellen und Ausreisewilligen zuvor informiert worden waren. Letztere hatten in den vergangenen Wochen – nicht zuletzt unter dem Eindruck der in Ungarn geöffneten Grenze und der Botschaftsbesetzungen – den Ton angegeben: »Wir wollen raus!« Am 4. September bin ich vor der Nikolaikirche. Es heißt, nach dem Friedensgebet um 17 Uhr wollen wieder Ausreisewillige demonstrieren, obgleich die Polizei die Kirche weiträumig absperret. Dann kommen sie aus der Kirche, entfalten Losungen, Männer in Zivil – ganz bestimmt Mitarbeiter

der Staatssicherheit – gehen hart dazwischen, entreißen den jungen Leuten die Transparente. Ein ZDF-Filmteam ist auch vor Ort und dreht. Diese Bilder laufen später immer wieder- sie zeigen die Hilflosigkeit der Staatsmacht.

Als der Zug der Demonstranten sich in Bewegung setzt, um zum Sitz der Bezirksverwaltung des MfS zu marschieren, bilden sich Ketten der Volkspolizei. Sie riegeeln die Straßen ab. Sie sind gänzlich unbewaffnet, die Arme halten sie auf dem Rücken verschränkt.

Die Menschen, die ich in diesen Tagen treffe, sind frustriert. »Die Lage in unserem Staat ist so wie unsere Straßen und Häuser – alles kaputt! Hier ist nichts mehr zu machen«, sagt mir Heinz, Aufzugsmonteur und während der Messezeit mein Taxifahrer in Leipzig. Und er erzählt mir den neuesten Witz: »Warum will Honecker im Krankenhaus keinen Blumentopf haben? – Er kann das Wort »Gießen« nicht mehr hören«. In der hessischen Stadt Gießen befindet sich das Notaufnahmelager für DDR-Ausreiser. Selbst die schwarz-rot-goldenen Fahnen mit Hammer und Zirkel hängen schlaff und lustlos aus den Fenstern der grauen Häuser in der Messestadt. Es gibt nur ein Thema: Ungarn. »Die Partei ist ratlos, die Regierung schweigt und Honi ist todkrank. Wir wissen nicht weiter und alle sind in Gedanken bei der Planung ihres nächsten Urlaubs – nach Ungarn natürlich«, schimpft Heidi, eine hübsche Leipzigerin, in einer Bierkneipe in der Innenstadt. Ingo, ein Ingenieur, erzählt mir: »Ich verdiene 1.200 Mark. Das ist wie Klopapier. Es gibt nichts zu kaufen. Ein Fernseher kostet über 5.000 Mark, ein Trabi um 20.000 Mark und dann musst du auch noch 15 Jahre warten. Verreisen kann ich nicht, der Staat gibt mir entweder kein Visum oder kein Geld. Wozu also hierbleiben und arbeiten? Es ist alles deprimierend.« Seit Jahren fahre ich nun zur Messe. Aber eine derartige politische und moralische Krise habe ich noch nie erlebt. »1961 war es ähnlich«, sagen die Alten. »Aber seit Honecker geht es bergab. Er hat jede Privatinitiative im Keim erstickt. Und es ist keiner zu sehen, der uns Hoffnung geben könnte. Wer ein Amt im

Staate hat, riskiert doch nicht mit einer lockeren Reformlippe seine Zukunft.«

Bei der Rückfahrt von der Messe am 5. September 1989 weiche ich von den erlaubten Transitwegen ab. Dreimal werde ich gestoppt und zur Autobahn geschickt. Aber bei der nächsten Abfahrt kurz hinter Magdeburg verlasse ich die Autobahn erneut und fahre über die Dörfer. Ich spreche mit Bauern, Kellnern, Arbeitern. Die Reportage steht bereits am 7. September in der *Bild*. Die Headline hatten die Hamburger gemacht: »Ich war in der DDR gestern. Es gab kein Fleisch. Keine Kartoffeln. Aber Äpfel.« Für die beschriebenen Zustände sind andere verantwortlich. Ich schildere nur, was ich sehe, im blatttypischen Stakkato.

Mein Magen knurrte. Ich wollte ein knuspriges Hähnchen, einen Broiler, wie es hier in der DDR heißt. In Gommern, gleich hinter Magdeburg, stoppte ich vor dem Gasthof Gold-Broiler. »Tut mir leid«, sagte die Kellnerin. »Nur Selters und Bier können Sie haben.« »Brot?«, frage ich. »Nein, heute nicht.« Die DDR, sechs Wochen vor der Jubelfeier zum 40. Geburtstag: Beim Fleischer kein Fleisch, beim Bäcker kaum Brot und im »Konsum-Laden« sind Milch und Kartoffeln ausgegangen.

Gommern ist kein Einzelfall. In Colditz bei Leipzig gab es zur Messezeit nur Fisch und Eisbein. In Schwerin fehlten letzte Woche Fisch und Brot, in Magdeburg Gemüse. In der Messestadt Leipzig war das Angebot weitgehend auf Gulasch, Haxe und Schnitzel beschränkt.

Am Montag nach der Messe, am 11. September, waren die West-Journalisten abgereist, und die Staatsmacht schlug nach dem »Friedensgebet« zu. Es gab »Zuführungen« und Schnellverfahren. Dennoch gingen in den folgenden Wochen die Montagsproteste weiter, und von Mal zu Mal schlossen sich mehr Menschen dem Zug an, der sich stets vor der Nikolaikirche formierte. Nunmehr skandierte die Masse aber »Wir bleiben hier!« und »Wir sind das

Volk!«. Das war eine klare Kampfansage an die selbstherrliche Staats- und Parteiführung. Und die war wie gelähmt – ohnehin seit Honecker Anfang Juli mit einer Gallenkolik unters Messer musste. Er war monatelang auf der politischen Bühne nicht präsent, Wirtschaftssekretär Günter Mittag amtierte, aber entschied nichts, die anderen Politbüromitglieder trauten sich ebenfalls keine Entscheidungen zu.

In der DDR haben sich politische Bewegungen und Gruppierungen wie »Neues Forum« und »Demokratie jetzt!« formiert. Im Gründungsaufruf vom 12. September 1989 (»Aufruf zur Einmischung in eigener Sache!«) von »Demokratie jetzt!« hatte es geheißt: »Der Sozialismus muss nun seine eigentliche, demokratische Gestalt finden, wenn er nicht geschichtlich verloren gehen soll. Er darf nicht verloren gehen, weil die bedrohte Menschheit auf der Suche nach überlebensfähigen Formen menschlichen Zusammenlebens Alternativen zur westlichen Konsumgesellschaft braucht, deren Wohlstand die übrige Welt bezahlen muss.« Zwölf Namen standen darunter, zwölf Berliner Persönlichkeiten aus der kirchlichen Sammlungsbewegung zur demokratischen Erneuerung der DDR: Ulrike Poppe, Wolfgang Ullmann, Konrad Weiß, Hans-Jürgen Fischbeck. Später stießen noch Katrin Göring-Eckardt, Regine Hildebrandt, Wolfgang Tiefensee, Almuth Berger und weitere Erneuerer hinzu.

Ende des Monats reist Egon Krenz zum Staatsbesuch nach China. Dort feiert man, wenige Tage vor dem 40. Jahrestag der DDR, ebenfalls die 40. Wiederkehr der Staatsgründung. Honecker ist dazu gesundheitlich nicht in der Lage. Die Reise der DDR-Staatsdelegation war lange vor den Ereignissen im Juni vereinbart, allerdings warfen diese natürlich einen Schatten auf die Reise von Krenz. In jenem Juni hatte die chinesische Staatsführung den Aufstand Tausender in Peking blutig niederschlagen lassen. Rund um den »Platz des Himmlischen Friedens« gab es offenkundig tausende Tote. Offizielle Zahlen existieren nicht. Natürlich belastete dies die Reise von Krenz. Er wurde medial im Westen gleichsam in

Mithaftung genommen, und später machte die Drohung von der »chinesischen Lösung« die Runde. Dagegen setzte er sich – wie es in einem Rechtsstaat eben möglich ist – zur Wehr. Erfolgreich. So hatte die damalige Familienministerin der rot-grünen Koalition, Christine Bergmann, in einem Interview mit der »Zeit« gesagt: »Schließlich hat uns Egon Krenz im Herbst 1989 mit dem Platz des Himmlischen Friedens gedroht«. Das Landgericht Hannover untersagte der ostdeutschen Bundesministerin, jenen unzutreffenden Satz zu wiederholen. Andernfalls drohten ihr 500.000 DM Ordnungsgeld oder ersatzweise Haft. Krenz war überrascht: »Dass ich vor einem bundesdeutschen Gericht Recht bekomme, ist für mich eine völlig neue Erfahrung«.⁽³⁷⁾

Ich selbst erfuhr später davon durch meine Sekretärin Anne Rudolf. Sie hatte, als frühere Mitarbeiterin des ZK, Krenz auf dessen heikler Mission nach Peking begleitet. Bereits auf dem Rückflug in das krisengeschüttelte Heimatland habe er ihr in den Block diktiert: »Es darf keine Gewaltanwendung in der DDR geben. Also keine chinesische Lösung.« Ich verstand nunmehr, warum Krenz sich gegen jeden Versuch wehrte, ihn in die Nähe gewalttätiger Despoten zu rücken. Eine militante Haltung widersprach auch völlig seinem pommerschen Naturell. Anne Rudolf musste im Flugzeug auch noch eine politische Erklärung aufnehmen. Krenz hatte im Flieger beispielsweise im Neuen Deutschland vom 2. Oktober 1989 einen Kommentar gelesen, der die Botschaftsflüchtlinge der DDR in Prag und Warschau ins Visier nahm. Und der endete mit dem Satz: »Man sollte ihnen [...] keine Träne nachweinen.« Der namentlich nicht ausgewiesene Autor: Honecker. Krenz war entsetzt, zumal er die Tränen der Ausreisenden, wie er zu Protokoll gab, als Anklage gegen das Regime begriff. Er entschied sich zu handeln.⁽³⁸⁾

Nun geht es Schlag auf Schlag. Krenz verfasst ein Memorandum, das sich kritisch mit den Verhältnissen in der DDR auseinandersetzt. Er berät es u. a. mit Günter Schabowski und Erich Mielke, aber auch mit den militärischen Spitzen der Republik. Tenor:

Proteste zulassen, keine Gewalt ausüben. Alle stimmen zu, das MfS informiert die eigenen Bezirksleitungen. Von Honecker will er den Text absegnen lassen. Doch der streitet um Formulierungen. Streit gibt es auch über eine von Krenz verfasste Beschlussvorlage für das Politbüro: Es geht um Grundsatzfragen der Politik. Honecker glaubt sich und seine Politik angegriffen, fühlt sich verraten. Der Streit zwischen beiden eskaliert.⁽³⁹⁾ Honecker wirft Krenz indirekt Verrat vor und verbietet die Beratung der Vorlage im Politbüro.⁽⁴⁰⁾ Krenz lässt die Vorlage trotzdem im Politbüro diskutieren. Am 17. Oktober stimmt das ZK der SED schließlich dem Rücktritt Honeckers »aus Gesundheitsgründen« zu. In der kommunistischen Bewegung wurde diese Begründung gerne für eine erzwungene Demission benutzt. Bei Honecker war sie hingegen in jedem Fall auch berechtigt.

Später sieht Krenz in dieser Begründung sogar einen Fehler. Schließlich habe Honecker einen großen persönlichen Anteil an der Krise, in die die SED die Gesellschaft geführt hatte, gehabt. Schlussendlich wird Erich Honecker wegen schwerer Verstöße gegen das Statut der SED von seiner Funktion entbunden und aus dem ZK der SED ausgeschlossen.⁽⁴¹⁾

Am 24. Oktober ließ sich Krenz von der Volkskammer zum Staatsratsvorsitzenden wählen, womit er automatisch auch Vorsitzender des Nationalen Verteidigungsrates wird. Somit hat er nach einer Woche alle Ämter auf sich vereint, die Honecker abgeben musste. Die Begründung lautet, dass es in der schwersten Stunde des Staates nötig sei, die Macht zu konzentrieren. Krenz muss es wohl auch so gesehen haben, sonst hätte er widersprochen.

Vertreter der Bundesrepublik glauben, dass die SED politisch und ideologisch wieder die Offensive erlangen will und keine Abstriche von ihrem Macht- und Führungsanspruch gestattet. Ihr Ziel sei und bleibe u. a. der weitere Ausbau des Sozialismus in der DDR. Allein die Ankündigung eines neuen Reisegesetzes reiche nicht aus, den bestehenden Druck in der DDR abzubauen. Krenz wird

als kompromissloser Mann eingeschätzt, der mit aller Härte den Machtanspruch der SED verfolgt, er sei eben kein Reformier und erst recht kein Revolutionär, ist man sich am Rhein einig.

Am 24. Oktober erörtert Bundesminister Rudolf Seiters in Bonn mit den Botschaftern der drei West-Mächte die Situation. Keiner von ihnen glaubt so recht daran, dass sich die neue Führung in der DDR lange halten werde. Für Seiters ist jeder Schritt zu mehr Freiheit ein Schritt zur Überwindung der deutschen Teilung. Gleichwohl hat die Bundesregierung aber auch das Problem der Flüchtlingsintegration in die bundesdeutsche Gesellschaft im Auge. Wenn sie nicht aufpasse, entstehe Sozialneid, der jeder Wiedervereinigungsbewegung nur abträglich sein könne, erwähnt Seiters als damaliger Kanzleramtsminister. Für Helmut Kohl ist nach seinem ersten Telefonat mit Egon Krenz am 26. Oktober klar: Der neue SED-Generalsekretär bleibt im Grunde bei der alten Linie. Ein Durchbruch zu einer umfassenden Reformpolitik ist für Kohl nicht in Sicht, eine Reiseregulierung sei nicht mehr als eine Geste guten Willens, sagt er. Und auch eines wird immer deutlicher: Bonn will keine Unterstützung oder Finanzierung des gegenwärtigen Systems in der DDR. Die meisten Menschen in Ostdeutschland, so schätzt es beispielsweise der Bundesnachrichtendienst ein, wollen grundlegende Veränderungen und fordern Demokratie und Freiheit. Nein, eine Stabilisierung des bisherigen politischen DDR-Regimes ist weder in ihrem, schon gar nicht im Sinne Bonns. Kohl taktiert und wartet ab. Wesentlicher Baustein ist für ihn die bevorstehende Entscheidung des Europäischen Rats über den Beginn einer europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Sie kann aber nach Einschätzung des Kanzlers nicht das Endziel sein. Kohl will den Einstieg in die Diskussion um die politische Union.



»Was ist die DDR ohne Sozialismus? – Ich sagte: Deutschland«

- ▶ Dezember 1989, Hans-Dietrich Genscher, damaliger Außenminister Deutschlands (links) und Jiří Dienstbier, damaliger Außenminister der Tschechoslowakei (rechts) vor dem symbolischen Durchschneiden von Stacheldraht in der Grenzzone Nové Domky, Rozvadov.

Ich treffe mich, Jahre nach dem Mauerfall, mit Rudolf Seiters zum Interview, der in jener Zeit eine Schlüsselrolle spielte: Er war von 1989 bis 1991 in der Nachfolge von Wolfgang Schäuble Bundesminister für besondere Aufgaben. Er erzählt mir: »Im Juli/August bin ich im Urlaub in Österreich, als sich die Dinge in Ostberlin, in Prag und in Ungarn zuspitzen. Die ersten Flüchtlinge sind schon in der Prager Botschaft. Kaum war ich in meinem Urlaubsort in Österreich angekommen, habe ich dann aufgrund der Zuspitzung der Lage die Ständige Vertretung in Ostberlin wegen Überfüllung schließen müssen. Es war wirklich eine qualvolle Enge. Am 19. August bin ich nach Ostberlin geflogen, um mit den Flüchtlingen zu verhandeln. Die DDR-Bürger vertrauten nicht mehr auf irgendwelche Zusagen von Rechtsanwalt Wolfgang Vogel bzw. der DDR-Regierung. Mein Standpunkt war eindeutig: Das Problem mit den Flüchtlingen ist in der DDR entstanden, also muss die DDR auch das Problem lösen. Und damit das auch klar war, haben wir immer wieder den DDR-Offiziellen erklärt: Wir schicken keine Flüchtlinge auf die Straße, und wir bauen keine Mauern um unsere Botschaft! (...) Wir wussten, dass die Bilder, die um die Welt gingen (*aus den besetzten Botschaften – P. B.*), einen immer stärkeren Druck auf die DDR-Führung ausüben würden. Und wir wussten auch, dass die wirtschaftliche Lage der DDR besorgniserregend war und die DDR ihrerseits nicht an einer absoluten Zuspitzung uns gegenüber interessiert sein konnte. Das Land brauchte dringend Devisen. Das wussten wir. Wir haben in unseren Gesprächen daher immer ein Angebot gemacht, das weit über finanzielle Hilfen hinausging. Aber dieses Angebot war an die Bedingung geknüpft: Haltet euch an die vereinbarten Ziele der KSZE, beachtet die Reformbewegungen in den anderen Staaten. Und die KSZE-Bedingungen waren deutlich: Pluralismus, freie Wahlen und Menschenrechte.

Vom Abbau der Mauer haben wir nicht gesprochen. Wir haben die ›Politik der kleinen Schritte‹ fortgesetzt und intensiviert. Mit dem Ergebnis, dass die Zahl der Besucher aus der DDR in der Bundesrepublik dramatisch zunahm. Wir haben daher mit der

DDR-Führung auch über ein verändertes Reisegesetz gesprochen. In all unseren Gesprächen kam immer das Thema ›Reiseverkehr‹, also indirekt auch die ›Mauer‹, vor.«

Die Flüchtlingsströme nahmen überall zu. Es war schnell klar, das könne Ostberlin nicht durchhalten.

Seiters weiter: »Am 30. September 1989 waren wir in Prag. Die DDR-Führung machte genau hier den entscheidenden Fehler: Sie ließ ihre eigenen Bürger in ihren eigenen Zügen über ihr eigenes Territorium ausreisen. Ich wusste – und wir alle wussten –, dass diese Reise im Grunde zu einem Triumphzug für die Flüchtlinge werden musste. Und so kam es ja auch. Nun wusste ich: Ein Staat, dem die Jugend davonläuft, hat keine Zukunft. Die Hilflosigkeit und die totale Ratlosigkeit der DDR-Führung wurde in diesen Tagen deutlich sichtbar.«

Seiters berichtet weiter von den Vorbereitungen der Ausreise der Flüchtlinge und den damit verbundenen organisatorischen Problemen – bis hin zur Ankunft von ihm und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher in der Prager Botschaft: »Es war ein regnerischer Tag. Wir sind in die Botschaft gegangen, die Treppe hoch, auf den Treppenstufen rechts und links saßen und lagen die Menschen, wir zwängten uns hindurch, man konnte physisch das Vertrauen, das die Leute uns, den Vertretern der Bundesregierung, entgegenbrachten, spüren. Obwohl sie gar nicht wussten, mit welcher Botschaft wir kamen. Das war ja nicht durchgesickert, sie wussten nicht, was wir dort sagen würden. Es war der dringende Wunsch von Hans-Dietrich Genscher gewesen, nichts zu verlautbaren, bevor wir nicht in Prag angekommen seien, um nicht irgendwelche Verunsicherungen oder offenen Fragen aufzuwerfen. So geschah es«. Es war der Moment, als Genscher schließlich vom Balkon rief, man sei gekommen, um mitzuteilen, dass »heute ihre Ausreise«. Die Worte »bewilligt wurde« gingen im tausendfachen Jubelschrei der Menschen unter. Seiters stellte

fest, dass anschließend die andere Arbeit begann. Es ging jetzt um das Reisegesetz, um Mindestumtausch, das Begrüßungsgeld, den Devisenfonds.

»Das Wort ›Wiedervereinigung‹ ist schon gefallen. Aber keiner von uns hat gewusst, dass sie so konkret bevorsteht. Wir haben durchaus schon an ein Zwischenstadium mit konföderativen Strukturen gedacht, es war ja auch gar nicht die Rede von sofortiger Wiedervereinigung, es war ja ein Prozess, ein zeitlicher Plan, der durch die Ereignisse der nächsten Wochen aber überholt worden ist. Ich hatte damals ein Gespräch mit Eagleburger, dem Vize-Außenminister der USA. Er fragte mich: Was ist die DDR ohne Sozialismus? Ich sagte: ›Deutschland‹. Das unterschied doch die DDR von allen anderen Staaten, dass sie kein eigenes Staatsgebilde war wie Polen, Ungarn und all die anderen Staaten.«⁽⁴²⁾



Mielke mit Brinkmann auf der Brücke vorm Palast

- ▶ Erich Mielke, Minister für Staatssicherheit höchstselbst greift vor Ort ein, um den Palast (im Hintergrund rechts) zu sichern

Am 23. November 1989 stehe ich wieder vor dem Gebäude des Zentralkomitees. Seit gestern schneit es, der Winter hält früh Einzug. Aber drinnen ist es heiß, denn in vielen Räumen wird gestritten. Ich nehme an einer Zusammenkunft teil und bekomme mit, wie aufgeheizt die Stimmung ist. Zwischenrufe, Wut, Verzweiflung – die Genossen der Staatspartei wissen nicht mehr weiter, kann ich bilanzieren. Ein Militärarzt: »Viele Funktionäre kommen zu mir mit Selbstmordgedanken. Vor allem Politoffiziere. Sie wurden verdammt, stehen jetzt vor dem Trümmerhaufen ihres Lebens«.

Donnernder Beifall, als es heißt, die zentrale Parteikommission habe den bisherigen Wirtschaftschef Günter Mittag aus der SED ausgeschlossen und werde gegen Honecker ein Verfahren mit dem Ziel des Ausschlusses einleiten. Am Schluss sind sich alle einig: Die SED wird nach freien Wahlen mit größter Wahrscheinlichkeit in die Opposition gehen. Und man erwartet, dass es auf dem Parteitag auch Egon Krenz schwer haben werde- er stecke zu tief drin, sagte einer.⁽⁴⁴⁾

Anfang Oktober steige ich im Ostberliner Interhotel »Metropol« ab, um über den 40. Jahrestag der DDR zu berichten. Das Haus an der Friedrichstraße galt als »Stasi-Hotel«: die Zimmer verwanzt, die netten Mädchen in der Keller-Bar arbeiteten als Zuträger. Vormittags fand die Militärparade auf der Karl-Marx-Allee statt, am Abend nahm ich an den Feierlichkeiten im Palast der Republik teil. Am Nachmittag stand ich nur drei Schritte hinter Michail Gorbatschow, als er am Mahnmal Unter den Linden sagte, was der Dolmetscher Helmut Ettinger zu dem geschichtsträchtigen Satz verdichtete: »Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.« Bei der Festveranstaltung saß ich auf der obersten Empore im Großen Saal. Festakt. Honecker hielt seine Rede, Ministerpräsident Stoph, so schien mir, schlief wie immer, Gorbatschow saß ohne Regung auf seinem Platz. Egon Krenz sagte mir im Oktober 1990, was hinter den Kulissen passiert war. Gorbatschow hatte zuvor Honecker in einem Vier-Augen-Gespräch klargemacht, dass seine Politik am Ende sei. Honecker sei danach ernst, blass und stumm gewesen.

Nach dem Festakt warteten draußen Tausende von jungen Leuten, um an der Tribüne Unter den Linden vorbeizuziehen. Nur wenige hundert Meter weiter, machten sich ebenfalls Tausende von jungen Menschen bereit, um zu protestieren. Ich war auf beiden Seiten. Sowohl vor den Polizeiketten als auch dahinter. Ein großes Aufgebot von Sicherheitskräften schirmte den Palast ab. Die Demonstranten, die vom Alexanderplatz kamen, wurden von Polizisten am Weitergehen gehindert. Sie stoppten zwangsläufig an den beiden Spreebrücken und verteilten sich am gegenüberliegenden Ufer. Kritisch drohte es zu werden, als sie massiv versuchten, über die Karl-Liebknecht-Brücke Richtung Brandenburger Tor zu laufen. Ich stand in diesem Moment auf der Brücke. Ein Offizier versuchte, mich zu verscheuchen. »Verlassen Sie diese Brücke, das ist Handlungsraum der Volkspolizei«, bekam ich zu hören. Darauf fasste ich meinen ganzen Mut zusammen, holte meinen Presseausweis hervor und hielt ihm diesen vors Gesicht: »Bitte verlassen Sie diese Brücke, das ist Handlungsraum der freien Presse«. Der Offizier war vollkommen irritiert, es arbeitete in ihm. Offenkundig drohte Ärger, und dem wollte er aus dem Wege gehen. Tatsächlich, er machte auf dem Absatz kehrt und verschwand. Ich blieb zurück und wartete, was nun kommen würde.

Schließlich kam ein kleiner Mann in Zivil, um den sich sofort etliche Offiziere scharten. Den kannte ich. Ich riss die Kamera hoch und drückte auf den Auslöser, das Blitzlicht warf einen grellen Schein. Es sollte, wie sich später zeigte, das einzige Foto vom Minister für Staatssicherheit, Erich Mielke, sein, das diesen an jenem Abend »an der Front« zeigte. Später bestritt er, aus welchen Gründen auch immer, damals dort gewesen zu sein. Mein Bild überführte ihn der Lüge.



Wer ließ Journalisten sieben Wochen am Brandenburger Tor warten? Brinkmann!

► DDR-Ministerpräsident Hans Modrow und Kanzlerminister
Rudolf Seiders, 5. Dezember 1989

In der »Nacht der Nächte« begann das unnormale Leben der DDR. Vier Tage später, am 13. November, tritt, schon lange vom Volk angemahnt, endlich das DDR-Parlament im Palast der Republik zusammen. Die Volkskammer beruft Premierminister Willi Stoph und den gesamten Ministerrat ab und wählt den Dresdner Parteichef Hans Modrow mit einer Gegenstimme zum Ministerpräsidenten. Er erhält den Auftrag zur Regierungsbildung, am 17. November soll er eine Regierungserklärung abgeben und seine neue Mannschaft präsentieren. Viel Zeit hat er nicht. Nicht nur das Parlament ist aus dem verordneten Tiefschlaf erwacht. Ich will unbedingt das erste Interview mit Modrow. Zuvor hatte ich die lebhafteste Debatte von der Presstribüne der Volkskammer verfolgt. Ich wollte nach der Sitzung die Chance nutzen und schlich mich, vorbei an Wachleuten, in den Vorraum des Plenarsaals. In meiner Jackentasche trug ich mein Aufnahmegerät. Mein Jagdinstinkt trieb mich, das Reporterfieber loderte in mir. Plötzlich kam Modrow aus der Tür. Ich ging auf ihn zu. »Herr Modrow, Brinkmann, *Bild*-Zeitung ...« Er unterbrach: »Ich muss mal schnell wohin«. »Ich komme mit«, sagte ich dreist. Modrow sollte mir nicht entweichen. »Ist in Ordnung«, sagte Modrow. So führte ich das erste Exklusiv-Interview mit dem neuen Ministerpräsidenten der DDR. Das Wichtigste sagte er zuletzt, als wir uns bereits anschickten, die Toilette zu verlassen. Ich fragte: »Wann öffnen Sie das Brandenburger Tor?« Und Modrow antwortete: »Wir werden darüber demnächst sprechen.«

Das wichtigste Wort hieß: »demnächst«. Es hatte in meinen Ohren Bedeutung, signalisierte es doch, dass mindestens Modrow begriffen hatte, welchen Symbolwert das verstellte Bauwerk in der Mitte Berlins für die Westdeutschen besaß. Der Coup war geglückt. Ich hatte mein Interview und obendrein eine Meldung, die in den Westmedien gewiss Resonanz haben würde. Meine Nachricht in der *Bild* am 14. November zog um die Welt: Demnächst werde das Brandenburger Tor geöffnet! In der Folge reisten Hunderte von Journalisten an und warteten wochenlang vor dem Brandenburger

Tor, dass es geöffnet würde. Es sollte aber noch sieben Wochen dauern, bis Kanzler Helmut Kohl und Ministerpräsident Hans Modrow gemeinsam mit den Berliner Bürgermeistern Walter Momper und Erhard Krack durchs Tor gingen und jene Bilder entstanden, auf die die Welt wartete.



Korrigierte Kohl sich und seinen Kurs? Und falls ja: Was war die Ursache?

- ▶ Besuch von Bundeskanzler Helmut Kohl in der UdSSR zu Gesprächen über die Vereinigung beider deutscher Staaten; im Garten von Gorbatschows Gästehaus in Archiz/Kaukasus: am Tisch sitzend Außenminister Genscher, Gorbatschow und Kohl (v.l.); stehend Hans Klein, Theo Waigel, Raissa Gorbatschowa, UdSSR - Finanzminister Pawlow und Außenminister Schewardnadse (v.l.) - 16.07.1990

In seinen ersten öffentlichen und politischen Bekundungen nach dem Wechsel an der Spitze der DDR deutete nichts darauf hin, dass der Bundeskanzler Kurs auf die deutsche Einheit nahm. Er wollte Ruhe, Stabilität und Berechenbarkeit bei sich zu Hause und beim östlichen Nachbarn. Entsprechend dies seiner politischen Grundhaltung, oder war es nur Taktik und Kalkül, um die Welt in Sicherheit zu wiegen? Vor allem die Russen. Denn in Moskau ging man weiter davon aus, dass der Erhalt der DDR als sozialistischer Staat möglich war. Vor allem aber dürften die Ereignisse nicht ins Chaos führen. Dies hätte möglicherweise ein militärisches Eingreifen nötig gemacht, was Gorbatschow jedoch strikt ablehnte. Öffentlich wurde daher Besonnenheit und Umsicht angemahnt. In der sowjetischen Presse wurde gewarnt, den Status quo in Europa zu verändern und Druck auf die sozialistischen Länder auszuüben.⁽⁴⁴⁾

Allerdings wurde im Apparat des ZK der KPdSU längst anders gedacht. In den Vordergrund rückten die Fragen: Was gewinnt die Sowjetunion bei einer Vereinigung der beiden deutschen Staaten und welchen Preis ist ein vereinigtes Deutschland bereit zu zahlen?⁽⁴⁵⁾

Sie schienen offensichtlich in die Botschaft eingeflossen zu sein, die der Gorbatschow-Berater Nikolai Portugalow am 21. November nach Bonn brachte als er von Kohls Berater Horst Teltschik empfangen wurde. In dieser Botschaft ging es um Fragen der Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten – im Gespräch aber auch um die Wiedervereinigung, den Beitritt der DDR zur EG, die Allianzzugehörigkeit des vereinigten Deutschlands und die Möglichkeit eines Friedensvertrages. Er, Teltschik, habe sich geradezu erschrocken, wie weit die Überlegungen der sowjetischen Seite zur deutschen Einheit bereits gingen. Das schien bei Kohl Wirkung zu zeigen. Das Wissen, dass man in der Umgebung Gorbatschows bereits über die Vereinigung nachdenke, veranlasste ihn die Initiative an sich zu reißen. Kohl nahm am 28. November seine Kurskorrektur vor. Dem Bundestag präsentierte er ein Zehn-Punkte-Programm. Das beschäftigte sich zwar mit

Sofortmaßnahmen und dem Ausbau der Zusammenarbeit beider deutscher Staaten, es war von einer Vertragsgemeinschaft und der Schaffung konföderativer Strukturen die Rede, von Europas Einigung und der Forcierung des KSZE-Prozesses, aber der letzte Punkt war der entscheidende: Die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands bleibt das politische Ziel der Bundesregierung.

Frankreich und Großbritannien zeigten sich – im Unterschied zur dritten westlichen Siegermacht – wenig begeistert über Kohls Zielvorgabe. »Gorbatschow bestätigte mir im September 1989, auch die Sowjetunion wünsche keine deutsche Wiedervereinigung. Dies bestätigte mich in meinem Entschluss, das damals schon rasante Tempo der Entwicklung zu bremsen«, so Margaret Thatcher in ihren Erinnerungen.⁽⁴⁶⁾

Noch besorgter zeigte sich, nach den Erinnerung Thatchers, Frankreichs Präsident Mitterrand. Jedoch resümierte die britische Premierministerin realistisch: »Allerdings muss man einräumen, dass sich seine Einschätzung, nichts könne die deutsche Wiedervereinigung aufhalten, als richtig erwies.«⁽⁴⁷⁾

Dann waren da aber noch die Ungarn. Teltschik sagt, er sei mit dem Premier und dem Außenminister »eng befreundet« gewesen und habe sie 1989 wiederholt getroffen. Außenminister a. D. Gyula Horn bestätigt diese enge Beziehung und die Schlüsselrolle Ungarns für die Vorgänge in der DDR im Herbst 1989. Zehn Jahre später traf ich mich mit ihm zum Interview. Horn berichtet, dass er schon 1987, damals noch als Staatssekretär im Außenministerium, Vorschläge zur Belebung der Wirtschaft gemacht habe. Dazu habe auch gehört, für die Ungarn völlige Reisefreiheit anzustreben. Das Politbüro habe schließlich entschieden, einen so genannten Weltpass am 1. Januar 1988 einzuführen. Ungarische Staatsbürger konnten also schon sehr früh ohne Devisenbeschränkung reisen. Im Grunde machte das Grenzsicherungsanlagen überflüssig. Und so kam es, gibt Horn zu Protokoll, dass die Regierung beschloss,

alle Grenzanlagen zu Österreich abzubauen. Die DDR-Oberen schäumten. Horn: »Als Ostberlin davon erfuhr, begann es sofort zu protestieren und zu drohen. Besonders Außenminister Oskar Fischer tobte, als ich ihm sagte: »Wir machen keine Vorschläge, sondern ich teile Ihnen lediglich unseren Beschluss mit.« Damit war klar: Wir werden nicht mit uns handeln lassen.« Als Ungarn dann noch die DDR-Flüchtlinge ziehen ließ, waren Grenzzaun und Tischtuch endgültig zerschnitten. Von Verrat war die Rede, mit Sanktionen wurde gedroht.

Viel wurde in diesem Zusammenhang über Wirtschaftshilfen, Kredite u. ä. der Bundesrepublik an Ungarn spekuliert. Aber die Ungarn haben für die Grenzöffnung keine Gegenleistung gefordert – sie wurde ihnen von der SPD angeboten und vom Bundeskanzler gebilligt. Am 25. August flogen Ministerpräsident Miklós Nemeth und Gyula Horn nach Bonn zu Bundeskanzler Helmut Kohl und Außenminister Hans-Dietrich Genscher. Das Geheimgespräch fand im Gästehaus der Bundesregierung auf Schloss Gymnich statt. Helmut Kohl seien die Tränen gekommen, als die Ungarn die Grenzöffnung für den September 1989 ankündigten, berichtete mir Horn. Der Bundeskanzler selbst bestätigt dies in seinen Memoiren. Überwältigt von dem historischen Moment habe er die Ungarn gefragt, was sie im Gegenzug dafür haben wollten. Aus den Gesprächen wird berichtet, dass der ungarische Ministerpräsident wiederholt dem Bundeskanzler erwidert haben soll: »Ungarn verkauft keine Menschen!« Dennoch soll zu spüren gewesen sein, dass die ungarische Seite Hilfe erwarten würde. Konkrete Zusagen finden sich im Telegramm des Bundeskanzlers an Ministerpräsident Németh am 4. Oktober 1989:

»Sehr geehrter Herr Vorsitzender, für die Bundesregierung und für mich persönlich war es von Anfang an erklärte Politik, die von Ihrem Land eingeleiteten historischen Reformen hin zu mehr Menschenrechten, zu politischem und gesellschaftlichem Pluralismus, zu Rechtsstaatlichkeit, zu Marktwirtschaft und Privatinitiative nach-

drücklich zu unterstützen. Heute kann ich Ihnen mitteilen, dass die Bundesregierung grundsätzlich bereit ist, die Garantie für den Kredit aus 1987 um 500 Millionen DM aufzustocken. Damit kann Ihre Regierung zusammen mit der parallelen Kreditaktion der Bundesländer Bayern und Baden-Württemberg mit einem deutschen Beitrag in Höhe von einer Milliarde DM rechnen. Mit freundlichen Grüßen, Ihr Helmut Kohl«.

Über das geheime Treffen auf Schloss Gymnich am 25. August heißt es 2010 im Buch »Helmut Kohl. Ich wollte Deutschlands Einheit«, »Németh berichtete, dass er vor gar nicht so langer Zeit ein Gespräch mit Honecker geführt habe, der sich einmal mehr als verbohrtter Reformgegner erwiesen habe. Er, Németh, habe bei der Gelegenheit die Reformpolitik seines Landes erläutert. Honecker habe zwar zugehört, ihm aber dann drei Bücher überreicht, die er unbedingt lesen solle. Es habe sich dabei um Honecker-Reden, um Materialien über den letzten SED-Parteitag und das Programm der SED gehandelt – eine wahrlich spannende Lektüre. Ich antwortete Németh, dass ich von Honecker den gleichen Eindruck hätte wie er. Dieser wolle unter allen Umständen im Amt bleiben – und jede Reform würde ihn das Amt kosten. Für Németh aber war klar, eine Abschiebung der Flüchtlinge zurück in die DDR kommt nicht in Frage. Wir öffnen die Grenze. Wenn uns keine militärische oder politische Kraft von außen zu einem anderen Verhalten zwingt, werden wir die Grenze für DDR-Bürger geöffnet halten. Es sei beabsichtigt, alle Deutschen bis Mitte September ausreisen zu lassen. Mir stiegen die Tränen in die Augen, als Németh dies ausgesprochen hatte. Mir wurde in diesem Moment deutlicher denn je bewusst, wie wichtig und richtig es gewesen war, dass wir all die langen Jahre an der einen deutschen Staatsbürgerschaft festgehalten hatten, dass wir nicht den Forderungen der Opposition und weiter Teile der Medien gefolgt waren, die sich mit der Teilung unseres Landes längst arrangiert hatten. Der Gedanke, dass alle Deutschen, die in Ungarn und anderswo ihre Ausreise in die Freiheit herbeisehnten, als Ausländer einen Antrag

auf politisches Asyl hätten stellen müssen, war absurd und unerträglich gleichermaßen.«

Und Gyula Horn schreibt über das konspirative Treffen auf Schloss Gymnich in seinem 2001 erschienenen Buch »Freiheit, die ich meine«: »Am 25. August fuhren wir an einer abgelegenen Seite durch ein Hintertor des Flugplatzes in Budapest zu unserer Sondermaschine. Als wir dicht vor dem Flugzeug aus dem Auto stiegen, rief der neben der Gangway stehende Kapitän der Maschine erstaunt aus: ›Du liebe Güte! Der Ministerpräsident und der Außenminister!«

Im Flugzeug sagte ich zum Ministerpräsidenten Miklos Németh: ›Es ist richtig, dass wir unsere Reise geheim halten wollen.« Miklos war einverstanden. Von Bonn aus ging es dann per Hubschrauber nach Gymnich.«

Unter der schlichten Bezeichnung »Aktennotiz Nr. 25« ist in dem 1998 verlegten Band »Dokumente zur Deutschlandpolitik« das Gespräch Kohls und Genschers mit Németh und Horn protokolliert. »Der Herr Bundeskanzler erkundigt sich nach der Entwicklung in Polen. Ministerpräsident Németh erklärt, er habe kürzlich ein längeres Gespräch mit Generalsekretär Rakowski geführt und deutlich gemacht, das es der Wunsch Ungarns sei, dass die neue polnische Regierung erfolgreich sein werde. Die schwerste Aufgabe, die vor ihr liege, sei es, dem Land den Glauben an sich selbst zurückzugeben. In den letzten zehn Jahren habe Polen eine Art Wende zum Nihilismus vollzogen. Ministerpräsident Németh verweist als Beispiel auf die Rolle, die ausländische Devisen in der polnischen Wirtschaft spielen. Außenminister Horn fügt hinzu, aus seiner Sicht sei es ein ›Wahnsinn«, dass der Innen- und der Verteidigungsminister unmittelbar dem Präsidenten unterstünden. Die neue Regierung werde mit Sicherheit keine Wunder vollbringen können, wenn man bedenke, dass Armee und Polizei weiterhin dem Staatspräsidenten unterstünden. Dies könne zu einem schizophrenen Zustand führen.

Der Bundeskanzler erklärt, auch er sei voller Skepsis, was die weitere Entwicklung angehe. Man müsse sehen, dass die ›Solidarität‹ (*gemeint ist die Gewerkschaft Solidarnosc – P. B.*) keine Partei sei, sondern in Gruppen zerfiele. Im Übrigen sei ›Solidarität‹ bisher nur stark im ›Nein‹ gewesen. Was die deutsch-polnischen Beziehungen angehe, so wollten wir jetzt rasch zu einem Abschluss der Verhandlungen kommen. Die deutsch-polnischen Beziehungen seien äußerst kompliziert. Das gelte nicht erst jetzt oder seit 1933, sondern dies habe sich schon in der Weimarer Republik gezeigt. Wir sähen die deutsch-polnischen Beziehungen auch als einen Beitrag zur Stabilisierung in Europa. Wir wollten unter keinen Umständen eine Destabilisierung. Deswegen sei die Entwicklung in Polen und Ungarn, aber auch in der DDR, für uns so wichtig. Was die DDR angehe, so glaube er allerdings, dass sich mit der derzeitigen Führung nichts ändern werde. Man müsse sehen, dass Honecker unter allen Umständen im Amt bleiben wolle. Jede Reform würde ihn sein Amt kosten. Auch wenn er das persönlich ablehne, könne man hierfür ein gewisses Verständnis aufbringen. Was er hingegen nicht verstehe, sei die Entwicklung in der CSSR. Strougal (*Regierungschef von 1970 bis 1980 – P. B.*) habe ihm seinerzeit bei seinem Besuch in Prag erklärt, welche Reformen man durchführen müsse. Auf seine Frage, wann er an die Durchsetzung dieser Reformen gehe, habe Strougal nur mit den Achseln gezuckt. Völlig unverständlich sei die Politik der tschechoslowakischen Regierung gegenüber der katholischen Kirche.

Ministerpräsident Németh erklärt, Strougal sei ein sehr vernünftiger Mann gewesen. Man müsse sehen, dass die derzeitige Führung die Vergangenheit 1968 nicht bewältigen könne. Andererseits habe er den Eindruck, dass die Tschechen für eine Reformpolitik offener seien als die Slowaken. Er sei im Übrigen überzeugt, dass es nur eine Frage der Zeit sei, dass auch in der Tschechoslowakei die Reformdiskussion weitergehe. Es dürfe allerdings nicht zu einer Explosion kommen.

Der Bundeskanzler wirft ein, genau diese Gefahr sei aber gegeben. Er fragt, wie die ungarische Seite die Entwicklung in Rumänien beurteile. Ministerpräsident Németh erklärt, er habe Ceausescu auf dem Gipfel in Bukarest als einen psychisch kranken Mann erlebt. Er belegt dies an Beispielen aus dessen Verhaltens während der Konferenz. Im Übrigen sei die Lage der Bevölkerung in Rumänien bedrückend. Auf die Frage des Bundeskanzlers nach Shiwkow und der Entwicklung in Bulgarien erklärt Ministerpräsident Németh, die Wirtschaft dort werde ständig umorganisiert. Es gebe daher erhebliche wirtschaftliche Probleme. Er erwähnt sodann, dass das bulgarische Politbüro wiederholt einen Antrag auf Mitgliedschaft in der Sowjetunion gestellt habe.

Der Bundeskanzler erklärt, unsere Politik orientiere sich daran, dass Ungarn, aber auch ein Land wie Österreich, Teil Europas seien. Die internationale Politik habe heute zwei Bezugspunkte, einmal die Abrüstung, zum anderen die wirtschaftliche Zusammenarbeit. Es gebe allerdings noch ein drittes Element, das leider immer wieder zu kurz komme, das sei die Kultur. Europa dürfe nicht nur ökonomisch ausgerichtet sein. Auch in den deutsch-ungarischen Beziehungen müsse diese kulturelle Identität ungeachtet der zweifelsohne prioritären wirtschaftlichen Probleme eine wichtige Rolle spielen.«



Wer holte in Moskau den »Schlüssel zur Einheit«?

► Modrow am 30. Januar 1990 bei Gorbatschow.

Die Widerstände gegen eine deutsche Vereinigung im Westen sind von US-Präsident Bush aus den bekannten geostrategischen Zielen der Amerikaner ausgeräumt worden. Moskaus halbherzige verbale Interventionen zeigen kaum Wirkung. Innenpolitisch steckt die Sowjetunion selbst in einer existenziellen Krise. Die wirtschaftliche Talfahrt setzt sich fort, der Konsumgütermarkt ist zusammengebrochen, nur etwa ein Zehntel der Grundnahrungsmittel ist ohne Einschränkung noch in den Geschäften zu bekommen. Das gesamte politische System befindet sich in einer Legitimationskrise, die Sowjetbürger sind von der »Perestroika« enttäuscht. Hinzu kommen wachsende nationale Konflikte innerhalb der Sowjetunion und eben die Auf- und Ablösungsprozesse innerhalb des östlichen Blocks. Gorbatschow steht mit dem Rücken zur Wand, er hat keinen Spielraum mehr und kämpft bereits ums eigene politische Überleben.

Das bekommt auch Hans Modrow zu spüren und vor allem zu hören, als er am 30. Januar 1990 im Kreml weilt. Gorbatschow sagt ihm klipp und klar, dass er für die DDR nichts mehr tun könne, die »Vereinigung der Deutschen« stünde auf der Tagesordnung. Die DDR könne gehen. Daraufhin tritt der Ministerpräsident die Flucht nach vorn an. Am 1. Februar stellt er der internationalen Presse sein Konzept »Für Deutschland, einig Vaterland!« vor. Noch vor seinem Besuch in Moskau hatte es im Politbüro der KPdSU intensive Beratungen gegeben. Aus lange unveröffentlichten Dokumenten geht hervor, wie in kleiner Runde die Situation beleuchtet wurde. So soll Gorbatschow ein düsteres Bild von der DDR gezeichnet haben. Absprachen seien nicht mehr möglich. Man müsse daher über die BRD Einfluss auf den gesamten Prozess nehmen. Dabei wollte man gegenüber Bundeskanzler Helmut Kohl auch den laufenden Wahlkampf in der DDR thematisieren, insbesondere die Aktivitäten der oppositionellen SPD. Und man wollte einen Prozess vorschlagen, an dem die vier Siegermächte des zweiten Weltkrieges und beide deutsche Staaten beteiligt sein sollten. Man ist sich bereits bei diesem Treffen einig, dass die DDR

gehen könne und die Vereinigung beider deutscher Staaten unvermeidlich sei. Es gehe aber auch darum, Ängste vor einem vereinten Deutschland, die vor allem auch in der Sowjetunion herrschten, abzubauen. Für Gorbatschow zählten die Anerkennung bestehender Grenzen und seinerzeit noch die Entmilitarisierung Deutschlands und ein Austritt aus der NATO dazu. Es wurde kontrovers diskutiert, keinesfalls herrschte über Wege zum Ziel Einigkeit. Klar war nur, wie das Ziel aussehen werde: ein geeintes Deutschland.⁽⁴⁸⁾

Am 10. Februar fährt Bundeskanzler Helmut Kohl nach Moskau. Zeitgleich werden 52.000 Tonnen Rindfleisch, 50.000 Tonnen Schweinefleisch, 20.000 Tonnen Butter, 15.000 Tonnen Milchpulver und 5.000 Tonnen Käse an die Sowjetunion ausgeliefert, um die Außenminister Schewardnadse die Bundesregierung gebeten hatte. Die Bundesregierung subventionierte die Lebensmittellieferung mit 220 Millionen DM aus dem Bundeshaushalt. Moskaus Kritiker knüpften daran den Vorwurf, dass Kohl respektive die Bundesrepublik die DDR gleichsam den Russen *abgekauft* habe. Dabei darf auch der Kredit an Moskau über fünf Milliarden D-Mark Ende Mai nicht unerwähnt bleiben. Und vergessen werden darf auch nicht Modrows Kreditanfrage über 15 Milliarden Anfang 1990, die die Bundesregierung ins Leere hatte laufen lassen. Sagen wir so: Die Bundesregierung besaß ein feines Gespür für Timing. Sie vermochte es, mit wirtschaftlicher und finanzieller Hilfe zum richtigen Zeitpunkt die Entscheidungen im Kreml positiv zu beeinflussen. So überrascht es denn kaum, dass die sowjetische Nachrichtenagentur TASS nach dem Treffen Kohls mit Gorbatschow am 10. Februar meldet, es gebe »zur Zeit zwischen der UdSSR, der BRD und der DDR keine Meinungsverschiedenheiten darüber, dass die Deutschen selbst die Frage der Einheit Deutschlands lösen und selbst ihre Wahl treffen müssen, in welcher Staatsform, zu welchen Zeitpunkten, mit welchem Tempo und zu welchen Bedingungen sie diese Einheit realisieren werden«. Und dass der Bundeskanzler im Flugzeug, unterwegs nach Köln-Bonn, gegenüber den mitreisenden Journalisten stolz verkündete: »Wir haben heute den

Schlüssel zur deutschen Einheit abgeholt, von dem schon Konrad Adenauer sagte, er liege in Moskau.« Dazu gibt es Schampus über den Wolken. Jene Kollegen, die in Moskau auf der Pressekonferenz nach dem Treffen mit Gorbatschow dabei waren, hatten noch den Satz im Ohr, den Kohl seinem Außenminister gesagt hatte. Der Satz war nicht für die Öffentlichkeit gedacht, doch Kohl hatte nicht bemerkt, dass die Mikrofone bereits angeschaltet waren. »Eigentlich müssten wir uns jetzt besaufen.«

Der damalige Kanzleramtsminister Teltschik beschreibt den weiteren Verlauf von Treffen und Unterredungen. Am 15. Juli 1990 habe dann im Heimatort von Gorbatschow das so genannte ›Wunder vom Kaukasus‹ stattgefunden. Schon die Einladung dorthin sei ein ausgesprochen positives Zeichen gewesen. Man habe sich in einem einfachen Haus mitten in den Hügeln getroffen, wo die Wiesen in voller Blütepracht standen. Raissa Gorbatschowa habe auf einem gemeinsamen Spaziergang einen Blumenstrauß für Helmut Kohl gepflückt. ›Da habe ich dann gedacht, die Gespräche werden erfolgreich sein, sonst würde die Frau des Generalsekretärs nicht Blumen für den Kanzler pflücken.« Tatsächlich sei dann die letzte Hürde auf dem Weg zur Wiedervereinigung genommen worden: die Mitgliedschaft des vereinten Deutschlands in der NATO, gegen die sich die Sowjetunion zuvor strikt gewandt hatte. Die UdSSR stimmte einem uneingeschränkt souveränen, wiedervereinigten Deutschland zu, das Mitglied der NATO bleiben konnte.⁽⁴⁹⁾

Und was hatte ich mit der ganzen Angelegenheit zu tun?

Als Anfang 1990 der Notruf aus der Sowjetunion in Bonn einging, bat der Bundeskanzler auch die Medien um Hilfe. Sie sollten Spenden sammeln. Im Hause Springer initiierte man eine Kampagne unter dem Motto »Ein Herz für Russland«. Ich wurde von *Bild*-Chefredakteur Tiedje beauftragt, Geld aufzutreiben, mit dem Lebensmittel und Milchpulver für Waisenhäuser und Altersheime erworben werden sollte. Ich sammelte binnen weniger Tage rund

eine Million DM in bar und kaufte dafür sehr günstig über Hamburger Schiffsversorger ein. Über das Moskauer Büro der Bild wurden zwei Transportmaschinen der sowjetischen Luftwaffe geordert, die in Parchim auf einem sowjetischen Militärflughafen landeten. Dort nahmen die beiden Flieger vom Typ Antonow die Hilfsgüter an Bord, welche drei LKW aus Rotterdam gebracht hatten.

Bei einer aus dem gleichen Grunde veranstalteten Gala-Sendung der ARD kamen rund 40 Millionen D-Mark zusammen. Es war die bis dahin größte Medienhilfsaktion in der Geschichte der Bundesrepublik.



Selbstgewissheit? Selbstgefälligkeit!

- ▶ Deutschland, Bad Neuenahr/Ahrweiler, 05.10.1989, Ankunft der DDR Flüchtlinge (aus der Prager Botschaft) im Bahnhof.

Kohl war der Kanzler der Einheit, Kohl wollte aber keineswegs einen schnellen Weg dorthin. Das haben viele meiner Gespräche gezeigt. Er zögerte und zögerte. Im Gespräch mit US-Präsident George Bush im Dezember 1989 trat er buchstäblich auf die Bremse. Sein Büroleiter, Walter Neuer, notierte: »Er erläuterte, dass es ein wirtschaftliches Abenteuer wäre, wenn dies schon in zwei Jahren der Fall sei. Das wirtschaftliche Gefälle sei zu groß. Zunächst müssten die wirtschaftlichen Verhältnisse in den beiden deutschen Staaten in ein gewisses Gleichgewicht kommen.« Ähnlich zögerlich äußerte er sich Anfang Januar 1990 gegenüber dem französischen Präsidenten Mitterrand.

1990 sprach ich auch mit Außenminister Hans-Dietrich Genscher über dieses Thema. Es wäre falsch, sagte er eingangs, wenn man bei einem Gespräch über die Einheit mit dem Jahr 1989 beginnen würde. Richtiger wäre es, 1975 anzusetzen, bei der Schlussakte der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Sie habe die Rahmenbedingungen geschaffen, es sei schließlich nicht nur eine deutsche, sondern auch eine europäische Vereinigung gewesen. Am 12. Juni 1989 sei Gorbatschow schließlich in die Bundesrepublik zu einem viertägigen Staatsbesuch gekommen, die Leute hätten ihn und seine Frau Raissa frenetisch gefeiert, das Wort von der »Gorbi-Manie« macht die Runde. Allein in Stuttgart säumten 50.000 Menschen die Straßen.

Am 13. Juni unterzeichneten sie die »Gemeinsame Erklärung«, darin bekräftigte die Sowjetunion erstmals gegenüber einem westlichen Land das Recht jedes Staates, »das eigene politische und soziale System frei zu wählen«. Das, so Genscher im Gespräch mit mir, hatten »die Sowjets in der Urfassung nicht drinhaben wollen«.⁽⁵⁰⁾

Der Grundstein wurde im Vorfeld gelegt. Denn vor dem Gorbatschow-Besuch gab es eine Visite von Außenminister Schewardnadse. Dieser kam, um eine Verständigung über einen Text zu erzielen, der weitgehend unseren Erwartungen entsprach. »Wir waren

angenehm überrascht, denn wir hatten uns auf sehr schwierige Verhandlungen vorbereitet.«

Nach dem Gorbatschow-Besuch erleidet Genscher einen Herzinfarkt und fällt erst einmal aus. Dennoch rappelt er sich schnell wieder auf. Nach zahlreichen Unterredungen steht schließlich fest, dass die DDR-Flüchtlinge in der Prager Botschaft ausreisen dürfen. »In Prag auf dem Balkon am 30. September war ich sehr erregt. Mir wurde wieder und wieder kurz schwindlig, ich hatte schwere Herzrhythmusstörungen. Gut, dass der Balkon von einer Steinmauer umfasst war – ich konnte mich anlehnen und festhalten. Als ich sagte, dass die Züge durch die DDR fahren, gab's Pfiffe. Ich reagierte darauf. »Als ich in ihrem Alter war, hab ich auch die DDR verlassen. Ich verstehe, was Sie jetzt bewegt. Aber ich versichere Ihnen persönlich: Ihnen passiert nichts. Und außerdem stehen hier – ich hatte Beamte mitgenommen – Grenzbeamte und Beamte vom Auswärtigen Amt.« Ich habe sie alle mit Namen vorgestellt und gesagt: »Je zwei werden mit Ihnen fahren. Das ist eine zusätzliche Garantie für Sie, dass das alles ordnungsgemäß abläuft.

Zunächst hatte sich die DDR-Führung auch einverstanden erklärt, dass ich und Bundesinnenminister Rudolf Seiters in je einem Zug mitfahren könnten. Aber im letzten Moment, als wir schon auf dem Flugplatz waren, wurde ich rausgerufen. Da kam die Nachricht, dass sie es nicht wollten. Mein Herz schlug wieder stark. Aber ich überstand's.«⁽⁵¹⁾

Die Züge fuhren über DDR-Territorium. Es kam zu Demonstrationen und schweren Zusammenstößen. In Dresden drohte die Situation zu eskalieren. Rund 2.000 Menschen versuchten, den Bahnhof zu stürmen. Volkspolizei, Kampfgruppeneinheiten und Mitarbeiter der Reichsbahn mussten den Bahnhof verteidigen. Es flogen Steine, Glasscheiben gingen zu Bruch, es floss Blut.

Als ich Jahre später mit Hans Modrow über diese Tage spreche, verteidigt er den Einsatz der Sicherheitskräfte. Wäre es den Protestierenden gelungen, den Bahnhof zu stürmen, hätte es Tote gegeben, ist er sich sicher. Er beschreibt auch sehr genau, welche Telefonate, welche Gespräche vonnöten waren, um das genaue Vorgehen festzulegen.

Modrow ist auch auf Schabowski nicht gut zu sprechen, weil der sich »verantwortungslos und dumm« auf dieser Pressekonferenz verhalten habe, als er dieses Reisegesetz vortrug, ohne es selbst zuvor gelesen und die Sperrfrist bedacht zu haben. Zuvor habe es Krenz im ZK vorgetragen und es habe »niemand kapiert. Überhaupt keiner«, betont Modrow.

Und wo war er in jener Nacht, nach der ZK-Sitzung? »Ich bin ins Gästehaus gegangen und habe geschlafen, ohne dass ich etwas davon mitbekommen habe.« Und wie weiter?

»Am nächsten Morgen wird die ZK-Tagung fortgesetzt. Sagt irgendeiner was? Keiner sagt was, jeder nimmt den Tatbestand lediglich zur Kenntnis. Nein, nichts ist passiert. Das Plenum wird unbeschadet weitergeführt. Alle scheinen davon auszugehen, alles wird sich schon regeln, wie es sich immer geregelt hat. Wir beherrschen das schon.«⁽⁵²⁾ Diesmal aber beherrschten sie es nicht mehr. Diesmal regelte sich alles anders.



Gysi kommt

- ▶ Krenz, daneben Lorenz und Margarete Müller, darunter Keßler und Hager, links außen Inge Lange: die alte Führung auf dem Sonderparteitag der SED am 8. Dezember 1989

Was wir im Westen kaum wahrgenommen hatten: Neben der SED gab es auch noch vier weitere Parteien, deren Chefs als Stellvertreter des Staatsratsvorsitzenden fungierten. Die Parteien nannten sich Blockparteien, woraus der Volksmund »Blockflöten« gemacht hatte, auf denen die SED spielte. Nun allerdings, im Wende-Herbst, drängten diese Parteien selbstbewusst hervor und befreiten sich von Gängelei und Bevormundung. Da war zum Beispiel auch Günter Hartmann, Mitglied der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NDPD), der am 2. November 1989 an die Spitze seiner Partei gewählt worden war. Wir trafen uns in seinem Parteihaus in der Mohrenstraße unweit des Gendarmenmarktes. Eher beiläufig erwähnte Hartmann die Idee einer Konföderation beider Staaten als Vorstufe zur Einheit. Die EINHEIT als politisches Ziel der DDR-Politik! Zum ersten Mal hatte ein DDR-Politiker diesen Gedanken öffentlich ausgesprochen! Noch am gleichen Tage lief das Interview mit Hartmann als Eilsendung rund um den Erdball. In der *Bild* erschien das Gespräch in der Wochenendausgabe unter der Überschrift: »Der Weg zur deutschen Einheit«. Von Hartmann erfuhr ich auch, dass Egon Krenz von allen Ämtern zurücktreten werde. Das kündigte er mir am späten Samstagabend, dem 2. Dezember, an. Das überraschte mich nicht, hatte ich doch gerade eine Demonstration am Rande einer Kreisdelegiertenkonferenz erlebt. Die Stimmung auf der Kundgebung reichte von gereizt bis frustriert, breit gefächerter war sie nicht.

Als Egon Krenz, der Generalsekretär der Partei, kam, toste nicht der übliche Beifall auf, es waren keine Jubelchöre zu hören. Er versuchte am Mikrofon einen Dialog zu führen, Offenheit zur Schau zu tragen. Doch er hatte keine Chance. Schließlich skandierte die Menge: »Rücktritt, Rücktritt.« Krenz stand bleich und mit versteinerte Miene auf der Bühne. Dann trat ein kleiner Mann nach vorn, mit rotem Schal und Prinz-Heinrich-Mütze wie Helmut Schmidt. Es war der Rechtsanwalt Gregor Gysi. Leidenschaftlich sprach er: »Das Politbüro hat unser Vertrauen nicht mehr. Tretet zurück, macht den Weg frei! Wenn ihr es nicht schafft, Genossen zur Ver-

antwortung zu ziehen, dann müssen es eben andere tun. Wir sind noch Millionen in der Partei. Wir dürfen es aber nicht zulassen, dass wir bald nur noch Tausende sind. Die Chance zur Erneuerung ist vertan worden. Tretet zurück, es ist unsere einzige Chance. Wir brauchen neue Persönlichkeiten, damit wir sauber in den Parteitag gehen können.« Krenz versuchte, die neuerliche Attacke noch abzuwehren, doch seine Worte gingen in Pfiffen und Rufen nach Rücktritt unter.

In den sonst sehr wortreichen, detaillierten Erinnerungen von Egon Krenz finden sich zu diesem Waterloo nur wenige Zeilen: »Als sich die Genossen vor dem ZK zur Erneuerungskundgebung versammeln, stelle ich mich auf die Treppe vor dem ZK-Gebäude. Einigen der Organisatoren scheint dies peinlich zu sein. Sie haben nicht mit meiner Teilnahme gerechnet. Ich höre mir die Reden an. Ich melde mich auch zu Wort. Ich habe keine Chance. Mir ist klar: Wir müssen morgen den Weg freimachen. Sonst gibt es mindestens zwei Parteitage. Das aber will ich nicht.«⁽⁵³⁾

Anderntags tritt, wie angekündigt, das Zentralkomitee zusammen und beschließt den kollektiven Rücktritt. Krenz dazu: »Ich weiß nicht, wann ich das letzte Mal in meinem Leben geweint habe. Bei diesen Worten stehen mir die Tränen in den Augen und ich habe das Gefühl, meine Stimme versagt. Nicht, weil ich als Generalsekretär zurücktrete. Das ist im Verhältnis zu dem, was heute beschlossen werden soll, das Geringste. Es schmerzt mich, dass ich am Sterbebett der Partei stehe. Ich fürchte, dies ist der erste Schritt auch für das Ende der DDR.«⁽⁵⁴⁾

Am 7. Dezember, dem Donnerstag, tritt unter dem Dach der Kirche und moderiert von drei Kirchenleuten erstmals der Runde Tisch zusammen. Im Dietrich-Bonhoeffer-Haus hinter dem Friedrichstadt-palast treffen sich 33 Vertreter von 14 Parteien und neu entstandenen politischen Gruppierungen, um über das Krisenmanagement zu reden. Es ist der erfolgreiche Versuch, mehr Demokratie zu

wagen. Das Gremium schlägt vor, die nächsten Volkskammerwahlen am 6. Mai 1990 abzuhalten – der Termin sollte später auf den 18. März vorgezogen werden – und mit der Arbeit an einer neuen Verfassung zu beginnen. Die SED hat Gregor Gysi und Wolfgang Berghofer an den Runden Tisch geschickt. Ich bin auch vor Ort und wohne der elfstündigen Sitzung bei. Als ich anschließend unter anderem mit Gysi zusammensitze und ihn frage, wer neuer SED-Chef werden würde, fragt er, was denn die *Bild* glaube. Ich grinse und sage: »Sie!« Gysi kokettiert zwar, lässt sich aber nicht festnageln. Auf dem Parteitag wenige Tage später wird er mit 95 Prozent Zustimmung gewählt. Von den Delegierten bekommt er einen großen Besen überreicht, mit dem er den Stall praktisch ausmisten soll. In den Gängen hörte ich von einigen Delegierten: »Gysi kann es schaffen. Er ist unser Mann.« Andere: »Er ist brilliant, aber zu wenig menschlich.«

Ich führe gleich ein Interview mit Gysi, es erscheint am 11. Dezember. Der neue starke Mann glaubt, dass die Mehrheit des Volkes nicht für die Wiedervereinigung sei. Er regt an, ein gemeinsames europäisches Haus zu bauen. Die SED wolle um den politischen Machtanspruch kämpfen. Und er betont, es gehe um einen demokratischen Sozialismus. Bei allem Suchen nach mehr Zusammenarbeit lege er sehr viel Wert darauf, dass die sozialen Errenschaften und die Eigenständigkeit der DDR bewahrt blieben.

Ich fragte auch Krenz, was er von seinem Nachfolger hält. »Er ist ein guter Mann und hat mein vollstes Vertrauen.« »Was machen Sie jetzt, was fühlen Sie?«, erkundige ich mich bei ihm.

»Ich fange wieder ganz von vorn an. Ich werde in meiner Basisorganisation hart arbeiten.« Beruflich sei er Lehrer, wisse aber noch nicht, ob er diesen Beruf wieder ausüben wolle. Krenz saß in Block H des Dynamo-Sportforums in Hohenschönhausen, in dem der Parteitag stattfand, fast unterm Dach. Eingeclipmt zwischen Delegierten, nur eine schwarze Tasche hatte er dabei. Der Parteitag

nahm ihn nicht zur Kenntnis, nur die Presse. Kein Dank an den Mann, der die Mauer öffnete, die »Wende« vollzog. Er war für die Genossen Delegierten ein no-name.

Gysi hatte sich in den Gesprächen mit mir offen und authentisch gezeigt. Im März 1990 war aber auch für ihn das Maß voll. Der Wahlkampf in der DDR wurde nicht nur weitgehend von westdeutschen Wahlkampfmanagern gesteuert, er war auch übel, es wurde mit den dreckigsten Tricks und Denunziationen gearbeitet. Am Donnerstag, dem 15. März, titelte *Bild* mit der Schlagzeile »Schnur – das Ende. Sie haben mich gefoltert und erpresst«. Der Vorsitzende der Partei Demokratischer Aufbruch (DA), Wolfgang Schnur, gehörte zu der von Kohl geschmiedeten »Allianz für Deutschland«. Er hatte übrigens die Tochter eines Freundes im Februar 1990 als Pressesprecherin eingestellt: Angela Merkel. Schnur machte sich tatsächlich Hoffnungen auf den Posten des Ministerpräsidenten, doch diese Illusion zerbrach, als in der Woche vor der Wahl publik wurde, dass er seit 1965 dem MfS als verlässlicher IM gedient hatte. Nachdem er von *Bild* als Stasi-Opfer stilisiert wurde, was natürlich als Rettungsversuch gedacht war, holte das Blatt zum vermeintlichen Gegenschlag aus. Man wollte ein geheimes Schreiben von Gysi an die Bezirksvorstände der PDS gefunden haben, in welchem der Parteichef stolz mitteilte, dass es gelungen sei, a) die Liste der Stasi-Mitarbeiter zu frisieren und b) dass die in Salzgitter liegenden Akten, die DDR-Bürger belasteten, an einem Tag X vernichtet werden würden. Mir war klar, dass an dieser Geschichte nichts dran war. Sie erschien dennoch, Gysi klagte und gewann.



Wie sah Lothar de Maizière den Weg zur Einheit?

- ▶ Unterzeichnung des Abschlussdokuments über die Vereinigung von BRD und DDR in Moskau - die Außenminister der unterzeichnenden Staaten (v.l.) James Baker (USA), Douglas Hurd (GB), Eduard Schewardnadse (UdSSR), Roland Dumas (F), Lothar de Maiziere (DDR) und Hans Dietrich Genscher (D) Oktober Hotel, Moskau 12.09.1990 AP

Die Kausalität von Ereignissen liegt auf der Hand, nur Naivlinge sehen die Zusammenhänge nicht. Die Öffnung der Grenze beschleunigte den Umbruchprozess in der DDR dramatisch und damit den Niedergang des politischen Systems. In dem Moment, als die Ostdeutschen den Duft der Freiheit gerochen hatten, war der Geist aus der Flasche. Und der sollte nicht wieder dorthin zurückkehren. Dieser Vorgang war unumkehrbar. Und folgerichtig stellt sich die Frage nach der Sinnfälligkeit zweier deutscher Staaten, denn nach vierzig Jahren Teilung waren die Unterschiede nicht so gravierend. Die Frage nach einer Fortexistenz der DDR, eines zweiten deutschen Staates, wurde am 18. März 1990 bei den ersten freien Volkskammerwahlen klar von den Ostdeutschen beantwortet. Sie stimmten mehrheitlich für jene Parteien, die im Wahlkampf die rasche Einheit versprochen. Den späteren Ministerpräsidenten, Lothar de Maizière, konnte ich auf einigen Reisen begleiten, mit ihm sprechen, ihn beobachten. Auf dem EG-Gipfel in Dublin kam sich der DDR-Ministerpräsident ziemlich verloren vor. Auch Außenminister Markus Meckel ging es so, er flog vor der Zeit zurück.

Moskau hingegen war allerdings enorm wichtig. Nach der ersten Visite dort am 28. April 1990 befragte ich Lothar de Maizière. Er berichtete über das Gespräch mit Gorbatschow, dessen Einstellung zum Beitritt der DDR zur Bundesrepublik (Artikel 23, Grundgesetz). De Maizière machte deutlich, dass die NATO neue Strukturen und Strategien brauche und erst dann eine Mitgliedschaft des geeinten Deutschlands im Verteidigungsbündnis möglich sei. Angela Merkel gehörte als Sprecherin der von Lothar de Maizière geleiteten Delegation an. Sie wollte von mir unbedingt wissen, was ich denn über den Besuch in der *Bild*-Zeitung schreiben würde. Ich klärte sie darüber auf, dass es Sache der Journalisten sei, einen Besuch zu bewerten, sie würden darin nicht den Vorgaben eines Regierungssprechers bzw. einer Regierungssprecherin folgen. Das gefiel ihr offensichtlich gar nicht, aber sie sprach mich nie wieder darauf an. Jedoch lobte und kritisierte sie in der Folgezeit und ließ uns Presseleute in Ruhe unseren Job machen. Sie hatte schnell gelernt.

Zwanzig Jahre später traf ich mich wieder mit Lothar de Maizière. Ich wollte wissen, wie er mit zeitlichem Abstand jene Wochen und Monate und die Entscheidungen bewertete, die er damals traf. Er sagte ganz deutlich, dass ihm seinerzeit klar gewesen sei, dass er als Ministerpräsident ein Amt übernimmt, das dem eines Liquidators gleichkommt. Aber natürlich sei dies etwas anderes gewesen, als die Liquidation eines Betriebes. Hier ging es immerhin um sechzehneinhalb Millionen Menschen. »Wie kommen die Ostdeutschen *in Würde* in die deutsche Einheit?«, diese Frage habe ihn beschäftigt, betonte de Maizière.

»Mir war schon am Abend des 18. März klar: Mit der Mehrheit läuft das Amt auf dich zu. Ich war damals der Meinung, dass es eigentlich nicht günstig sei, wenn das Amt des Parteivorsitzenden und das des Regierungschefs in einer Hand liegen. Ich habe deswegen auch am Morgen des 19. März im Präsidium der Ost-CDU gesagt: Jungs vortreten, wer möchte denn gerne Parteichef, wer Regierungschef machen? Es trat aber keiner vor.« Der letzte DDR-Ministerpräsident betonte auch, wie wichtig ihm damals die Bildung einer breiten Koalition gewesen sei. Er hätte zusammen mit den Liberalen in Ostdeutschland eine auskömmliche absolute Mehrheit gehabt. Doch er wollte unbedingt die Sozialdemokraten einbinden. »Erstens werden wir auf dem Weg zur deutschen Einheit ständig qualifizierte Mehrheiten brauchen, Zweidrittel-Mehrheiten, verfassungsändernde Mehrheiten.

Zweitens war ich der Meinung, dass die Kräfte, die den Herbst getragen hatten, die den Weg in die deutsche Einheit mitgehen wollten, auch das Recht haben sollten, diesen Weg mitzugestalten. Bei Bündnis-Leuten war es etwas anderes, die wollten ja nicht die deutsche Einheit. Aber die Sozialdemokraten wollten sie. Und drittens: Ein Großteil der Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion war mir aus kirchlicher Arbeit zum Teil besser bekannt als Mitglieder meiner eigenen Fraktion. Aus persönlicher Bekanntheit wuchs auch Verlässlichkeit.« De Maizière berichtete auch

von ersten Sondierungen. »Die fanden in meinem Büro statt, und man meinte, es sei furchtbar geheim. Die Fernsehteams sind auf den Dom geklettert und haben durch mein Fenster gefilmt. Uns fehlte die westliche Politikerfahrung, die westliche Denke, um diese Situation gelassen zu nehmen.« Ich sprach mit ihm auch über den Artikel 23. »Der war schon vor der Volkskammerwahl von Seiten der Union in die Diskussion gebracht worden. Wir haben auch in der Koalitionsvereinbarung festgehalten, wir wollen den Weg gemäß Artikel 23 gehen, aber dieser Beitritt soll keine bedingungslose Kapitulation sein. Die Bedingungen, unter denen dieser Beitritt für uns möglich ist, sollen vertraglich geregelt und beschrieben werden. Das war der Inhalt dieser Koalitionsvereinbarung und das ist auch von der Bonner Seite so respektiert worden.« Den Menschen in der DDR sollte so etwas wie Bleibehoffnung gegeben werden. »Nach dem Fall der Mauer gingen aus dem Osten täglich 4.000 Menschen in den Westen. Und nachdem feststand, dass die Währungsunion kommt und zu welchen Bedingungen sie kommen wird, waren es nur noch knapp 2.000 pro Woche, die gingen. Das war ein erheblicher Unterschied.« Es habe durchaus auch unterschiedliche Auffassungen gegeben, wie der Artikel 23 auszugestalten sei. »Wir waren der Meinung mittels zweier Staatsverträge, zum einen ein Vertrag über die Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion, zum anderen einen Einigungsvertrag. Und damit ziemlich detaillierte Ausregelung der Dinge, die für uns von Interesse waren. Insbesondere deshalb detailliert ausgeregelt, weil ja nach Wirksamwerden des Vertrages ein Vertragspartner nicht mehr existent sein würde.« Andere auf der westlichen Seite vertraten hingegen die Auffassung, dass ein schlankes Überleitungsgesetz genüge. Dieser Auffassung sei übrigens Oskar Lafontaine gewesen. De Maiziere verwies auf weitere kontroverse Themen. Zu denen gehörte auch die Anerkennung von Berufs- und Schulabschlüssen. Er erwähnt außerdem die Debatte um den § 218, Schwangerschaftsabbruch- im Westen eben anders geregelt als im Osten. Und dann gab es da noch die Regelung offener Vermögensfragen- ein unglaublich großer Komplex. »Bei der Eigentumsfrage hatten wir

die größten Schwierigkeiten mit Bonn. Und ich halte auch noch heute die getroffenen Regelungen für den genetischen Geburtsdefekt der deutschen Einigung. Wir sind noch immer damit befasst, auch in unseren Anwaltsbüros. Es hat zu einer Verzögerung von Investitionen von gewaltigem Ausmaß geführt, zu einer Explosion der Bodenpreise dadurch, dass der Boden durch die Antragsteller verknappt war. Und je knapper eine Ware am Markt, desto höher der Preis. Es hat letztlich zu einer Vermögensverschiebung Ost Richtung West geführt. Denn die seinerzeit Enteigneten haben zum ganz überwiegenden Teil ihre Lebensmittele im Westen gefunden und sind auch nur in wenigen Fällen zurückgekommen.«

Er verwies darauf, dass es »zwei große Unterschätzungen« gegeben habe. Erstens habe man die Kosten und die Dauer der wirtschaftlichen Angleichung unterschätzt. Und zweitens habe niemand gesehen, wie mühsam soziale Lernprozesse sind, wie mühselig es sei, wenn ein ganzes Volk umlernen müsse. »Die Ostdeutschen haben ein neues politisches System bekommen, ein neues Rechtssystem, eine neue Wirtschaftsordnung, ein neues Bildungssystem, ein neues Wertgefüge, es ist alles verändert worden. Für die Ostdeutschen hat sich alles verändert, für die Westdeutschen nur die Postleitzahl und die Autonummern«, stellte der ehemalige Regierungschef fest. Und der Anteil der Russen an der deutschen Einheit sei »ein Abfallprodukt des Untergangs eines Weltreiches.« Gorbatschow habe die wirtschaftlichen Interessen des eigenen Landes über die des Festhaltens an der DDR gestellt. Ihm seien die Kredite wichtig gewesen.

Der Westen habe eine ganze Menge aus der Gorbatschowschen Politik falsch eingeordnet. So habe dieser 1986/87 einseitige Abrüstungsschritte unternommen. »20.000 Sowjetsoldaten wurden aus der DDR abgezogen – und man hielt das für propagandistische Vorleistungen, um den Westen unter Druck zu setzen. Tatsächlich war es so, dass Gorbatschow erkannt hatte, dass die sowjetische Wirtschaft nicht mehr in der Lage war, diesem Wettüsten standzuhalten. Reagan hatte erklärt, die Russen totzurüsten – und das ist

ihm gelungen. 1989 waren weit über 50 Prozent der sowjetischen Volkswirtschaft im militärisch-industriellen Komplex eingebunden.

Letztlich ist die Sache also nicht erst 1989/90, sondern schon wesentlich früher entschieden worden«, argumentierte de Maizière.

Die Unterzeichnung des Zwei-plus-Vier-Vertrages in Moskau habe ihn zu Tränen gerührt und sei sein »glücklichster Moment« gewesen. »Mir war bewusst: Ich unterschreibe einen Friedensvertrag und Deutschland bekommt seine Souveränität wieder. Wir beenden das Kapitel Geschichte, das mit dem Reichstagsbrand begonnen hatte. Meiner Meinung nach ist es falsch, davon zu sprechen, mit dem Vertrag wäre die Nachkriegszeit beendet worden. Quatsch: Es war das Ende des Geschichtskapitels, das alle Deutschen, 1933 beginnend, zu verantworten hatten. Auch daraus leite ich den Rechtsanspruch der Ostdeutschen auf Hilfe ab, denn die Geschichte, die 1933 begann, haben nicht nur die Ostdeutschen zu vertreten gehabt, die haben alle Deutschen zu vertreten.« Am Rande hatten Genscher und er einen Brief für Schewardnadse unterzeichnet und gesigelt. »Dieser Brief enthielt vier Punkte, die den Sowjets essentiell waren, von denen wir aber der Meinung waren, dass sie in einem solchen Vertrag nichts zu suchen hätten. Die Essentials waren erstens die Eigentumsfragen, zweitens die Pflege der sowjetischen Grab- und Kriegsdenkmale, was für sie emotional ganz wichtig ist. Bei den Russen heißt beispielsweise ein Massengrab brüderliches Grab, im Tod werden die russischen Brüder im Schoß der Erde wieder vereint, fast mystisch. Drittens sollten keine neonazistischen Parteien oder Organisationen im geeinten Deutschland geduldet werden. Viertens: dass die völkerrechtlichen Verträge der DDR, insbesondere mit der Sowjetunion, im Wege des gegenseitigen Vertrauensschutzes in gesamtdeutsches Recht überführt werden.«



Sympathische Politamateure auf dem Weg zur Einheit

- ▶ Parlamentspräsidentin Sabine Bergmann-Pohl (r am Pult) von der CDU stellt am 12.04.1990 im Palast der Republik die neue Regierung der DDR vor. Lothar de Maiziere (2.v.r.) von der CDU ist von den Abgeordneten der Volkskammer zum letzten DDR-Ministerpräsidenten gewählt worden. Nach der 1989 durch Bürgerproteste ausgelösten politischen Wende war am 18. März 1990 die einzige freie Volkskammerwahl abgehalten worden. Die Macht des Parlaments entsprach nun erstmals jener der Parlamente bürgerlicher Demokratien.

In den Monaten bis zum Vollzug der staatlichen Einheit agierten auf der politischen Bühne der DDR Personen, die bis dahin politisch nicht groß in Erscheinung getreten und gänzlich anderen Aufgaben nachgegangen waren, ganz anderes betrieben hatten. Evangelische Pastoren wie Eppelmann und Meckel wurden Minister, Ingenieure wie Krause Parlamentarische Staatssekretäre und ein Akademiker wie Romberg oberster Kassenwart der Republik.

Am 18. März 1990 wählte man die Berliner Fachärztin für Lungenkrankheiten, Sabine Bergmann-Pohl, seit Beginn der 80er Jahre Mitglied der CDU, erstmals in die Volkskammer. Sie wurde am 5. April Parlamentspräsidentin und, da am gleichen Tage die Funktion des Staatsratsvorsitzenden abgeschafft worden war, auch Staatsoberhaupt der DDR. Sie war damit bis zum 2. Oktober 1990 die Nachfolgerin von Walter Ulbricht, Willi Stoph, Erich Honecker, Egon Krenz und des kurzzeitig amtierenden Manfred Gerlach.

Mehr als einmal wurden ihre Auftritte mit Kopfschütteln begleitet. Ihr fehlte, wie vielen von ihresgleichen, jegliche politische Erfahrung und wohl auch ein gewisses Gespür für die auf diesem Parkett geltenden Regeln und Umgangsformen. So berichtete Erich Wetzel, seit 1988 Botschafter der DDR in Schweden, über eine Staatsvisite in Stockholm. Dort habe es Frau Bergmann-Pohl beispielsweise vorgezogen, diverse Kaufhausabteilungen zu durchkämmen, statt sich an intensiven politischen und gesellschaftlichen Dialogen zu beteiligen. So war es dann keine Überraschung, dass das schwedische Protokoll die geplanten Termine mit dem König und dem Ministerpräsidenten aus ›Zeitgründen‹ absagte.⁽⁵⁵⁾

Wetzel erlebte aber auch Außenminister Markus Meckel, vormalig Dorfpfarrer und Leiter einer Ökumenischen Begegnungs- und Bildungsstätte in der Magdeburger Börde. Auch ihm und seinem Stab gelang nicht die große Kür auf diplomatischem Parkett in Stockholm.

Mit Meckel hatte ich als Korrespondent der *Bild* weniger zu tun, wohl aber mit Sabine Bergmann-Pohl, die mich gern zum Gespräch empfing. Sie wusste um die Bedeutung der Presse und den Nutzen, den man daraus zog, wenn man oft genug zitiert wurde. Sie sagte mir einmal, dass der aufregendste Moment als Parlamentspräsidentin der Volkskammer der 17. Juni 1990 war. Nach einer Feierstunde im Schauspielhaus habe es eine reguläre Sitzung der Volkskammer gegeben, denn in der DDR war das Datum kein Feiertag. Auf dem Besucherrang hatte Helmut Kohl Platz genommen, auch die Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth war zugegen. Da stellte plötzlich die DSU den Antrag, die Volkskammer möge den Beitritt zur Bundesrepublik mit dem heutigen Tage beschließen. »Die Jungs von der DSU waren Revoluzzer, richtige Revoluzzer«⁽⁵⁶⁾, sagte Günther Krause zu diesem Vorstoß und widersprach damit allen Mutmaßungen, dass dieser Antrag spontan gestellt und allein durch die Anwesenheit des Bundeskanzlers auf der Tribüne provoziert worden sei. Sabine Bergmann-Pohl, so erzählte sie mir, war konsterniert. »Nun war natürlich große Aufregung. Wir konnten und wollten dem nicht zustimmen. Es gab weder einen Einheitsvertrag, noch waren die Verträge mit den vier Siegermächten ausgehandelt. Der DSU war das egal. Sie wollte den Beitritt sofort. Ich unterbrach die Volkskammersitzung und berief die Fraktionen ein – wir haben den Antrag im Ausschuss zur Beratung versenkt.«

Nicht nur Frau Bergmann-Pohl lieferte reichlich Gesprächsstoff, auch Rainer Eppelmann tat dies. Der Pfarrer der Samaritergemeinde in Berlin-Friedrichshain gehörte zu den Gründungsmitgliedern des »Demokratischen Aufbruch« (DA) und seit dem 5. Februar 1990 als Minister ohne Geschäftsbereich der von Modrow gebildeten »Regierung der Nationalen Verantwortung« an. Modrow band, ein cleverer Schachzug, acht Spitzenvertreter der Opposition, die bereits am Runden Tisch saßen, in die Regierungsarbeit mit ein. Dadurch konnte ihm später nicht der Vorwurf gemacht werden, er habe allein und ohne Berücksichtigung diverser Bürgerinteressen Politik gemacht. Zu den neuen Ministern gehörten auch Matthias

Platzeck (damals Grüne Partei), Gerd Poppe (Initiative Frieden und Menschenrechte) und Walter Romberg (Sozialdemokraten). Nach den Volkskammerwahlen wurde Eppelmann als Minister in der Regierung von Lothar de Maizière gehandelt. Wir trafen uns und er fragte tatsächlich mich, was er für ein Ressort übernehmen sollte. Ich riet ihm, als Befehlsverweigerer den Oberbefehl über die NVA zu übernehmen, »werden Sie Verteidigungsminister!« Eppelmann fand die Idee prima- er wurde schließlich Minister für Abrüstung und Verteidigung. Auch er ließ das eine oder andere Fettnäpfchen nicht aus.

Günther Krause, der langjährige CDU-Kreisvorsitzende in Bad Doberan und an der Ingenieurhochschule Wismar tätige Dipl.-Ing. war ebenfalls ein Seiteneinsteiger in die Berliner Politik, als er in die Volkskammer gewählt wurde. Er übernahm den Vorsitz der Fraktion von CDU und DA, und als Parlamentarischer Staatssekretär beim Ministerpräsidenten war er ostdeutscher Verhandlungsführer bei den Gesprächen zwischen DDR und BRD zur Herstellung der deutschen Einheit. Der Einigungsvertrag vom 31. August 1990 trägt seine und die Unterschrift von Wolfgang Schäuble. Nach anfänglichen Schwierigkeiten kamen auch wir uns näher. Im vereinigten Deutschland wurde er Bundesminister für Verkehr, zeitweise führte er kommissarisch auch das Bundesministerium für Post- und Fernmeldewesen. Im Mai 1993 quittierte er, nicht ganz freiwillig, seinen Dienst. Wegen verschiedener »Affären« – so warf man ihm etwa vor, beim Verkauf ostdeutscher Autobahnraststätten über die Maßen involviert gewesen zu sein, und dass er seine Putzfrau mit staatlichen Geldern für Dauerarbeitslose hatte alimentieren lassen – trat er als Bundesminister und als Landesvorsitzender der CDU in Mecklenburg-Vorpommern zurück.

Erfolgreicher hingegen verlief die Karriere von Peter-Michael Diestel. Der Rechtsanwalt – wie Gysi gelernter Rinderzüchter – hatte die rechtskonservative Deutsche Soziale Union (»die Revoluzzer«) Anfang 1990 mitbegründet und war für diese am 18. März in die Volkskammer eingezogen. Der Rechtsanwalt de Maizière machte

ihn zum Innenminister und zum Stellvertreter des Ministerpräsidenten. Im Juni verließ Diestel die DSU und wurde Mitglied der CDU. Diestel war eine der schillerndsten Figuren nach der »Wende«. Der junge Rechtsanwalt galt bei vielen als der Star der DDR-Politik. Er plauderte gerne und viel. Kurz nach der Wahl am 18. März beispielsweise servierte er mir beim Essen die nahezu komplette Kabinettsliste. Im Sommer besuchte ich ihn in seinem Leipziger Haus, um eine Homestory zu machen. Er wohnte im Nickelmannweg, halb verdeckt hinter einer hohen Hecke, in einem grau verputzten Doppelhaus. Im Keller zeigte er mir seinen acht Quadratmeter großen Kraftraum- ein beachtliches Fitness-Studio. Und der Herr Minister war noch gut in Form. Ohne Probleme stemmte er für *Bild* 130 Kilo in die Höhe.

1992 brachte sich aber auch Diestel selbst um seine politische Zukunft. Er musste als Oppositionsführer im Brandenburger Landtag zurücktreten, weil es Vorwürfe wegen umstrittener Tankstellenprivatisierungen gab. Ich war mir allerdings nie sicher, ob Diestel überhaupt gern Politiker sein wollte. Mein Eindruck war, dass er Geld, Frauen und das Spiel um ihn selbst am liebsten hatte. Ein auf andere Weise abruptes Ende seiner Politikerkarriere erlebte auch Ibrahim Böhme. Der gelernte Bibliothekar und ehemalige Kulturhausleiter, von 1962 bis 1978 Mitglied der SED, hatte am 7. Oktober 1989 in Schwante mit anderen die Sozialdemokratische Partei in der DDR (SDP) gegründet. Er wurde ihr erster Geschäftsführer und am 23. Februar 1990 zum Vorsitzenden der Partei gewählt. In jener Phase sah sich die Sozialdemokratie bereits als Wahlsieger und Böhme als künftigen Ministerpräsidenten. Doch es kam am 18. März anders. Nicht nur, dass er die Wahl verlor – in der Woche darauf beschuldigte ihn der Spiegel der inoffiziellen Tätigkeit für das MfS. Daraufhin ließ Böhme zunächst alle seine Ämter ruhen, um dann im April zurückzutreten. Auf dem Vereinigungsparteitag der SPD Ost und West am 26./27. September 1990 wurde er noch in den Parteivorstand gewählt. Doch als sich seine IM-Tätigkeit erwies, wurde er 1992 wegen »schweren parteischädigenden Verhaltens« aus der

SPD ausgeschlossen. Nach seinem erzwungenen Rückzug aus der Politik lebte Böhme isoliert im Prenzlauer Berg. 1999 verstarb er.

Ich hielt Ibrahim Böhme für einen Gaukler, einen Politclown und ich verstand die Bewunderung nicht, die er auch bei manchen meiner Kollegen genoss. Ich besuchte ihn im Dezember 1989 zum ersten Mal in seiner kleinen Ein-Raum-Wohnung in der Chodowiecki-Straße im Prenzlauer Berg. Wollte man ihn telefonisch erreichen, musste man Frau Klingberg anrufen. Die alte Dame von nebenan holte ihn dann ans Telefon. Böhme war gesundheitlich nicht auf der Höhe, ständig schluckte er, wenn er sich unbeobachtet fühlte, Pillen gegen Kreislaufschwäche. Er rauchte Kette und trank Cognac, dies ebenfalls nur heimlich. Termine schienen ihm nicht sonderlich wichtig zu sein, Zuverlässigkeit stand auf seiner Agenda nicht an vorderster Stelle.

Die Volkskammer leistete eine erstaunliche Arbeit. Allerdings schienen alle Messen gelesen, es handelte sich mehrheitlich um Rückzugsgefechte. Der pflichtbesessene Ministerpräsident und nicht wenige Abgeordnete wollten jedoch »das Haus« geordnet übergeben und dafür sorgen, dass die Ostdeutschen »in Würde« in die Einheit gingen. Noch immer fanden vor und im Parlament Protestkundgebungen statt, weil diese oder jene Bevölkerungsgruppe oder Vereinigung sich und ihr Anliegen nicht angemessen behandelt sah. Am 20. September kam es vor der Abstimmung zum Einigungsvertrag – zeitgleich entschied auch der Bundestag in Bonn in gleicher Sache – zu heftigen Tumulten. Bürgerrechtler waren der Auffassung, dass das Gesetz über den Umgang mit den Stasi-Daten vom 24. August in vollem Umfang Bestandteil des Staatsvertrages werden sollte. Obgleich Krause und Schäuble zwei Tage vor dieser Volkskammersitzung eine Kompromissformel über den weiteren Umgang mit den Akten gefunden hatten, beruhigten sich die erhitzten Gemüter keineswegs. Sechs Protestler stürmten das Parlament. Reinhard Schult erhielt nach heftigen Auseinandersetzungen Rederecht. Er forderte vom Pult eine

klare Regelung über den Zugang zu den Stasi-Unterlagen für die Betroffenen und Festlegungen für die Rehabilitierung der Opfer. Beides sei in dem angebotenen Kompromiss nicht enthalten. Und schließlich verlangte er die sofortige Offenlegung der Verstrickung von Abgeordneten. Es könne nicht sein, dass Mitarbeiter und Informanten des MfS über den Einigungsvertrag entschieden. Heiliger Zorn schnürte ihm die Kehle, seine Empörung war echt und nicht gespielt. Aber sie war nicht von dieser Welt, eben ein wenig weltfremd und blauäugig. Am Ende stimmten 299 Abgeordnete für den Einigungsvertrag in der vorliegenden Form, 80 waren dagegen, ein Parlamentarier enthielt sich der Stimme. Kurze Zeit später beschloss die Volkskammer dann den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes, also zur Bundesrepublik, zum 3. Oktober. 299 Abgeordnete stimmten dafür, 62 dagegen. Das Protokoll vermerkte eine spontane Wortmeldung des PDS-Vorsitzenden um 2.47 Uhr. Gregor Gysi fasste zusammen: »Das Parlament hat soeben nicht mehr und nicht weniger als den Untergang der Deutschen Demokratischen Republik am 3. Oktober beschlossen. *(stürmischer Jubel bei CDU/DA, DSU und zum Teil bei der SPD)* Ich bedauere, dass die Beschlussfassung im Hauruckverfahren über einen Änderungsvertrag geschehen ist und keine würdige Form ohne Wahlkampfaktik gefunden wurde.«

Damit war das Ende der DDR beschlossene Sache. Später betonte der damalige Ministerpräsident de Maizière: »Die DDR war kein vollkommener Rechtsstaat. Aber sie war auch kein Unrechtsstaat. Der Begriff unterstellt, dass alles, was dort im Namen des Rechts geschehen ist, Unrecht war.« Wenn es so gewesen wäre, hätte im Einigungsvertrag nicht vereinbart werden können, dass Urteile aus DDR-Zeiten weiter vollstreckt werden können. »Auch in der DDR war Mord Mord und Diebstahl Diebstahl«, so der Jurist und Ex-Ministerpräsident anlässlich des 20. Jahrestages des Volkskammerbeschlusses, dem Geltungsbereich des Grundgesetzes beizutreten. »Das eigentliche Problem waren das politische Strafrecht und die fehlende Verwaltungsgerichtsbarkeit.«



Das Auto blau, ich blau und das Schild weg

- ▶ Bundeskanzler Helmut Kohl, CDU, mit seiner Frau Hannelore in der Mitte, links Willy Brandt, Außenminister Hans Dietrich Genscher und rechts Bundespräsident Richard von Weizsäcker in Berlin zur Feier der Wiedervereinigung vor dem Reichstag. Berlin den 03.10.1990.

Am 3. Oktober 1990, nach der bewegenden Feier vor dem Gebäude des Reichstages kurz nach Mitternacht, spreche ich im Foyer mit Lothar de Maizière: »Es war ungeheuer ergreifend. Aber die Tränen habe ich meiner Frau überlassen. Ich bin schon im Schauspielhaus im 3. Satz von Beethovens Neunter weggeschwommen. Aber jetzt fühle ich mich gut so als neuer Bundesbürger.« Dann nimmt er seine Tochter Henriette voller Inbrunst in die Arme. Seinen DDR-Pass will er aber noch »mindestens zehn Jahre behalten«.

Dann kommt der Bundeskanzler. Der massige Mann nimmt liebevoll seine Frau in die Arme, wirkt sichtlich gerührt. »Es war eine glückliche Stunde, von der wir alle geträumt haben. Eine Träne habe ich aber heute nicht vergossen. Das war eine Stunde, auf die wir vorbereitet waren. Aber gestern auf dem Parteitag, als wir die 40 Jahre zurückverfolgt haben und an die vielen Weggenossen gedacht haben, die dabei waren und nicht mehr unter uns sind, da überkam es mich schon. Und dann noch das Lied ›Ich hatte einen Kameraden‹ – na, da sind mir doch die Tränen gekommen.«

Staatssekretär Günther Krause: »Für die meisten Menschen in diesem Land erfüllt sich ihr größter Wunsch: Eine Nation werden wir wieder sein. Wer heute nicht glücklich sein kann, gehört zu denen, die ohnehin nie glücklich sein können. Und mich bewegt das, was heute passiert. Ich jedenfalls habe etliche Taschentücher dabei.«

PDS-Chef Gregor Gysi: »Ich? Zwiespältig hier. Ich meine es ganz ernst, wenn ich sage: Ich hoffe auf ein Deutschland mit mehr Toleranz. Wenn wir diese Chance verspielen sollten, ist niemandem gedient.«

Dann marschieren im Foyer des Reichstages all die Parteigranden aus Bonn vorbei. Ex-Bundestagspräsident Rainer Barzel spricht mir ins Tonbandgerät: »Ich freue mich, dass ich recht behalten habe. Noch vor einem Jahr haben selbst Freunde von mir meine Zuversicht bezweifelt, dass die Wiedervereinigung käme.« Bundes-

finanzminister Theo Waigel: »Ich habe ein ganz besonders tiefes Gefühl, denn aus Oberrohr, etwa 6.900 Seelen, dem Dorf, aus dem ich stamme, kam auch der Reichstagsabgeordnete Dr. Friedolin Rothärmel. Er wohnte schräg gegenüber von dem Haus, in dem ich geboren wurde. Und jetzt kommt aus diesem kleinen Dörflein wieder einer, der nach all den Jahren im Reichstag Platz nimmt.«

So hat denn jeder seine Erinnerungen an diesen 2./3. Oktober 1990, bei dem sich der Kreis schließt, der mit der Öffnung der Mauer seinen Anfang nahm.

Als ich nach der Jubelfeier vorm Reichstag, berauscht von so viel Glück, gegen 1 Uhr in mein Büro in die Kronenstraße zurückkehre, sehe ich, dass mein Dienstwagen mit blauer Farbe übergossen ist. Das verschmerze ich. Aber dass auch noch mein Schild von der Hauswand geklaut wurde, verärgert mich zutiefst. »Bild-Zeitung, Korrespondentenbüro in der Deutschen Demokratischen Republik« stand dort. Das hätte ich nun gern als Andenken behalten. Sauerei! Nun ist es weg.

So wie die DDR.

Anmerkungen

- 1 Das Haus in der Mohrenstraße unweit des Gendarmenmarktes war bis Mitte der 70er Jahre Sitz der Redaktion der *Jungen Welt*, der mit 1,6 Millionen verkauften Exemplaren auflagenstärksten Tageszeitung der DDR. Im deutschsprachigen Raum hatte nur noch *Bild* eine höhere Auflage. Nach dem Umbau zog das Internationale Pressezentrum dort ein. Heute arbeitet dort das Bundesjustizministerium. An die denkwürdige Pressekonferenz am 9. November 1989 erinnert im Saal lediglich eine Kunstinstallation mit Stühlen
- 2 Markus Wolf (1923-2006) leitete von 1952 bis 1986 die Hauptverwaltung Aufklärung des MfS (HVA), den Auslandsnachrichtendienst der DDR. Als Stellvertreter von Minister Erich Mielke schied er 1986 im Range eines Generaloberst aus dem Dienst aus. Im Juni 1990 erließ die Bundesrepublik Haftbefehl. Wolf flüchtete am 27. September 1990, wenige Tage vorm Beitritt der DDR, zunächst nach Österreich, dann in die Sowjetunion. Nach Jahresfrist stellte er sich den deutschen Behörden. 1993 wurde Wolf vom Oberlandesgericht Düsseldorf wegen Landesverrat und Bestechung zu sechs Jahren verurteilt. Das Urteil wurde zwei Jahre später aufgehoben, nachdem das Bundesverfassungsgericht entschieden hatte, dass Spionage im Auftrag des souveränen Staates DDR und im Einklang mit ihren Gesetzen erfolgt sei und damit nicht strafrechtlich verfolgt werden könne. 1997 wurde Wolf zu einer zweijährigen Bewährungsstrafe wegen Freiheitsberaubung, Nötigung und Körperverletzung in vier Fällen verurteilt
- 3 Gespräch Peter Brinkmanns mit Georg Mascolo am 19. August 2013
- 4 Zitiert nach: Klaus-Dieter Baumgarten/Peter Freitag: Die Grenzen der DDR. Geschichten, Fakten, Hintergründe, edition ost, Berlin 2005, S. 7
- 5 Egon Krenz: Herbst '89, edition ost, Berlin 2014

- 6 »Haben Sie nicht gesehen, dass der Fall der Mauer zwangsläufig zum Zusammenbruch der DDR führt?«, wurde Krenz später gefragt. Politiker, Journalisten, Wissenschaftler lieferten Interpretationen und wunderten sich darin über die Spontaneität an den Grenzübergängen. Krenz bewegte damals keine Philosophie, sondern praktische Fragen, vor allem, dass es nicht dazu käme, dass geschossen wurde, wie er sagte
- 7 Wolfgang Herger, Diskussionsbeitrag auf der 10. Tagung des ZK der SED am 9. November 1989. Siehe Protokoll der 10. Tagung, Band III
- 8 Vgl. Egon Krenz: Herbst '89, a. a. O., S. 329f.
- 9 a. a. O., S. 330f.
- 10 *Neues Deutschland* vom 9. November 1989
- 11 *Neues Deutschland* vom 20. Januar 1989
- 12 Egon Krenz: Herbst '89, a. a. O., S. 315f.
- 13 Wiktor G. Kulikow: Die DDR war souverän, aber nicht auf militärisch-politischem Gebiet, in: Walter Ulbricht. Zeitzeugen erinnern sich, herausgegeben von Egon Krenz, Das Neue Berlin, Berlin 2013, S. 343f.
- 14 a. a. O., S. 340
- 15 Egon Krenz: Herbst '89, a. a. O., S. 328
- 16 Walter Momper: Berlin, nun freue dich. Mein Erinnerungen an den Herbst 1989, Das Neue Berlin, Berlin 2014, S. 16
- 17 a. a. O., S. 107
- 18 a. a. O., S. 110
- 19 a. a. O., S. 111
- 20 Walter Momper: Berlin, nun freue dich ..., a. a. O., S. 134
- 21 a. a. O., S. 135

- 22 ebenda
- 23 ebenda
- 24 a. a. O., S. 142
- 25 ebenda
- 26 Tonbandabschrift im Besitz des Autors, die vom Gesprächspartner autorisiert wurde
- 27 Egon Krenz: Herbst '89, a. a. O., S. 66f.
- 28 *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. Januar 1989
- 29 Günter Schabowski: Der Schmierzettel, der die Mauer sprengte. Wie ein einziger Satz plötzlich die Weltordnung veränderte und den Eisernen Vorhang aufriss, in: *Berliner Kurier* vom 13. November 2004
- 30 Klaus-Dieter Baumgarten: Erinnerungen. Autobiografie des Chefs der Grenztruppen der DDR, edition ost, Berlin 2008, S. 150f.
- 31 a. a. O., S. 152
- 32 Tonbandabschrift im Besitz des Autors, die vom Gesprächspartner autorisiert wurde
- 33 a. a. O., S. 343
- 34 a. a. O., S. 344
- 35 http://www.2plus4.de/chronik.php3?date_value=11.11.89&sort=002-000
- 36 Gerd König: Fiasko eines Bruderbundes. Erinnerungen des letzten DDR-Botschafters in Moskau. Herausgegeben von Karl-Heinz Fehlberg und Manfred Schünemann. edition ost, Berlin 2011, S. 335f.
- 37 Egon Krenz: Gefängnis-Notizen, edition ost, Berlin 2008, S. 170
- 38 Egon Krenz: Herbst '89, a. a. O., S. 130

- 39 Egon Krenz: Herbst '89, a. a. O., S. 144f.
- 40 Tonbandabschrift im Besitz des Autors, die vom Gesprächspartner autorisiert wurde
- 41 ebenda
- 42 Tonbandabschrift im Besitz des Autors, die vom Gesprächspartner autorisiert wurde
- 43 *Bild* vom 25. November 1989
- 44 Gerd König: Fiasko ..., a. a. O., S. 369
- 45 a. a. O., S. 370
- 46 Margaret Thatcher: Downing Street No. 10, Econ, Düsseldorf 1993 S. 1096f.
- 47 ebenda
- 48 Gerd König: Fiasko ..., a. a. O., S. 384ff.
- 49 Zitiert nach <http://www.kas.de/brandenburg/de/publications/36852/>
- 50 Tonbandabschrift im Besitz des Autors, die vom Gesprächspartner autorisiert wurde
- 51 ebenda
- 52 Tonbandabschrift im Besitz des Autors, die vom Gesprächspartner autorisiert wurde
- 53 Egon Krenz: Herbst '89, a. a. O., S. 430
- 54 a. a. O., S. 432
- 55 Birgit Malchow (Hrsg.): Der Letzte macht das Licht aus. Wie DDR-Diplomaten das Jahr 1990 im Ausland erlebten. Mit einem Geleitwort von Richard von Weizsäcker, edition ost, Berlin 1999, S. 55f.
- 56 Günter Krause: So haben wir Deutschland vereint, in: *Welt am Sonntag* vom 21. August 2010

Impressum

Herausgeber

Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz
Referat Öffentlichkeitsarbeit; Digitale Kommunikation
11015 Berlin
www.bmjbv.de

Gestaltung der Broschüre

Atelier Hauer+Dörfler GmbH, Berlin

Text

Michael Klein als Redakteur von „Gute Themen“

Druck

Druck- und Verlagshaus Zarbock GmbH & Co. KG
Sontraer Straße 6, 60386 Frankfurt a. M.

Bildnachweis:

Titelbild: Bundesarchiv/Bild 183-1989-1109-030; A. Savin, Wikimedia Commons (S. 5); photothek.net (S. 2, 35, 39, 53, 116); ullstein bild (S. 8, 14, 29, 58, 71, 81, 94, 103, 109); Verlag edition Ost, Peter Brinkmann, Berlin (S. 19, 22, 48, 62, 75, 78, 89, 98)

Publikationsbestellung

Internet: www.bmjbv.de

Publikationsversand der Bundesregierung

Postfach 48 10 09
18132 Rostock
Telefon: (030) 18 272 272 1
Fax: (030) 18 10 272 272 1

Stand

August 2019

www.bmjbv.de

Hinweis:

Diese Druckschrift wird vom Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit herausgegeben. Sie ist kostenlos erhältlich und nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Stand: August 2019



twitter.com/bmjv_bund



facebook.com/bmjv.bund

